

Parlamentssitzung vom 04.11.2024

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 23:15 Uhr

Vorsitz

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Dominik Fischli (Grüne)
Rahel Gall (SP Frauen)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Kathrin Gilgen (SVP)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)

Laura Hoffman (Junge Grüne)
Mark Kobel (FDP)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
Jürg Mosimann (Die Mitte)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Toni Eder (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)

PAR 2024/91

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.8.2024**
Beschluss
3. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 16.9.2024**
Beschluss
4. **Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2025**
Kenntnisname; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **Budget 2025**
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **Kauf Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230-236; Volksabstimmung**
Beschluss und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
7. **Parlamentarische Initiative (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion)**
"Für unverzerzte Proporzahlen", vorläufige Unterstützung
Beschluss, Parlamentsbüro
8. **Parlamentarische Initiative (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion)**
"Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz", vorläufige Unterstützung
Beschluss; Parlamentsbüro
9. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 4. November 2024. Die heutige Parlamentssitzung wird via Livestream übertragen, ich begrüsse daher auch alle, welche die Beratung heute online mitverfolgen. Ein Parlamentsmitglied möchte ich besonders begrüssen: Sara Cristina Gasser, herzlich willkommen im Könizer Parlament.

Dann hat mich letzte Woche noch eine freudige Nachricht erreicht: Lieber David Müller, ich gratuliere dir im Namen des Könizer Parlaments ganz herzlich zur Geburt von eurem Kind. Wir wünschen euch von ganzem Herzen eine gute Kennenlernzeit und alles Gute mit dem neuen Erdenbürger.

Sandra Röthlisberger und Andreas Hauser haben für den heutigen Znüni Cakes und veganes Süssgebäck mitgebracht. Vielen Dank dafür.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten Urs Mumenthaler, Casimir von Arx, Brigitte Rohrbach und Christian Burren. Die Geburtstagsboten und Geburtstagsbotinnen wurden im Vorfeld informiert. Ich bitte sie, in der Pause für ihre Jubilaren und Jubilarinnen ein Geschenk aus dem Korb auszusuchen.

Dann kommen wir zu den Entschuldigungen: Vom Parlament entschuldigt sind für die heutige Sitzung Tatjana Rothenbühler und Toni Eder. Verspätet kommen Ronald Sonderegger, Reto Zbinden und Corina Burren. Vom Gemeinderat kommt Thomas Brönnimann etwas später. Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Der elektrische Aktenversand fand am 15. Oktober 2024 und der postalische Aktenversand am 17. Oktober 2024 statt. Das Protokoll vom 26.08.2024 ist seit 22.10.2024 und das Protokoll vom 16.09.2024 seit 24.10.2024 online.

Damit komme ich zu Traktandum 1, zur Traktandenliste: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/92

Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.8.2024 Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.8.2024 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/93

Protokoll der Parlamentssitzung vom 16.9.2024 Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 16.9.2024 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/94

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2025

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Im IAFP erfolgt die Darstellung der finanziellen Entwicklung der Gemeinde bis 2028. Darin sind Überlegungen aus dem Budget 2025 integriert und die erwarteten Entwicklungen der kommenden Jahre abgebildet.

Die Planwerte zeigen auf, dass unverändert grosse Anstrengungen notwendig sind, um die Ausgaben und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ausgewogen aufeinander abzustimmen. Auch wird erkennbar, wie wichtig die Entwicklung des Finanzvermögens für den Steuerhaushalt ist. Der positive Beitrag des Finanzvermögens ist erforderlich, um die notwendigen Aufwendungen im Verwaltungsvermögen stemmen zu können.

2. Investitionen

Der Investitionsbedarf ist in den kommenden Jahren unverändert gross. So sind über die Jahre 2025 bis 2028 Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von rund CHF 136 Mio. (inkl. Realisierungsgrad) vorgesehen. Dies ergibt einen Jahresdurchschnitt von ca. CHF 34 Mio. Die Verteilung pro Jahr sieht wie folgt aus:

- Im 2025 sind insgesamt knapp CHF 30 Mio. Investitionen vorgesehen (davon CHF 23.7 Mio. im allg. Steuerhaushalt).
- Im 2026 sind knapp CHF 33 Mio. Investitionen vorgesehen (davon CHF 25.5 Mio. im allg. Steuerhaushalt).
- Im 2027 sind Investitionen über rund CHF 39 Mio. budgetiert. Diese beinhalten den Steuerhaushalt von CHF 32 Mio. inkl. einer Beteiligung von knapp CHF 2.2 Mio. (weiterer anteiliger Kauf Parzellenanteil Areal 101, Platzhalter)
- Im 2028 sind Investitionen von ca. CHF 35 Mio. vorgesehen (davon Steuerhaushalt ca. CHF 26 Mio.).

3. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung des IAFP**a. Auswirkung der Gründung Stiftung Schloss Köniz**

Mit der Gründung der Stiftung Schloss sind nebst den hauptsächlichen Auswirkungen wie der Einschuss in das Stiftungskapital (CHF 4.5 Mio. in 2025), der Übergabe von bestehenden Anlagen (CHF 1.8 Mio. in 2025) sowie weitere notwendige Ausgaben im 2026 für die Sanierung des Ritterhus (CHF 3.5 Mio.) vorgesehen.

Die Effekte aus der Gründung der Stiftung Schloss können sowohl in 2025 als auch in 2026 über den Bezug aus der finanzpolitischen Reserve ausgeglichen werden.

b. Personalaufwand

Im Personalaufwand ist im 2025 ein notwendiger anteiliger Teuerungsausgleich von 1.5% berücksichtigt, im 2026 ein anteiliger Teuerungsausgleich von 1.0%. In den weiteren Jahren ist derzeit kein weiterer anteiliger Teuerungsausgleich vorgesehen. Der Anteil an der individuellen Leistungsentschädigung beläuft sich auf 0.7% pro Jahr. Ein potentieller Mehrbedarf an Personal wurde im 2025 mit ca. CHF 0.6 Mio. berücksichtigt. Bei diesem Betrag handelt es sich um einen Platzhalter, unter Berücksichtigung von Rotationsgewinnen und zeitlichen Verzögerungen bei der Rekrutierung (Fachkräftemangel). Der durch Abteilungen signalisierte Mehrbedarf wurde vom Gemeinderat nicht freigegeben. Die benötigten Stellen müssen einzeln beantragt werden. Ab 2026 entfällt der Gemeindebeitrag Pensionskasse / Primatwechsel von ca. CHF 1.7 Mio., wodurch der Personalaufwand insgesamt ab diesem Zeitpunkt entlastet wird.

c. Sach- und Betriebsaufwand

Der Sach- und Betriebsaufwand beläuft sich im 2025 praktisch auf dem Niveau der Rechnung 2023. Zu berücksichtigen gilt, dass ca. 33% dieser Kosten im direkten Zusammenhang mit Investitionen stehen (Investitionsvorbereitend bzw. Folgen von Investitionen [Unterhalt und Reparaturen]). Die Sach- und Betriebsaufwände bleiben in den Folgejahren praktisch stabil.

d. Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen wurden unter Berücksichtigung der Nettoinvestitionen inkl. Realisierungsquote und der Abschreibungsdauer gemäss kantonaler Angabe berechnet. Ab 2026 wird Bildungsinfrastruktur neu nicht mehr nur über 25 Jahre, sondern über 33.3 Jahre abgeschrieben (bestehende und neue Anlagen). Dadurch werden die Abschreibungskosten für die Bildungsinfrastruktur insgesamt über einen längeren Zeitraum verteilt. Dies führt zu einer gewissen Reduktion bei den jährlichen Abschreibungen.

e. Transferaufwand

Beim Transferaufwand macht der Kanton den Gemeinden Empfehlungen, diesen stark steigend zu budgetieren. Der Gemeinderat hat entschieden, dass die kantonalen Empfehlungen für den Lastenausgleich Soziales zu pessimistisch sind. Für das Budget 2025 wurden deshalb die Ansätze aus den Rechnungsdaten 2024 übernommen und die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung berücksichtigt. Ab 2026 wurde für die Lastenausgleichszahlungen "Soziales pro Einwohner:in" nebst der Bevölkerungsentwicklung zusätzlich ein "Teuerungszuschlag" auf den Ansätzen pro Einwohner:in berücksichtigt. Zusätzlich ist die Kostenentwicklung bei den Lehrpersonengehältern berücksichtigt. Der Transferaufwand ist ab 2026 im Vergleich zu 2025 tiefer, weil der Einschuss in das Stiftungskapital Schloss über CHF 4.5 Mio. aus 2025 wegfällt.

f. Finanzaufwand

Der Finanzaufwand beinhaltet die Übergabe von Sachanlagen an die Stiftung Schloss von ca. CHF 1.8 Mio. im 2025 und von CHF 3.5 Mio. im 2026 aufgrund Anlagetransfer aus anteiliger Renovierung Ritterhaus.

g. Steuerertrag

Beim Steuerertrag bis 2028 wird eine positive Entwicklung angenommen. Der Steuerertrag berücksichtigt sowohl die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung, die potentiellen Lohnanpassungen als auch die erwarteten Entwicklungen bei juristischen Personen.

h. Finanzertrag

Die sehr positive Entwicklung im Finanzertrag wird durch höhere Einnahmen aus Baurechtszinsen sowie positivem Bewertungseffekt aus den Baurechten bestimmt. Folgende zusätzliche Finanzerträge aus Baurechten resp. Kapitalisierungen aus Arealentwicklungen sind geplant: Im 2025 über CHF 7.5 Mio. (2. Phase Ried), im 2026 über CHF 1.6 Mio. (Sägemattstrasse/ Raiffeisen), im 2027 über CHF 4 Mio. (Spiegel, Dörfliweg Schliern, Sägemattstrasse) und schliesslich im 2028 über CHF 16 Mio. (Rapentöri, Liebefeld Mitte). Die Entwicklung des Finanzvermögens stellt einen essentiell wichtigen Beitrag zu Gunsten des Ergebnisses dar und ist somit ein wichtiger Pfeiler, um die angedachten Vorhaben im Verwaltungsvermögen realisieren zu können.

i. Ausserordentlicher Ertrag

Im ausserordentlichen Ertrag wird im 2025 durch den Bezug aus der finanzpolitischen Reserve (ca. CHF 6.3 Mio.) ein hoher Ertrag verursacht. Ab 2026 entfällt die Auflösung der Neubewertungsreserve von rund CHF 2.4 Mio. und führt zu tieferen Erträgen.

Die beiden oben aufgeführten Effekte (Wegfall Gemeindebeitrag Primatwechsel Pensionskasse von CHF 1.7 Mio. und Wegfall Auflösung Neubewertungsreserve von CHF 2.4 Mio.) führen ab 2026ff zu einem zusätzlichen Ergebnisdruck von CHF 0.7 Mio.

4. Verschuldung

Die Verschuldung nimmt unverändert zu und beläuft sich nun nach den neusten Erkenntnissen per 2028 auf CHF 444 Mio. (Fremdfinanzierungsbedarf). Die Zunahme der Verschuldung wird durch folgende Faktoren begründet: Investitionsbedarf, notwendige Ausgaben bei Unterhalt und Reparaturen, steigenden Transferaufwendungen. Die positive Entwicklung des Steuerertrages vermag den Finanzierungsmehrbedarf nur teilweise aufzufangen.

5. Finanzstrategie und strategische Kennzahlen

Der Gemeinderat hat dem Parlament an der Sitzung vom 6. Mai 2024 seine neue Finanzstrategie vorgelegt. Die inhaltliche Kritik, welche vom Parlament geäussert wurde, hat der Gemeinderat aufgenommen und seine Finanzstrategie überarbeitet. Er hat namentlich eine neue Kennzahl bezüglich Investitionen aufgenommen, die Interventionsgrenze beim Steuersatz auf 1.58 und die Interventionsgrenze beim Bilanzüberschuss auf kleiner oder gleich 1 Steuerzehntel gesetzt. Die aktualisierte Finanzstrategie liegt dem IAFP bei.

Untenstehend sind die fünf strategischen Kennzahlen aufgeführt, sowie der Stand der Zielerreichung (2025 / 2028). Bezüglich weiteren Informationen zu den Kennzahlen verweisen wir auf die aktualisierte Finanzstrategie im Anhang des Parlamentsantrags.

Strategische Kennzahl	Zielgrösse 2028	Interventionsgrenze	Stand Zielerreichung 2025	Stand Zielerreichung 2028
Ziel 1: Bilanzüberschuss (inkl. Finanzpol. Reserve)	Minimal 1 Steuerzehntel	Kleiner oder gleich 1 Steuerzehntel	CHF 24.5 Mio.	CHF 26.6 Mio.
Ziel 2: Bruttoverschuldungsanteil	Maximal 200 %	250 %	161 %	169 %
Ziel 3: Investitionsanteil	15 %	< 10 %	11.7 %	13.5 %
Ziel 4: Nettoschuld pro Einwohner	Maximal CHF 4'000	CHF 6'000	CHF 3'899	CHF 4'810
Ziel 5: Steueranlage	Maximal 1.58	> 1.58	1.58	1.58

6. Controlling Legislaturplan 2022 – 2025

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 62 lit. f Gemeindeordnung zu Beginn jeder Legislatur den Legislaturplan für die nächsten 4 Jahre. Er umfasst vier Schwerpunkte: attraktive Gemeinde, nachhaltige Entwicklung, gesunde Finanzen und moderne Verwaltung. Er hat den aktuellen Stand der Zielerreichung der Legislaturplanung an einer Klausur zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitenden besprochen. Diese Informationen liefern dem Gemeinderat und dem Parlament - zusammen mit ergänzenden Kommentaren - einen Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung. Das Resultat des jährlichen Controllings wird dem Parlament als integraler Teil des IAFP zur Kenntnisnahme vorgelegt.

7. Beschluss über den IAFP 2025ff.

Gemäss IAFP-Reglement (Art. 1) beschliesst der Gemeinderat den IAFP und legt ihn dem Parlament zur Kenntnisnahme vor. In Anwendung von Art. 64 des Geschäftsreglements des Parlaments kann das Parlament vom IAFP zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2025.

Köniz, 18. September 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht IAFP 2025
- 2) Finanzstrategie

Diskussion

Fiko-Präsidentin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Die Finanzkommission bedankt sich beim Gemeinderat und insbesondere bei den zuständigen Personen in der Verwaltung für die Aufbereitung der übersichtlichen Dokumente. Die Erstellung der Dokumente wurde automatisiert, was für die Qualität gegenüber den Vorjahren eine extreme Verbesserung darstellt. Die von der Finanzkommission gewünschten Änderungsdarstellungen wurden aufgenommen und umgesetzt. Diese Anpassungen wurden von der Finanzkommission entsprechend positiv gewürdigt.

Gerne nehme ich im Namen der Finanzkommission zum vorliegenden IAFP 2025 Stellung: An der Sitzung vom 2. September 2024 wurde der Finanzkommission die erste Hochrechnung 2024 sowie die wichtigsten Annahmen und Planzahlen des IAFP und des Budgets 2025 ein erstes Mal präsentiert. Die Hochrechnung sowie der Jahresabschluss 2023 bilden die Grundlage für das Budget 2025 und den IAFP der Folgejahre.

Die Finanzkommission hat zur Kenntnis genommen, dass die Ausgaben im Zusammenhang mit der Stiftungsgründung "Schloss Köniz" aus der finanzpolitischen Reserve entnommen werden. Eine direkte Verknüpfung dieses Geschäftes mit der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve wurde von Teilen der Finanzkommission kommunikativ als problematisch angesehen.

An der Sitzung vom 21. Oktober 2024 hat die Finanzkommission die Parlamentsvorlage geprüft. Es wurden gegenüber der Vorinformation im September keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. An der gleichen Sitzung wurde die Finanzkommission zusätzlich von den Abteilungsleitern "Verkehr und Unterhalt", "Immobilien" und "Gemeindebetriebe/Spezialfinanzierte Werke" über den Prozess für die Priorisierung der Investitionen informiert. Dafür möchten wir uns ebenfalls bedanken, da es für die Finanzkommission zum besseren Verständnis im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen beigetragen hat.

Die generellen Annahmen zur Vorlage sind in den Unterlagen gut dargestellt. Ich gehe hier noch auf einige Wenige ein:

- Es wird weiterhin mit einer positiven Entwicklung im Bereich der Steuererträge gerechnet. Diese Annahme basiert auf der Analyse der vergangenen Jahre. Die Finanzkommission hat erneut darauf hingewiesen, dass es für die Vergleichbarkeit wichtig ist, dass die Berechnungen auch zukünftig einheitlich gemacht werden.
- Im Bereich der Aufwendungen fällt der deutlich höhere Transferaufwand ins Gewicht. Dabei wurden die kantonalen Planungsempfehlungen übernommen. Einzig bei den Lastenausgleichszahlungen pro Einwohner:in wurden aufgrund der Erfahrungswerte die Empfehlungen des Kantons leicht nach unten korrigiert.

- Zusätzlich wurde im Jahr 2025 einmalig die Anschubfinanzierung für die Stiftung Schloss Köniz im Betrag von CHF 4.5 Mio. abgebildet.
- Im Personalaufwand wurde für die Jahre 2025 und 2026 ein Teuerungsausgleich von 1.5% resp. 1.0% sowie ein Anteil von 0.7% für die individuelle Leistungsentschädigung berücksichtigt. Neue Stellen wurden als Platzhalter budgetiert und müssen jeweils einzeln beantragt und vom Gemeinderat genehmigt werden.
- Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit wie auch die Entwicklung wird von einer Mehrheit der Finanzkommission als besorgniserregend eingestuft.
- Im Bereich des Finanzertrages resultiert die Kapitalisierung eines Baurechts im Ried. Solche Zusatzerträge aus dem Finanzvermögen werden benötigt, um die angedachten Vorhaben im Verwaltungsvermögen realisieren zu können. Ein Teil der Finanzkommission bedauert, dass diese Zusatzerträge jeweils zur Deckung der Verluste aus dem Verwaltungsvermögen verpuffen. Der Ertrag müsste nach deren Meinung in die finanzpolitische Reserve einfließen. Die bei den Arealentwicklungen gemachten Vorleistungen fließen jedoch auch in die Aufwendungen aus dem Verwaltungsvermögen ein. Dieser Umstand ist bei der Betrachtung des Finanzertrages ebenfalls zu berücksichtigen. Idealerweise sollten diese Zusammenhänge und Entwicklungen im IAFP dargestellt und beschrieben werden.
- Betreffend Investitionen wurde wie bereits im Vorjahr mit Realisierungsquoten gearbeitet. Die Priorisierungen wurden nachvollziehbar vorgenommen. Daraus ergibt sich ein realistisches Investitionsvolumen sowohl im Bereich des allgemeinen Steuerhaushaltes als auch bei den spezialfinanzierten Haushalten für die kommenden Jahre. Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad führt jedoch wieder zu einem Verschuldungs- und Zinsaufwandanstieg. Für die Jahre 2026 bis 2028 wird von einer deutlichen Steigerung beim Selbstfinanzierungsgrad ausgegangen. Die vom Parlament gewünschte Anpassung der Finanzstrategie mit Aufnahme der Kennzahl "Investitionsanteil" wurde von der Finanzkommission zur Kenntnis genommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es weiterhin angezeigt ist, mit den vorhandenen Mitteln sorgfältig umzugehen. Der Kostenfokus vor allem im Bereich der betrieblichen Tätigkeit muss aufrechterhalten werden. Die Verschuldungsprognosen machen einem Teil der Finanzkommission grosse Sorgen.

Bezüglich der Berichterstattung über das Legislaturziel Schwerpunkt 3 "Gemeindefinanzen sanieren" wird festgestellt, dass die Berichterstattung vorliegt.

Zu den Empfehlungen zuhanden des Parlaments:

- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament, den IAFP 2025 wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 2 zustimmend, 3 teilweise zustimmend, 1 ablehnend.
- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament weiter, die Berichterstattung zur Legislaturplanung Schwerpunkt 3 "Gemeindefinanzen sanieren" wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 2 zustimmend, 2 teilweise zustimmend, 2 ablehnend.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich stelle fest, dass Ronald Sonderegger und Reto Zbinden eingetroffen sind. Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

GPK-Präsidentin, Heidi Eberhard, FDP: Wir haben lediglich den Legislaturplan auf Seite 83 als GPK geprüft. Der vorhergehende Teil wurde von der Finanzkommission geprüft. Wir erhielten dabei von der Gemeindepräsidentin Auskunft, welche uns Rede und Antwort stand. Die GPK hat davon zustimmend Kenntnis genommen, es waren sechs Personen anwesend.

Ich bin etwas überrascht, denn ich dachte, es spricht nur die Finanzkommission. Nichts für Ungut, ich könnte noch etwas ergänzen kommen, falls es für euch wichtig wäre, doch die GPK hat zustimmend vom IAFP Kenntnis genommen.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Danke noch für die guten Wünsche von zuvor und damit komme ich zum Thema: In letzter Zeit gab es im Rahmen der Debatte rund um den IAFP immer wieder kritische bis sehr kritische Fragen für den Gemeinderat. An dieser Stelle möchte ich mich aber für die gut strukturierten Unterlagen und den sinnvoll weiterentwickelten Finanzplan beim Gemeinderat und den zuständigen Personen in der Verwaltung bedanken.

Die wichtigsten finanziellen Eckwerte haben wir von der Finanzkommissionssprecherin bereits gehört, ich wiederhole diese nicht, sondern ordne diese aus grüner Perspektive ein:

- Bei der Kenntnisnahme der neusten Finanzstrategie haben wir seitens Grüne und Junge Grüne die Befürchtung geäußert, dass mit den damals präsentierten Kennzahlen die Gefahr besteht, dass zu wenig investiert wird.

Dass mit der neu ergänzten Kennzahl "Investitionsanteil" darauf nun reagiert wurde, nehmen wir positiv zur Kenntnis. Gleiches gilt für die in den nächsten vier Jahren geplanten Investitionssummen. Denn es gilt weiterhin, den aufgelaufenen Investitionsstau abzutragen. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass die Verschuldung weiter zunimmt. Wir müssen heute ausbaden, was uns die frühere Generation an Infrastruktur-Schulden aufgebürdet hat. Zudem ist aus unserer Sicht zentral, dass nun notwendige Investitionen zur Umsetzung des Klimamassnahmenpakets getätigt werden.

- Der geplante Teuerungsausgleich in den Jahren 2025 und 2026 ist wichtig, um als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben. Weiterhin bewegt sich die Gemeinde in vielen Tätigkeitsfeldern mit ausgewiesenem Fachkräftemangel.
- Ein wichtiger, für uns zentraler Punkt: Die Stiftungsgründung Schloss Köniz ist eine einmalige Sache. Es ist erfreulich, dass wir trotz hoher Beträge über zwei Jahre, diesen breit abgestützten Neuanfang durch das aktuelle finanzielle Polster abfedern können.
- Die geplanten bzw. laufenden Arealentwicklungen tragen wesentlich zur etwas positiveren mittelfristigen Aussicht bei, als dies auch schon der Fall war. Auch wenn beim Zeitpunkt, wann diese Erträge zu Buche schlagen, natürlich gewisse Unsicherheiten bestehen. Aufgrund des aktuellen Bilanzüberschusses könnte aber auch ein Jahr Verzögerung bei der Kapitalisierung des Rappentöris oder Liebefeld Mitte theoretisch aufgefangen werden. Das hoffen wir aber natürlich nicht.

Dies einige Blitzlichter auf die finanziellen Themen. Der IAFP gibt jedoch auch immer Auskunft darüber, was mit dem Geld in den nächsten Jahren gemacht werden soll. So ist zum Beispiel ersichtlich, dass verschiedene Digitalisierungsprojekte Früchte zeigen sowohl beim Personalwesen wie auch bei der elektronischen Einreichung der Steuererklärung, etc. Auch der Ausbau der Kulturförderung erachten wir als positiv.

Der Erfüllungsstand der Legislaturziele sieht alles in allem relativ schmeichelhaft aus. Es sind teils auch wichtige Massnahmen umgesetzt worden, einzelne Grüne Kernthemen, aber auch z.B. das Assetmanagement bei den Immobilien. Allerdings muss gesagt werden, dass bei einigen der gesetzten Ziele die Zielwerte auch nicht sonderlich ambitioniert gewählt wurden und es dementsprechend auch nicht erstaunlich ist, dass man diese jetzt erreichen kann. Wir sind zudem gespannt, welche vier Freiräume 2025 noch aufgewertet werden. Diesbezüglich scheint gemäss Berichterstattung alles grün und somit auf Kurs zu sein – abgeschlossen ist es gemäss Kommentar noch nicht. Und auch im Bereich der Bildung gibt es nächstes Jahr noch viel zu tun, um die gesetzten Ziele zu erreichen - Bildungsreglement, Integrationskonzept, ganzheitliche Schulraumplanung, usw. Wir bleiben gespannt.

Das nur ein paar wenige Blitzlichter, es gäbe natürlich noch wesentlich mehr zu nennen. An dieser Stelle deshalb nochmals vielen Dank der gesamten Verwaltung für die Arbeit im Dienste der Gemeinde.

Die Grünen und Jungen Grünen nehmen den IAFP zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Vorweggenommen: Die FDP.Die Liberalen werden den IAFP teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Positiv haben wir die Übersicht und die Darstellung wahrgenommen, ebenfalls freut es uns, dass man vier Jahre und nicht mehr acht Jahr darstellt, es ist damit deutlich übersichtlicher.

Was uns Sorgen bereitet, sind die wachsenden wiederkehrenden Kosten, welche sich immer mehr summieren. Ebenfalls sind uns die steigenden Personalkosten ein Dorn im Auge. Einerseits sind dies neue Stellen, welche geschaffen werden - manchmal hat man beinahe das Gefühl, dass die neuen Stellen, welche neu geschaffen wurden, im nächsten Jahr Chef sein wollen und noch Junge bekommen. Diese ganze Anstellungsgeschichte harmoniert nicht mit dem Bevölkerungswachstum, welches wir haben, es werden einfach zu viele Leute angestellt und das muss schlussendlich bezahlt werden.

Andererseits sehen wir den Teuerungsausgleich von 1.5% im Jahr 2025 und 1% im Jahr 2026, das ist bei der Gemeinde Köniz automatisch, da Gemeinde. In der Privatwirtschaft kommt dies so weniger vor. Die Gesamtwetterlage ergibt die Möglichkeit, hier tätig zu sein - oder nicht - und vor allem auch um zu sagen, in welcher Höhe und nicht einfach Jahre im Voraus budgetieren. Es ist natürlich schön von der Gemeinde, dass man diesen Geldsegen dem Personal weitergeben kann und das ist im Prinzip ja auch nichts, was falsch ist. Aber ich will trotzdem darauf aufmerksam machen, dass auch die Gemeindeangestellten heute in der Gemeinde gut entlohnt sind und einige Supplements haben, welche die Privatwirtschaft nicht hat. Und es ist schlussendlich der Steuerzahler, welcher dies bezahlen muss und welcher dies auch nicht hat. Dieses Giesskannenprinzip missfällt uns, es muss punktuell sein.

Wie bereits erwähnt, die FDP.Die Liberalen, werden den IAFP teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Rahel Gall, SP Frauen: Der IAFP ist klar und übersichtlich gestaltet. Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, sind Mängel, die in den letzten Jahren kritisiert wurden, behoben worden. Wir begrüßen die eingeführte Automatisierung gewisser Prozesse, mit der das Fehlerrisiko relevant reduziert werden konnte.

Der IAFP gibt einen guten Überblick über die finanziellen Entwicklungen der Könizer Finanzen, so wie sie für die nächsten Jahre erwartet werden können und geplant sind. Insbesondere schätzen wir die Orientierung des IAFP an der neuen Finanzstrategie mit den definierten strategischen Kennzahlen. Dieses Instrument erleichtert die Beurteilung der finanziellen Situation heute und in Zukunft gemessen an definierten und relevanten Finanz-Kriterien.

Schaut man den IAFP an, wird ersichtlich, dass die Finanzen auch in den kommenden Jahren eine Herausforderung für unsere Gemeinde darstellen werden. Wir haben weiterhin einen hohen Investitionsbedarf, es stehen sowohl kleinere Sanierungsprojekte wie auch mehrere Grossprojekte an, welche einiges kosten werden. Der IAFP beschreibt ja auch die erwartete Entwicklung bei den Aufwänden für den Betrieb der Gemeinde und auch hier wird ersichtlich, dass die Finanzsituation nicht rosig ist, da sind wir uns wohl einig, das schleckt keine Geiss weg.

Die Gemeinde Köniz soll auch in Zukunft attraktiv bleiben für die Einwohnerinnen und Einwohner und auch für die KMUs und Firmen, welche hier bei uns ansässig sind. Die vorhandenen Einnahmen sind knapp und die Gemeinde verfügt über einen relativ geringen Selbstfinanzierungsgrad. Deshalb muss sorgfältig mit dem Geld umgegangen werden. Gleichzeitig ist es uns von der SP/JUSO-Fraktion ein grosses Anliegen, dass nicht am falschen Ort gespart wird. So müssen beispielsweise die nötigen Ausgaben in den Bereichen Bildung oder Umwelt getätigt werden. Und die Aufwände bei den Personalkosten zu reduzieren, wie von meinem Vorredner vorgeschlagen, erachten wir als nicht sinnvoll und am falschen Ort gespart. Wir als Parlament haben eine Verantwortung, mit den Kosten sorgfältig umzugehen, aber das Geld, welches wir haben, auch gut einzusetzen.

Dann habe ich noch einige spezifische Bemerkungen zum IAFP:

- Wir begrüßen es, dass die Teuerung der Lohnkosten für die Jahre 2025 und 2026 eingeplant wurden. Wir erwarten, dass die Teuerung des Personals im nächsten Jahr, wie auch in den nachfolgenden Jahren, jeweils so gestaltet wird, dass es keinen Verlust der realen Kaufkraft gibt. Darum glauben wir, das muss man wirklich anschauen.
- Legislaturziele: Danke auch hier für die nachvollziehbare Darstellung der Ziele und deren Erreichungsgrad. Wir finden, dieses Ampelsystem absolut Sinn macht und es ist auch wichtig, dass eine Strategie mit Massnahmen und mit einem Controlling geschaut wird, um zu sehen, was man erreicht hat und was noch nicht.
- Uns ist bei einem Ziel, nämlich beim Ziel 1.5 "Köniz verfügt über ein vielfältiges und innovatives dezentrales Bildungsangebot", aufgefallen, dass es dort noch relativ viele Massnahmen hat, welche auf gelb sind. Wir sind froh, sind diese nicht auf Rot, auch wenn wir als Partei grundsätzlich gerne rot haben, doch in diesem Kontext sind wir froh, dass es zumindest gelb ist. Wir wissen, dass hier in der Verwaltung sehr viel gearbeitet wird, doch wir haben hier die Hoffnung oder den Wunsch, dass man in diesem Bereich jetzt wirklich weiter vorwärts machen kann und dass dort auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um diese Ziele zu erreichen.
- Demgegenüber hat es uns gefreut zu lesen, dass im Bereich Umwelt – so wie es David bereits gesagt hat – alles auf grün steht.

Unsere Fraktion dankt für die neu gestalteten, sehr übersichtlichen und umfangreichen Unterlagen. Unsere Fraktion nimmt den IAFP einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Corina Burren ist eingetroffen, es sind somit 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung ebenfalls für das Erstellen dieses Integrierten Aufgaben- und Finanzplans 2025. Das Dokument kommt nach wie vor umfangreich und detailliert daher, es ist nicht mehr ganz so gefällig, dafür pragmatisch. Die Datenpflege, wir haben es gehört, wurde neu organisiert und ist darum etwas weniger aufwändig. Das freut uns für alle Beteiligten. Es ist nach wie vor ein riesiges Dokument und bei Drucklegung vermutlich bereits veraltet. Gleich bleibt, dass wir als Fraktion, welche dieses ganze Dokument lesen, nach wie vor in den Texten Fehler finden – es wurde beinahe zu einem Sport – und veraltete Kommentare findet man einige. Copy-Paste lässt grüssen. Doch das sind Details und das ist nicht entscheidend.

Der IAFP ist – als Info für Nicht-Insider im Parlament – ein Plan des Gemeinderats. Auch für Insider ist es wichtig, dass der IAFP ein Arbeitsmittel des Gemeinderates ist. Wir Parlamentarier dürfen dazu Stellung nehmen, heute machen wir dies im Sinne einer Kenntnisnahme – mehr nicht.

Was liegt uns jetzt vor? Was sehen wir in diesem IAFP? Die abgebildete Situation ist herausfordernd – wir haben es von den Vorrednern bereits gehört. Der IAFP zeichnet inhaltlich ein ziemlich düsteres Bild von der Zukunft. Die Investitionen, welche notwendig sind, da sind wir uns einig, diese bleiben hoch und die Verschuldung nimmt enorm und rekordverdächtig zu. In den letzten Zahlen, welche wir hier sehen, auf beinahe CHF 470 Mio. Und die Selbstfinanzierung ist erschreckend tief. Die Ausgaben steigen auch, insbesondere der Personalaufwand, wir haben es auch schon gehört, und sie bleiben auf hohem Niveau. Da gilt es jetzt näher hinzuschauen und zu steuern.

Wir entdecken auch, dass die neue sogenannte Finanzstrategie des Gemeinderates eingefügt wurde. Wir erinnern uns: Die Finanzstrategie – ich sage jetzt nicht mehr "sogenannte", sonst regt man sich zu sehr auf in diesem Saal – diese wurde von der Finanzkommission als untauglich befunden und diese ist es immer noch. Denn eine Strategie sollte vorausschauend mithelfen, die Finanzen langfristig im Lot zu halten. Doch leider sind die strategischen Kennzahlen resp. deren Handlungsauslöser, die Interventionsgrenzen, so gewählt, dass erst sehr spät gehandelt werden muss. Wir haben es von anderen Rednern auch bereits gehört. Auch die bereits erfolgten leichten Modifizierungen des Startmodells ändern daran nichts.

Und brandneu entdecken wir jetzt als eine Ergänzung eine weitere Kennzahl: Den Investitionsanteil. Bezeichnenderweise ist diese Kennzahl keine dämpfende Massnahme, sondern eine, welche die Investitionen schützt. Wir sollen bei den Investitionen nicht unter ein gewisses Mass fallen. Das ist loblich und eigentlich richtig, aber können und wollen wir uns dieses Ausmass an Investitionen leisten, wenn wir gleichzeitig so viel oder zu viel Aufwand generieren? Steigt der Aufwand und die Investitionen gleichzeitig, verschulden wir uns wie erwähnt, massiv.

Im Legislaturziel 3.3 steht: Budgets sollten mindestens ausgeglichen sein. Wir haben eine lange Tradition von Defiziten und letztes Jahr hat der Gemeinderat ein hellrotes Budget vorgelegt, wir kommen dann beim nächsten Traktandum noch darauf. Und aktuell CHF 6.3 Mio. mehr Ausgaben als Einnahmen ist nicht ausgeglichen – einmal mehr. Der Ausblick in diese Planzahlen ist für mich und für uns ernüchternd. Darum ist es höchste Zeit, dass endlich ein funktionierendes Instrument geschaffen wird, um die Könizer Finanzen zu ordnen und nachhaltig zu stabilisieren. Aus diesen Gründen nimmt unsere Fraktion zur Kenntnis, dass der Gemeinderat einen aktuellen IAFP vorlegt. Etwas genauer: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nimmt mit etwas mehr als der Hälfte teilweise zustimmend Kenntnis und der Rest ablehnend.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Vielen Dank der DPF für den Bericht und die ausführlichen Unterlagen zum IAFP 2025-2028. Der Bericht kommt sehr gut daher, qualitativ hat er sich sogar verbessert und das ist schön. Es wurde auch bereits gesagt, es ist ein gemeinderätliches Führungsinstrument, welches uns näher bringt, wie die finanzpolitische Weitsicht aussieht. Es ist sicherlich ein sehr guter Bericht, danke für das.

Wir können das Budgetjahr 2025, wie das Folgejahr noch einigermaßen genau betrachten, alle weiteren Jahre in die Zukunft sind ziemlich schwierig und es ist eine Art Kaffeesatz lesen. Die Planjahre sind schwierig zu beurteilen und gleichwohl kann man eine Tendenz erkennen. Und diese Tendenz ist beängstigend. Wenn man rein die nackten Zahlen anschaut, dann sieht es nicht so gut aus. Ganz kurz zusammengefasst: Die Kosten steigen, die Investitionen sind unverändert hoch, die Erträge steigen leider nicht im Ausmass, wie die Kosten und das ist keine gute Entwicklung. Man muss auch nicht unbedingt Buchhalter sein, um dies zu sehen.

Bis auf den positiven Finanzertrag ist es eher ein düsterer Ausblick. Das Ergebnis aus der Finanzierung ist oder sollte bis 2028 auf CHF 17.8 Mio. steigen. Das stimmt uns für das Finanzergebnis positiv, aber leider ist das betriebliche Ergebnis weitaus schlechter und das widerspiegelt eigentlich die finanzielle Lage der Gemeinde mehr als das Finanzergebnis. Dazu kommt noch die Verschuldung, welche wir leider nicht in den Griff bekommen. Diese wird bis 2028 laut IAFP auf CHF 444 Mio. ansteigen. In Bezug zur Bekämpfung der Verschuldung wünscht sich die SVP-Fraktion etwas mehr.

Und noch zur überarbeiteten Finanzstrategie: Diese ist, wie sie ist. Wir haben diese immer schon etwas kritisch betrachtet und wir fragen uns in der Fraktion immer wieder, wie dort eine Intervention aussehen könnte. Doch es kommt ja eigentlich fast nie zu einer solchen, da die Interventionsgrenzen so hoch gesetzt sind, dass sie gar nie zum Zuge kommen. Dort wäre es sicherlich begrüssenswert, wenn früher interveniert werden würde.

Zu den Legislaturzielen, mit welchen sich der Gemeinderat im Grunde selber beurteilt: Beim Schwerpunktthema 3, "Gemeindefinanzen sanieren", ist sicherlich die grösste Herausforderung zu bewältigen. Dort ist das Unterziel 3.3 "Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht halten" aktuell nicht gewährleistet. Dort ist noch Luft nach oben.

Aufgrund der negativen Entwicklung im Ergebnis - vor allem in der betrieblichen Tätigkeit, welche eigentlich die Basis für ein erfolgreiches Geschäft ist und unbedingt positiv sein müsste - nehmen wir den IAFP teilweise zustimmend zur Kenntnis.

GPK-Präsidentin, Heidi Eberhard, FDP: Entschuldigt bitte, das war wirklich ein Missverständnis, ich habe dank meiner Vizepräsidentin Einblick in die GPK-Unterlagen erhalten und konnte die Beschlüsse nochmals durchschauen.

Vorab würdigen wir nochmals die Auskünfte, welche uns Tanja Bauer gegeben hat, das war sehr nett, vielen Dank. Es ist ein Instrument des Gemeinderates. Der Bericht ist aussagekräftig, übersichtlich und sorgfältig vorbereitet.

Wie bereits erwähnt, haben wir die Legislaturplanung ab Seite 83 angeschaut. Und auch dort prüft die GPK jeweils die einzelnen Geschäfte, welche hier im IAFP unter einem Ziel zusammengefasst sind. Deshalb haben wir die Ziele auch summarisch geprüft. Es sieht wunderbar aus, es ist vieles auf grün, es sind also optimistische Aussichten, welche wir haben. Was uns aufgefallen ist: Die Ziele sind angemessen, die Legislaturplanung wird gewürdigt und ist gut - wir hätten einfach gerne bei der Schulraumplanung, dass diese prioritär behandelt wird.

Die Beschlüsse habe ich zuvor mit einer Zustimmung zu viel gesagt: Wir hatten ein Abstimmungsergebnis von 5 zustimmend, 1 teilweise zustimmend. Es waren sechs Personen an diesem Abend anwesend. Herzlichen Dank und nochmals merci für das Verständnis.

Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Der Sprecher der EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat gesagt, dass die überarbeitete Finanzstrategie des Gemeinderates von der Finanzkommission als untauglich angesehen worden sei. Das stimmt so nicht ganz. Die Empfehlung der Finanzkommission war damals viermal ablehnend und dreimal teilweise zustimmend. Daher kann nicht davon gesprochen werden, dass die Finanzkommission dieses Instrument als untauglich eingestuft hätte. Das wollte ich noch richtig stellen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Wir kommen hier zu einem Herzstück, nämlich der Finanzplanung. Der IAFP zeigt euch wie ein roter Faden auf, was wir eigentlich im Moment machen. Er ist also eine Zusammenfassung von Beschlüssen, welche hier gefällt wurden, von Legislaturzielen, welche der Gemeinderat sich gesetzt hat, von Aufgaben, welche dazu kommen und welche vielleicht noch niemand erwartet hat. Er ist der aktuelle Stand des Irrtums, könnte man sagen, denn – und das ist wichtig – er ist eine rollende Planung und darum legen wir euch diesen auch jährlich immer wieder vor. Dieser beinhaltet das aktuellste Wissen, welches wir haben und welches wir euch mitgeben.

Grundsätzlich vorweg: Ich teile den allgemeinen Tenor oder den Tenor, welchen ich in den letzten Voten gehört habe, nicht ganz. Es ist nicht ein düsteres Bild, welches dieser IAFP zeigt, sondern es ist ein Bild der Hoffnung – ich zeige euch später auf, warum. Er zeigt ganz klar, dass wir es mit Hilfe des Finanzvermögens schaffen können, ohne weitere Steuererhöhung alle weiteren Aufgaben, welche wir uns zum Ziel setzen, umzusetzen.

Man könnte zu diesem IAFP viel sagen, aber ich möchte gerne drei Sachen hervorheben, von welchen ich denke, dass diese besonders wichtig sind:

1. Dieses Thema ist sehr wichtig und das wisst ihr auch: Köniz investiert in die Zukunft. Wie viele andere Gemeinden in der Region oder auch aktuell der Kanton, haben wir einen sehr hohen Investitionsbedarf. Und das kommt nicht von ungefähr, sondern das kommt aus den 60er und 70er Jahren, als wir ein sehr grosses Bevölkerungswachstum hatten. Viele Infrastrukturbauten kommen logischerweise folgerichtig aus dieser Zeit und sind jetzt "end of life", das heisst sie sind mehr oder weniger abgeschrieben, manchmal sogar bereits seit zehn Jahren. Wir haben es bereits vom Grünen-Sprecher gehört, wir haben zum Teil auch von den Vorgenerationen etwas geerbt, welche nicht immer alle Unterhalts- und Sanierungsarbeiten im nötigen Umfang ausgeführt haben, damit man dieses "end of life" etwas hätte hinauszögern können und wir stehen heute vor der Herkules-Aufgabe, diese Altlasten abzutragen. Aber wir haben auch eine einmalige Möglichkeit, unsere Infrastruktur auf den neuesten Stand zu bringen, denn wir leben ja nicht mehr in den 60er Jahren. Heute sind neue Themen dazu gekommen und wir haben gehört, ihr habt hier das Netto-Null-Ziel verabschiedet.

Und es ist eine einmalige Möglichkeit, wenn man Investitionen abgeschrieben hat, diese zu erneuern. Das ist auch finanzpolitisch der Sinn des Zeitpunkts und damit wir hier diesem Netto-Null-Ziel Rechnung tragen können.

Ein anderes Beispiel finden wir in der Bildung: Da sind heute andere Bedürfnisse vorhanden, als in den 60er Jahren. Alleine die ganze Kinderbetreuung, welche dazu kommt, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Auch hier haben wir eine Möglichkeit, durch die Weiterentwicklung oder auch durch neue Investitionen, diesen Bedarf zu verbessern. Doch das Problem, welches wir haben, ist die Anzahl von Investitionen, welche wir tätigen müssen. Das ist eine grosse Herausforderung, nicht nur vom Finanzbedarf her, sondern auch vom Personalbedarf her. Ihr wisst, wir haben Fachkräftemangel und sehr oft ist das schlicht und einfach der Knoten, welchen wir haben. Wir haben in den letzten zwei Rechnungen ausgewiesen, dass wir die Investitionen, welche wir tätigen wollten, gar nicht tätigen konnten und dass wir dort also wirklich Nachholbedarf haben. Darum haben wir jetzt mit Realisierungsgraden gerechnet, damit das Budget oder der IAFP nicht unnötig aufgebauscht wird. Wir hoffen sehr, dass wir es so, wie wir uns dies im IAFP vorgenommen haben, auch schaffen, die Investitionen zu tätigen.

2. Der zweite grosse Punkt, welchen man aus dem IAFP lesen kann, ist, dass die Finanzen dank dem Finanzvermögen stabil sind. Das haben wir einige Male gehört. Ich würde sagen, unsere Finanzlage ist fragil stabil. Das heisst, wir müssen weiterhin einen sehr starken Kostenfokus haben. Positiv ist, dass sich die Steuererträge enorm gut entwickeln. Da haben wir eine super Ausgangslage. Aber die Steuererträge reichen nicht aus, um unsere Aufwände zu decken. Wenn wir dies mit dem Steuerertrag machen wollten, dann müssten wir die Steuern erhöhen und das wollen wir nicht, da sind wir uns einig. Es ist so, der Finanzertrag muss auch einen Beitrag leisten, ansonsten dürften wir dies gar nicht machen. Wieso sollten wir als Gemeinde Ressourcen in das Finanzvermögen investieren, wenn wir daraus nicht auch Einnahmen generieren könnten? Was heisst "Ressourcen investieren"? Wir investieren in die Arealentwicklung oder auch in die Portfolioentwicklung Personalressourcen, Zeit, Engagement und davon bekommen wir auch wieder Erträge zurück. Das hilft uns, unser Betriebsergebnis zu finanzieren. Wichtig ist dort, dass diese Einnahmen schwankend kommen. Zum Teil muss man fünf, sechs, sieben oder sogar zehn Jahre arbeiten, bis auf einen Schlag, sehr grosse Beträge reinkommen. Diese Beträge werden meistens vom Gemeinderat, Parlament oder sogar von der Bevölkerung abgesegnet. Das sind Baurechtsverträge, das können aber auch andere Beträge sein, zum Beispiel mehr Steuereinnahmen durch zusätzliche Wohnungen. Das sind alles Folgen aus Entscheiden, welche das finanzkompetente Organ getroffen hat und dann wissen wir auch, welche Summen dann ungefähr einmal auf uns zukommen werden. Das ist also sehr legitim.
3. Dieser Punkt ist ebenfalls sehr wichtig und wurde mehrfach genannt: Nämlich, dass die Verschuldung im Auge behalten werden muss. Wir haben hohe Schulden geerbt, auch aus der Zeit, als wir einen zu tiefen Steuerertrag hatten. Was ich hier aber positiv erwähnen möchte ist, dass wir die Entwicklung der Verschuldung bremsen konnten. Im Jahr 2021 und 2022 blieb die Verschuldung stabil und im Jahr 2023 konnten wir sie sogar leicht abbauen. Das heisst, wir haben nach wie vor einen hohen Betrag an Schulden, aber ich glaube, dass wir hier wirklich eine Chance haben, auch weil sich das Zinsumfeld wieder deutlich verbessert hat, da können wir nichts dafür, aber das ist für uns eine glückliche Fügung, dass wir hier wirklich auch für die kommenden Jahre hart dran bleiben müssen, damit wir stabil bleiben können. Das kommt natürlich auch immer sehr darauf an, wie die Erträge auf der anderen Seite spielen, da der Finanzierungsgrad natürlich auch sehr stark von den Einnahmen abhängig ist. Doch ich bin mit euch einig, dass wir hier wirklich den Fokus darauf haben müssen und würde gerne in diesem Zusammenhang auf die Finanzstrategie verweisen, welche wir aktualisiert haben. Wir haben nämlich zugehört, als wir diese im Mai präsentiert haben und wir haben eure Voten sehr detailliert nochmals gelesen. Wir haben diese dort, wo Kritik kam, entsprechend angepasst. Natürlich ist eine Finanzstrategie nicht alles, man muss diese auch leben. Es nützt nichts, nur ein Papier zu haben. Aber sie ist sehr wichtig und ich möchte nochmals kurz sagen, was wir angepasst haben: Wir haben die Kennzahl bezüglich Investitionstätigkeit aufgenommen und da musste ich etwas schmunzeln, als der Mitte-Sprecher gesagt hat, dass wir uns dies gar nicht leisten können. Das war nämlich eine Planungserklärung, welche hier einstimmig überwiesen worden ist. Und wir vom Gemeinderat hätten eigentlich keine Kennzahl zu den Investitionen vorgesehen gehabt, aber ihr wart der Meinung, dass diese hier dazu gehört. Also haben wir dies gemacht. Wir haben auch weitere Sachen angepasst, welche ihr gerne wolltet. Wir haben ganz klar signalisiert, wirklich niet- und nagelfest, dass die Steuern nach Meinung des Gemeinderates nicht erhöht werden sollen. Das bedingt aber auch, dass wir das Finanzvermögen einsetzen dürfen. Wir haben bereits bei einem Steuerzehntel der Reserve die Interventionsgrenze angesetzt.

Wenn die Reserven also unter einen Steuerzehntel fallen, müssen wir bereits agieren. Das ist deutlich strenger, als der Kanton gesetzlich vorsieht – wir haben also eine längere Reaktionszeit. Das sind eigentlich alles Punkte, welche wir zuvor bereits so gedacht haben, aber auf welche ihr uns zum Teil auch zurecht hingewiesen habt, dass wir dort nochmals hinschauen sollten. Es geht hier um Vertrauensbildung und darum bin ich froh, wenn ihr diese Anpassung der Finanzstrategie auch positiv seht, denn hier sind wir wirklich auf eure Voten eingegangen.

Gerne möchte ich noch ganz kurz etwas zu zwei, drei Voten sagen: Ja, Sach-, Betriebs- und Transferaufwand sowie auch der Personalaufwand, müssen wir im Auge behalten, da seht ihr die Entwicklung im IAFP. Das ist dort, wo wir den Fokus darauf halten müssen. Gerne möchte ich aber trotzdem korrigieren, dass der Teuerungsausgleich in keiner Art und Weise automatisch ist. Diese 1.5%, welche wir mit dem Budget beantragen, darüber entscheidet ihr hier und dieses 1% ist etwas, was der Gemeinderat im IAFP signalisiert, das bräuchte es nämlich, um die Teuerung auszugleichen, doch das ist etwas, worüber wir hier in einem Jahr beschliessen werden, wir kennen keinen automatischen Teuerungsausgleich. Wenn jemand dies möchte, dann wäre es sicherlich klug, dies im Personalreglementsprozess zur Sprache zu bringen.

Ein zweiter wichtiger Punkt – die Finanzkommissionspräsidentin hat darauf hingewiesen – und das ist vielleicht aus der Finanzkommission noch nicht so richtig raus, das möchte ich gerne nochmals erklären: Wir budgetieren keine Stellen mehr im IAFP oder im Budget. Diese Stellen müssen dem Gemeinderat vorgelegt und vom Gemeinderat genehmigt werden. Wir stellen nur einen Platzhalter, also ein gewisses Volumen für zusätzliche Stellen. Das ist aber viel restriktiver, als das, was die Abteilungen eigentlich an Bedarf anmelden. Und man muss diese Stellen einzeln während dem Jahr beantragen und zwar dann, wenn man diese braucht, mit gut ausgewiesenen Bedarf und ansonsten werden diese Anträge nicht genehmigt. Das ist ein klarer Kostenfokus, welchen wir hier eingeführt haben, damit wir exakter und genauer sein können und damit die Hürden grösser werden, um eine Stelle zu beantragen.

Ich danke euch, insgesamt ist es meine dritte IAFP-Debatte und ich muss sagen, so positiv wart ihr bisher noch nie, das nehme ich zur Kenntnis. Das freut nicht nur mich, sondern das freut auch die Verwaltung, da sehr viel daran gearbeitet wurde und ich nehme an, es freut auch meine Gemeinderatskollegen. Ich danke euch, dass ihr dies gewürdigt habt, auch mit den Unterlagen, das war viel Arbeit und wir sind bestrebt, uns hier auch weiter zu verbessern, denn es soll auch für euch einen roten Faden sein, ihr sollt wiedererkennen, was ihr entschieden habt, aber auch sehen, was wir uns vorstellen, so dass dies wirklich ein Instrument ist, worüber wir zusammen kommunizieren und natürlich auch hart debattieren können.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2025.

(Abstimmungsergebnis: 18 zustimmend, 16 teilweise zustimmend, 4 ablehnend)

PAR 2024/95

Budget 2025

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die im Juni 2022 genehmigte Steuererhöhung durch die Stimmbevölkerung hat dazu geführt, dass sich die finanzielle Ausgangslage der Gemeinde Köniz stabilisiert hat. Nach wie vor bleibt der finanzielle Spielraum jedoch eng, der Investitionsbedarf hoch und die Verschuldung steigt. Auch wenn in den vergangenen beiden Jahren Rechnungsüberschüsse erzielt werden konnten und ein Bilanzüberschuss in der Höhe von ca. CHF 20.5 Mio. vorliegt, bedarf es unverändert grosser Anstrengungen die notwendigen Ausgaben und die zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Mittel abzuwägen aufeinander abzustimmen.

In den nachfolgenden Absätzen sind die wichtigsten Punkte des Budget 2025 aufgeführt.

2. Ausgeglichenes Ergebnis im allg. Steuerhaushalt dank finanzpolitischer Reserve

Das Budget 2025 weist im Steuerhaushalt vor Bezug aus der finanzpolitischen Reserve ein negatives Ergebnis (Aufwandüberschuss) in der Höhe von CHF 6'308'379 Mio. auf. Dieser Aufwandsüberschuss wird durch die mit der Gründung der Stiftung Schloss verbundenen Aufwendungen wie Anschubfinanzierung CHF 4.5 Mio. und Effekte aus Übergabe Sachanlagen CHF 1.8 Mio. bestimmt (Gesamteffekte Gründung Schloss ca. CHF 6.4 Mio.).

Mit der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve wird das Ergebnis im allgemeinen Steuerhaushalt auf CHF 0 ausgeglichen. Ohne die Effekte für das Schloss weist der allgemeine Steuerhaushalt einen Ertragsüberschuss von etwas über CHF 0.1 Mio. auf.

Der Bilanzüberschuss beläuft sich unverändert auf CHF 20.5 Mio.

3. Investitionen

Wie in anderen Gemeinden und Städten ist der Bedarf an Investitionen auch in Köniz unverändert gross und es besteht weiterhin grosser Nachholbedarf. Dies auch, weil in der Vergangenheit zu wenig Investitionen umgesetzt werden konnten. Für 2025 sind Nettoinvestitionen in Höhe von 29.6 Mio. CHF vorgesehen (allg. Steuerhaushalt 23.7 Mio. CHF). Dies beinhaltet 8 Mio. CHF für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur (z.B. Wabern Morillon, OZK etc.) und 8.3 Mio. CHF für den öffentlichen und Individualverkehr (z.B. Buslinie 10 [Umgestaltung Hindernisfreie Haltestellen], Liebefeld Hess-Wabersackerstrasse [Neugestaltung]).

4. Weitere Punkte der Erfolgsrechnung

In den nachfolgenden Abschnitten finden sich wesentliche Punkte der Erfolgsrechnung. Zusätzliche Inhalte finden sich im Budgetbericht 2025 (siehe Beilage).

4.1 Personalaufwand

Der Gemeinderat will für das Personal ein spürbares Zeichen gegen den Kaufkraftverlust setzen und hat im Budget 2025 einen anteiligen Teuerungsausgleich von 1.5 % vorgesehen. Die Teuerung ist damit aber weiterhin nicht ausgeglichen. Der Anteil an der individuellen Leistungsentschädigung beläuft sich auf 0.7%. Ein potentieller Mehrbedarf an Personal wurde mit ca. CHF 0.6 Mio. berücksichtigt. Bei diesem Betrag handelt es sich um einen Platzhalter unter Berücksichtigung von Rotationsgewinnen und zeitlichen Verzögerungen bei der Rekrutierung (Fachkräftemangel). Der durch Abteilungen signalisierte Mehrbedarf wurde vom Gemeinderat nicht freigeben. Diese Stellen müssen einzeln beantragt werden.

4.2 Sach- und Betriebsaufwand

Der Sach- und Betriebsaufwand beläuft sich praktisch auf dem Niveau der Rechnung 2023. Zu berücksichtigen gilt, dass ca. 33% dieser Kosten im direkten Zusammenhang mit Investitionen stehen (Investitionsvorbereitend bzw. Folgen von Investitionen [Unterhalt und Reparaturen]).

4.3 Transferaufwand

Der Peak im Transferaufwand wird durch den Einschuss in das Stiftungskapital Schloss Köniz geprägt. Zusätzlich signalisiert der Kanton mit seinen Empfehlungen an die Gemeinden einen steigenden Bedarf bei den Lastenausgleichszahlungen. Der Gemeinderat hat entschieden, dass die diesbezüglichen kantonalen Empfehlungen aufgrund vergangener Erfahrungen für den Lastenausgleich Soziales als zu pessimistisch zu bezeichnen sind. Für das Budget 2025 wurden deshalb die Ansätze aus den Rechnungsdaten 2024 übernommen. Die Entwicklung bei den Lehrpersonengehältern wurden gemäss kantonomer Empfehlung vorgenommen.

4.4 Finanzaufwand

Der Finanzaufwand beinhaltet die Übergabe von Sachanlagen an die Stiftung Schloss von ca. CHF 1.8 Mio. Als weitere wesentliche Position ist der Zinsaufwand für die Finanzierung der Finanzverbindlichkeiten (Darlehen) in der Höhe von CHF 5. Mio. berücksichtigt.

4.5 Steuerertrag

Der Steuerertrag berücksichtigt sowohl die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung (inkl. der grösseren Wohnbauprojekte), die potentiellen Lohnanpassungen (Auswirkungen auf den durchschnittlichen Steuerertrag natürliche Personen), als auch die erwarteten Gewinnentwicklungen bei den juristischen Personen. Bei den übrigen Steuern wird mit einer moderaten Veränderung gerechnet. Diese berücksichtigt auch eine potentielle Zunahme bei den Sonderveranlagungen (Pensionierungen Baby-boomer, Auszahlung 3. Säule und teilweise aus 2. Säule).

4.6 Finanzertrag

Die Entwicklung im Finanzertrag zeigt auf, wie wichtig die Entwicklung des Finanzvermögens für den Steuerhaushalt ist. Die Entwicklung des Finanzvermögens stellt einen essentiell wichtigen Beitrag zu Gunsten des Ergebnisses dar und ist somit ein wichtiger Pfeiler, um die angedachten Vorhaben im Verwaltungsvermögen realisieren zu können. Die sehr positive Entwicklung wird durch steigende Einnahmen aus Baurechtszinsen (CHF +0.5 Mio.), sowie hauptsächlich durch einen weiteren positiven Bewertungseffekt aus den Baurechten Ried bestimmt. (2. Phase gemäss Vertrag; dies führt zu einem positiven Bewertungseffekt von ca. CHF 7.5 Mio.).

Der hohe Ertrag im ausserordentlichen Ertrag wird durch den Bezug aus der finanzpolitischen Reserve (ca. CHF 6.3 Mio.) verursacht.

5. Finanzielle Entwicklung der Gemeinde

Bezüglich der mittelfristigen Entwicklung der Finanzergebnisse der Gemeinde wird auf den Parlamentsantrag betreffend IAFP 2025 verwiesen. Dort finden sich auch Angaben zu den geltenden strategischen (Finanz-)Kennzahlen und deren Stand im Hinblick auf die Zielerreichung.

6. Folgen bei der Ablehnung

Entscheidet das Parlament, das Budget 2025 abzulehnen, wird die Gemeinde das Jahr 2025 ohne Budget beginnen. Dies würde bedeuten, dass analog zum Jahr 2022 wieder bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Budgets der Prozess des budgetlosen Zustandes eingeführt werden müsste und nur noch unumgängliche Ausgaben getätigt werden könnten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2025 zu Lasten Konto 1680.3893.10 keine Einlage in die Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" vorzunehmen.
2. Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2025 folgende Steuern zu erheben:
 - a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
 - b. die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.

3. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2025:

Gesamthaushalt		
Gesamtertrag	CHF	267'080'478
Gesamtaufwand	CHF	<u>267'775'125</u>
Aufwandsüberschuss	CHF	-694'647
davon:		
Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)		
Aufwandsüberschuss vor Bezug aus finanzpolitischer Reserve	CHF	-6'308'379
Ergebnis nach Bezug von finanzpolitischer Reserve	CHF	0
Spezialfinanzierte Haushalte		
Aufwandsüberschuss	CHF	-694'647

Köniz, 18. September 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Budgetbericht 2025

Diskussion

Präsidentin Finanzkommission, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Die Finanzkommission bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen. Die gute Qualität wurde bereits bei den verantwortlichen Personen verdankt.

Wie bereits im vorderen Traktandum erwähnt, wurde die Finanzkommission erstmals an der Sitzung vom 2. September 2024 über die Hochrechnung 2024 sowie über das Budget 2025 informiert. Diese Informationen wurden für die Verwaltungsbesuche der Finanzkommission benötigt. Für die interessanten Einblicke in die einzelnen Direktionen sowie die offenen Diskussionen mit den verantwortlichen Personen möchten wir uns ebenfalls herzlich bedanken.

Die finale Vorlage inklusive Parlamentsantrag wurde von der Finanzkommission an der Sitzung vom 21. Oktober 2024 geprüft. Dabei konnte einstimmig festgehalten werden, dass die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Die generellen Annahmen sind in den Unterlagen dargestellt und entsprechen den Annahmen im IAFP. Hier die wichtigsten Punkte für das Budget 2025:

- Das Budget 2025 weist vor Bezug aus der finanzpolitischen Reserve einen Aufwandüberschuss von CHF 6.3 Mio. auf. Die mit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz verbundenen Ausgaben sind ebenso darin enthalten, wie auch der Ertrag der Kapitalisierung eines Baurechts im Ried. Es zeigt sich, dass ohne Effekte im Finanzvermögen der Steuerhaushalt nicht ausgeglichen ist. Diesen Umstand habe ich bereits beim vorderen Traktandum, beim IAFP ausführlich erläutert und auch die Gemeindepräsidentin hat dies nochmals erläutert. Im Budgetjahr 2025 kommen zudem noch die Kosten von CHF 6.4 Mio. betreffend Stiftung Schloss Köniz dazu. Somit wird für ein ausgeglichenes Budget im Steuerhaushalt ein Bezug aus der finanzpolitischen Reserve nötig. Eine Mehrheit der Finanzkommission kann das nachvollziehen. Der Bezug wird als ausserordentlicher Ertrag in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.
- Wie bereits beim IAFP erwähnt, können die Investitionen mit den Realisierungsquoten und den Priorisierungen nachvollzogen werden. Es besteht aber weiterhin ein grosser Nachholbedarf. Für 2025 wird mit Nettoinvestitionen von CHF 29.6 Mio. gerechnet. Die grössten Posten sind im Parlamentsantrag ersichtlich – das sind Morillon, OZK, hindernisfreie Bushaltestellen der Linie 10, Neugestaltung Hess- und Wabersackerstrasse. Diese hohen Investitionen wirken sich auch auf die Verschuldung und auf die damit zusammenhängenden Zinsaufwände aus.

- Im Personalaufwand wird mit einem Teuerungsausgleich von 1.5% sowie einem Anteil von 0.7% für individuelle Leistungsentschädigungen geplant. Ein Mehrbedarf an Personal wurde pauschal eingerechnet. Mit dem vorliegenden Budget wurden keine zusätzlichen Stellen genehmigt. Der signalisierte Mehrbedarf der Abteilungen muss einzeln beantragt und vom Gemeinderat genehmigt werden. Dies nochmals zur Wiederholung.
- Der massiv höhere Transferaufwand beinhaltet einerseits den Einschuss in das Stiftungskapital Schloss Köniz sowie höhere Lastenausgleichszahlungen von Seiten des Kantons. Für den Lastenausgleich Soziales wird aufgrund von Erfahrungswerten davon ausgegangen, dass dieser vom Kanton zu hoch angesetzt ist. Für das Budget 2025 wurde er deshalb etwas nach unten korrigiert.
- Im Bereich der Fiskalerträge wurden gemäss Erfahrungswerten sowohl die Entwicklung der Wohnbevölkerung als auch die zu erwartenden Gewinnentwicklung bei den juristischen Personen berücksichtigt. Es wird ein Steuerertrag im Bereich der Rechnung 2023 erwartet.
- Wie bereits mehrfach erwähnt, wird im Finanzertrag eine Kapitalisierung eines Baurechts erwartet. Der positive Bewertungseffekt von CHF 7.5 Mio. stellt 2025 einen wichtigen Beitrag zu Gunsten des Ergebnisses aus betrieblichen Tätigkeiten dar. Ohne solche Effekte wäre kein ausgeglichenes Budget möglich. Diese Tatsache führte zu kontroversen Diskussionen innerhalb der Finanzkommission und wird uns wohl auch in den weiteren Jahren beschäftigen.
- Auf eine Einlage in die Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserven" wird auch in diesem Jahr verzichtet. Dies vor allem, weil eine Entnahme auf absehbare Zeit nicht möglich wäre. Ein Teil der Finanzkommission findet es gefährlich, auf diese Einlage zu verzichten. Bei tiefen Zinssätzen sollten Reserven gebildet werden, damit bei steigenden Zinsen darauf zurückgegriffen werden kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durch den Bezug aus der finanzpolitischen Reserve im Steuerhaushalt ein ausgeglichenes Budget vorliegt. Ohne den Effekt Schloss Köniz würde ein Ertragsüberschuss von CHF 0.1 Mio. resultieren. Im Bereich der Spezialfinanzierungen wird mit einem Aufwandüberschuss von knapp CHF 695'000 gerechnet. Die zu erwartende Verluste werden jeweils aus den Spezialfinanzierungen Rechnungsausgleich entnommen.

Zu den Empfehlungen zuhanden des Parlaments:

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament die Anträge des Gemeinderates Ziffern 1 – 3 mit 4 Stimmen dafür und 2 Stimmen dagegen anzunehmen.

Diskussion allgemeiner Teil

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Als erstes danken wir der Verwaltung für die sehr überschaulichen Unterlagen. Man sieht relativ schnell, um was es geht und welche Zahlen uns präsentiert werden. Doch bevor wir ins Detail gehen, will ich doch noch kurz auf den 19. August zurück schauen: Damals haben wir hier einstimmig "ja" zu Schloss Köniz gesagt. Das heisst, damals haben wir finanzpolitische Pflöcke eingeschlagen, indem wir CHF 10 Mio. freigegeben haben und wir wussten, dass dies das ordentlich Budget nicht wird tragen können. Ausser es kommt ein Effekt, mit welchem man dies decken könnte. Also dürfen wir auch hier klar sagen: Es ist ein Defizit, welches wir hier haben und welches wir mit den finanzpolitischen Reserven ausgleichen müssen. Doch keine Angst, die FDP wird dies jetzt nicht deswegen ablehnen, sondern wir werden diesem Budget zustimmen.

Das ist der eine Teil, doch der andere Teil ist, dass wir auch diese Kostenentwicklung anschauen. Wir werden dies beobachten und wir stellen fest, dass hier wiederkehrende Kosten auf uns zukommen. Das geht so lange gut, wie auch die Erträge so kommen, wie sie budgetiert sind. Aber das kann natürlich auch ein gefährliches Spiel sein, falls diese dann irgendwann einmal nicht mehr kommen. Und da haben wir doch etwas Bammel, wenn wir dann wieder über Aufgabenüberprüfungen diskutieren müssen oder andere kostendämpfende Massnahmen. Und da können wir eigentlich auch bereits den Antrag 8 der SP beantworten: Diesen werden wir natürlich ablehnen. Es wird immer eine Challenge bleiben, diesen Nuller zu erreichen, welcher auch in den Legislaturzielen verankert ist und welchen auch wir anstreben.

Wir sehen in der Tätigkeit des Betriebes, dass dieses Ergebnis mit CHF 17 Mio. wirklich mit einem Rekord, negativ ist. Und da reicht das Schloss nicht mehr als Erklärung. Ich versuche für solche Situationen immer ein Verhältnis darzustellen: CHF 17 Mio., das heisst pro Monat CHF 1.4 Mio., pro Tag CHF 47'000 oder anders gesagt, jeder Einwohner zahlt pro Tag CHF 1 an dieses Defizit. Dies einfach nur als Symbol und das sollte uns nachdenklich stimmen. Die Gesellschaft trägt sonst schon grosse Lasten und dann ist es unser Job und unsere Pflicht, zum Geld Sorge zu tragen.

Die FDP hat aus diesem Grund an den Gemeinderat aber auch an das Parlament folgende Erwartungen. Wir müssen die Kosten unter dem Jahr im Griff haben und dafür verlangen wir nach wie vor ein modernes Controlling, damit man während dem Jahr reagieren kann, wenn man merkt, dass irgendwelche Erträge nicht eintreffen werden. Wir erwarten auch, dass der Investitionsrahmen eingehalten wird, wir haben es jetzt schon einige Male gehört, wir haben irgendwelche Budgetzahlen. Wie wir aus der Vergangenheit gelernt haben, bringt es nichts, wenn wir zu wenig investieren, aber es ist auch schwierig, wenn man zu viel investiert. Wachstum ist wichtig, aber immer mit Augenmass. Jede Investition bringt Steine ins Rollen, Kostenfolgen sind gewiss. Aber wir müssen auch sehen, eine "Bestell-laune" müssen wir drosseln, da ist auch das Parlament gefordert. Wir können nicht immer alles mehr machen, wir können nicht immer mehr bestellen. Wir haben dies auch beim IAFP bereits gehört, die Verwaltung wächst schneller, als die Bevölkerung und da fragen wir uns schon, ob das langfristig gut kommt.

Zum Schluss möchten wir noch zum Antrag der Fachstelle Kommunikationsstelle kommen: Die FDP steht für eine transparente Informationspolitik ein und offenbar sind hier noch viele Fragen offen. Wir möchten gerne heute Abend entscheiden und darum fragen wir die Gemeindepräsidentin, gibt es hier neue Aufgaben? Gibt es irgendwelche Synergien? Was sind die Gründe für die Kostensteigerung? Gibt es sogar Einnahmen? Damit wir dies beurteilen können, stellen wir den Antrag für einen Sitzungsunterbruch, damit wir dies nach dem Statement des Gemeinderates diskutieren können. Aber im Grundsatz wird die FDP dem Budget zustimmen und darum werden wir später nochmals nach vorne kommen und mitteilen, wie wir über den Antrag befinden werden.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Auch die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und den zuständigen Personen in der Verwaltung für die umfangreichen Dokumente. Wir sind der Ansicht, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen, um ein solides, faktenbasiertes Budget handelt, das die finanziellen Realitäten unserer Gemeinde widerspiegelt.

Das Budget 2025 zeigt dank der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve eine schwarze Null. Dies wurde im Vorjahr von den bürgerlichen und den Mitte-Parteien gefordert.

Der Kanton hat im letzten Jahr entschieden, dass die Ausgaben im Zusammenhang mit der Gründung "Schloss Köniz" nicht wie geplant als Investition verbucht werden können, sondern direkt der Erfolgsrechnung belastet werden müssen. Diese neuen Rahmenbedingungen haben zur Folge, dass eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve nötig wird. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es nachvollziehbar, dass solche Zusatzkosten in der Erfolgsrechnung nicht aus der laufenden Rechnung heraus bezahlt werden können. Im Gegenteil, wir wären erstaunt, wenn CHF 6.4 Mio. plötzlich irgendwo aus einer Portokasse bezahlt werden könnten. Genau für solche Fälle werden Reserven gebildet. Dank der guten Ergebnisse in den beiden Vorjahren ist hier auch der nötige Spielraum vorhanden.

Wie bereits mehrfach erwähnt, stellt der Finanzertrag wie zum Beispiel die Kapitalisierung von Bau-rechten, einen wichtigen Beitrag zu Gunsten des Ergebnisses dar. Ohne solche Zusatzeinnahmen aus dem Finanzvermögen ist eine gesunde Entwicklung unserer Gemeinde nicht möglich. Das zeigt sich sowohl im Bereich der Areale, aber auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Bildung. In den Budgetdebatten der Vorjahre wurde bereits mehrfach von uns erwähnt, dass kaum mehr Sparpotenzial vorhanden ist. Viele unserer Ausgaben sind gebunden und werden vom Kanton vorgegeben, was die finanzielle Flexibilität stark einschränkt. Wir erinnern daran, wie schwierig es war, im Rahmen des Budgetkompromiss konkretes Sparpotenzial ausfindig zu machen, bei welchem auch jemand gewillt gewesen wäre, die politische Verantwortung für die Kürzung zu tragen. Mit anderen Worten, wir haben kaum mehr Spielraum und wir müssen auch in Zukunft weiter gute Lösungen finden, um die zwingenden Unterhalte und Investitionen zu tätigen, uns zu entwickeln und gleichzeitig die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen zu können.

Im Bereich der Investitionen besteht unverändert ein grosser Nachholbedarf. Wir wissen alle, dass hier in der Vergangenheit aufgrund der Defizite zu wenig gemacht worden ist. Allerdings muss auch hier darauf geachtet werden, dass dies gut geplant wird. Aufgrund knapper personeller und finanzieller Ressourcen müssen die Investitionen zwingend priorisiert werden. Hier wurde von Seiten der Verwaltung in den letzten Monaten viel unternommen, um den Ist-Bestand zu beurteilen und festzulegen, wo es am meisten brennt. Im Budget 2025 sind Nettoinvestitionen in der Höhe von CHF 29.6 Mio. vorgesehen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es wichtig, dass hier angesetzt wird, damit diese Investitionen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Der Schuldenabbau im Vorjahr ist zwar positiv zu werten, er ist jedoch unter anderem auch zu Stande gekommen, weil die Investitionen nicht im geplanten Ausmass umgesetzt werden konnten. Wir bitten den Gemeinderat hier ein besonderes Augenmerk darauf zu halten, dass wirklich genügend Investitionen gemacht werden, um den Investitionsstau abzubauen.

Betreffend die Änderungsanträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zur Fachstelle Kommunikation: Der personelle Aufbau im Bereich der Fachstelle Kommunikation ist aus unserer Sicht dringend nötig. Mit Ausnahme des Vertreters der Könizer Zeitung - welcher heute Abend nicht hier ist - nehmen keine weiteren Medienvertreter mehr an den Parlamentssitzungen teil. Dadurch ist die Berichterstattung über Köniz in den Berner Tageszeitungen sehr eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass mehr Medienmitteilungen durch die Gemeinde selbst erstellt und verschickt werden müssen. Für die kommunikative Begleitung von Projekten oder für Partizipation wird ebenfalls die Fachstelle Kommunikation einbezogen. Das heisst, dass auch hier zusätzlicher Bedarf besteht. Zudem haben wir an der Parlaments-sitzung vom 13. Mai 2024 das Postulat "Leichte Sprache" überwiesen. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat einstimmig mitgeholfen, das Postulat erheblich zu erklären. Für die Umsetzung resp. die Ausarbeitung eines Vorschlages werden jedoch ebenfalls personelle Ressourcen genau in diesem Bereich benötigt. Tanja Bauer hat uns in der damaligen Debatte darauf aufmerksam gemacht, dass wir dies im Budget wiederfinden werden und es nicht richtig wäre, dies dann dort wieder Ende Jahr in der Budgetdebatte zu streichen. Genau das haben jetzt aber diese Änderungsanträge aber vor. Aus diesem Grund lehnt die SP/JUSO-Fraktion die Änderungsanträge für Kürzungen im Bereich der Fachstelle Kommunikation ab.

Noch zu unserem Änderungsantrag: Wir haben den Antrag auf die Gewährung des Teuerungsausgleichs von 1.5%, welcher aktuell eingestellt ist, auf 2.5% gestellt. Zur Begründung kann folgendes gesagt werden: Im Vorjahresbudget wurden ebenfalls 2.5% Teuerungsausgleich dem Verwaltungspersonal gewährt. Da es sich damals nicht um den vollen Teuerungsausgleich handelte, sind wir der Meinung, dass im nächsten Jahr hier wiederum ein Teuerungsausgleich von 2.5% angemessen ist. Dadurch wird die Gemeinde Köniz attraktiver als Arbeitgeber und es kann ein Zeichen gegen den Fachkräftemangel gesetzt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit dem vorliegenden Budget und den damit verbundenen Rahmenbedingungen das Beste herausgeholt worden ist. Die Aufwendungen wurden restriktiv geplant und man erkennt den Willen des Gemeinderates eine langfristige Finanzpolitik zu betreiben. Dies hat er, mit der in diesem Jahr verabschiedeten überarbeiteten Finanzstrategie, aufgezeigt. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates unter Berücksichtigung unseres Abänderungsantrages in allen Punkten. Die Änderungsanträge von der EVP-GLP-Mitte-Fraktion lehnen wir wie bereits erwähnt ab.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat die Anträge des Gemeinderates für das Budget 2025 entgegen genommen und beurteilt die einzelnen Komponenten wie folgt:

Wir anerkennen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung das Budget 2025 erarbeitet haben. Es wurde stark um das gerungen, was jetzt vorliegt, haben wir gehört. Aber: Es liegt zu spät vor. Wir werden hier kurz vor Jahresende vor ein "Fait accompli" gestellt. Warum schafft es der Gemeinderat nicht, so wie es viele andere Körperschaften schaffen und wie wir es hier schon oftmals gewünscht haben, dass das Budget zum Beispiel schon vor den Herbstferien vorgelegt wird? Warum immer so spät? Das Drohen des budgetlosen Zustands ist mühsam. Wir wünschen uns hier eine Anpassung und werden wohl auf den Budgetprozess Einfluss nehmen müssen, damit früher darüber beraten werden kann – in der Finanzkommission und im Parlament.

1. Darum als erstes ein Blick zurück, ein Wort zum letztjährigen Budgetprozess: Das letzte Jahr, wir können uns noch gut erinnern, hat das Budget 2024 notfallmässig nachgebessert werden müssen. Unter unwürdigen Umständen für eine der grössten Gemeinden im Kanton. Der Gemeinderat hat dies richtiggehend provoziert. Wir haben vergangenes Jahr philosophiert, ob die Null rot oder schwarz sei. Immerhin ist heute das Farbspektrum des Steuerhaushaltes klar. Wir finden, das Budget 2025 ist eigentlich tiefrot, vor der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve. Da von einem ausgeglichenen Ergebnis zu texten, ist gewagt.
2. Darum also ein zweites Wort zur Kommunikation: Das der Gemeinderat das Budget 2025 vor der Beratung in der Finanzkommission und im Parlament offensiv kommuniziert, ist sein Entscheid, das könnte man auch anders handhaben. Irritierend finden wir den Inhalt und speziell eben die Aussage, Köniz hätte ein ausgeglichenes Ergebnis. Das ist schönfärberisch um nicht sogar das Wort "Propaganda" verwenden zu müssen. Denn der Steuerhaushalt hat einen deutlichen Ausgabenüberschuss. Wieso kann man dies nicht unmissverständlich kommunizieren? Und dass Köniz zu knappes Eigenkapital verbraucht, um ausgeglichen abschliessen zu können? Wieso wird nicht auch so überdeutlich erwähnt, dass eben auch ein massives Aufwandwachstum vorliegt? Zum Beispiel eben auch beim Personalaufwand? Und wieso werden wegen dem Schloss die Nebelpeltarden gezündet?

3. Darum ein drittes Wort zum Schloss: Wir diskutieren heute nicht über das Schloss, denn das Geschäft hat das Parlament bewilligt und wir empfehlen selbstverständlich der Bevölkerung, diesem Geschäft zuzustimmen. Die Unterlagen dazu sind ja gerade bei uns zu Hause ins Haus geflattert. Aber wir empfinden es als unpassend, dass das Schloss nur als Feigenblatt benutzt wird. Das Schloss ist nicht vom Himmel gefallen und auch kein Jahrhundertereignis, es wurden einfach auch schon in der Vergangenheit nicht genügende Mittel eingeplant, um diese Renovationen, welche angestanden sind, zu finanzieren. So wie wir immer wieder feststellen, dass gewisse Einstellungen fehlen. Der Ausgabenüberschuss entsteht nicht wegen dem Schloss alleine, sondern ist das Resultat aller Ausgaben und Einnahmen.
4. Darum noch ein Wort zu den Einnahmen: Köniz geht es super, das haben wir auch von anderen Sprechern gehört. Wir haben starke Steuerzahler, juristische wie natürliche. Und wir haben zusätzlich positive Effekte in Millionenhöhe, welche uns 2025 die Kassen füllen werden. Köniz wächst und ist attraktiv. Ein mindestens ausgeglichenes Budget sollte ohne Entnahme aus dem knappen Eigenkapital möglich sein. Und in diesen eigentlich sehr guten Zeiten, zusammen mit einer starken Verschuldung, sollten wir dann eben sogar Einlagen in die Zinsschwankungsreserve machen, das wäre vernünftig. Vielleicht wird diese Verschuldung heute mit dem nachfolgenden Geschäft noch massiv erhöht. Darum sollte jeder, welcher dem Schwarzenburgstrassengeschäft zustimmen wird, dann eigentlich auch für eine Einlage in diese Reserve sein, damit wir weniger besorgt auf die Zinsprognose schauen müssen.
5. Das führt mich zum letzten Punkt: Der Budgetprozess generell und das Budget 2025 zeigen deutlich auf, dass der Gemeinderat kein ausgeglichenes Budget hinbekommt. Er will es offenbar auch nicht. Nein, er drückt sogar zwischendurch auf das Gas und verfügt über keine Bremse. Diese Bremse brauchen wir aber alle zusammen – explizit das Parlament, aber auch explizit der Gemeinderat, um nicht mit offenen Augen weiter in die Schuldenwirtschaft zu kommen. Darum ist es offensichtlich und notwendig und ihr ahnt es schon, dass die bereits lange überfällige Könizer Schuldenbremse endlich gebaut wird.

Ihr hört es: Die Unzufriedenheit der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist grösser geworden. Das Budget 2023 hätten wir dannzumal zurückweisen sollen, haben aber aus Milde, das Bild des Mahn- und Drohfingers bemüht. Das Budget 2024 war quantitativ nicht akzeptierbar und wir mussten – ich habe es erwähnt – eine rote Null erzwingen. Jetzt liegt eigentlich ein tiefrotes Budget vor, kurz vor Jahresende. Der Gemeinderat will es so und wir können es heute Abend nicht mehr ganz ausbügeln. Heute ist der Zug abgefahren, der Gemeinderat trägt die Verantwortung für das geplante schrumpfen des Eigenkapitals und die überaus starke Zunahme der Schulden.

Zusammengefasst entscheidet die EVP-GLP-Mitte-Fraktion bezüglich der gemeinderätlichen Anträgen wie folgt:

1. Die Nichteinlage in die Zinsschwankungsreserve wird abgelehnt.
2. Den Antrag des Gemeinderates zur unveränderten Erhebung der beschriebenen Steuern nehmen wir an.
3. Der Antrag des Gemeinderates zum Budget 2025 lehnen wir mehrheitlich ab.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser, SVP: Vielen Dank der Direktion DPF für die Aufarbeitung der Unterlagen. Das Budget ist sehr verständlich und ausführlich dargelegt und es kommt sogar ausgeglichen daher. Punktlandung, schwarze Null. Das freut uns sicher fürs Erste. Aus diesem Grund können wir dem Gemeinderatsantrag auch zustimmen.

Die finanziellen Aufwände zum Schloss konnten wir mit der Entnahme der finanzpolitischen Reserve decken. Für diesen Weg haben wir uns hier alle zusammen einstimmig entschieden. Die Stimmbevölkerung hat jetzt das letzte Wort.

Der finanzielle Spielraum bleibt aber weiterhin eng, wir haben es gehört. Operativ gesehen, decken die Einnahmen die Ausgaben auch im Budget nicht. Auch in den Planjahren nicht, wie wir im IAFP bereits gehört haben. Alarmierend ist dabei der Personalaufwand. Dort fragen wir uns, wo dies hin führt – wo führt unser Weg beim Personalaufwand hin? Dieser steigt und steigt und steigt. Die Mehrkosten des Personals sind zwar erklärt und zum Teil auch verständlich begründet, es fallen aber Personalkosten für den Stellenausbau, Stellenerhöhung, für Teuerung, individuelle Lohnerhöhungen an und das belastet unsere Erfolgsrechnung 1:1. Das sind starke Kostentreiber. Der Personalaufwand ist notabene der zweitgrösste Ausgabeposten und das ist eine Entwicklung, welcher wir so nicht mehr zusehen können und das stört mich etwas. Was mich auch etwas stört, ist dieser jährliche, automatische – es wurde zwar gesagt, er sei nicht automatisch und doch ist er jährlich wieder aufgeführt – Teuerungsausgleich, mit dem Giesskannensystem. Diesen finde ich einfach nicht gerecht.

Denn tiefere Einkommen haben weniger von diesem Teuerungsausgleich, als höhere Einkommen, aber für beide Einkommen ist die Krankenkassenprämie als Beispiel genau gleich hoch und dort würde ich mir einen Wechsel des Systems wünschen.

Zudem werden laufend neue Aufgaben übernommen, was uns weiter in den Personalkosten belastet. Dort ist auch zu beobachten, dass aus den Personalkosten eine gewisse Transparenz verloren geht. Zum Teil kommen ja Personalkosten wieder zurück, sei es auf der Einnahmenseite oder als Aufwandsminderung und dort stellen wir fest, dass es eine intransparente und sehr komplizierte Sache ist - sehr unvergleichbar. Man kann nicht 1:1 sagen, was jetzt die Mehrkosten sind oder was von diesen Mehrkosten wieder zurückkommt. Dort wünschen wir uns als SVP-Fraktion mehr Transparenz. Ich habe das Budget 2025 mit dem "Ist" 2023 verglichen und dort habe ich gesehen, dass alleine der Personalaufwand seit dem "Ist" 2023 um CHF 6 Mio. gestiegen ist. Das ist immens, in einer solchen prekären finanziellen Lage, in welcher sich die Gemeinde befindet und auch der Sach- und Betriebsaufwand ist vom "Ist" 2023 zum Budget 2025 um CHF 1.2 Mio. höher. Das sind alleine schon CHF 7.2 Mio., welche wir irgendwie mit Erträgen wieder decken müssen, wenn wir operativ ein positives Ergebnis erhalten wollen. Gleichzeitig sind aber die Erträge nicht in diesem Ausmass gestiegen und das ist etwas alarmierend, da sich der Gemeinderat ja das Legislaturziel 3.3, Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu halten, eigentlich so gleich nimmt, das kann er ja gar nicht erfüllen.

Das Budget ist sicherlich okay, wir haben es gehört: Es ist ausgeglichen, was wir uns ja immer wünschen und es wird dann sicherlich spannend, wie das effektive Ergebnis aussehen wird. Von daher können wir dem Antrag des Gemeinderates und auch den Änderungsanträgen 1 bis 7 auf der Tischvorlage der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zustimmen. Den Änderungsantrag 8 lehnen wir ab. Wie gesagt, dem Gemeinderatsantrag 1 bis 3 stimmen wir zu.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Wir wissen es alle, die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde sind aufgrund von übergeordneten Vorgaben äusserst eingeschränkt. Das ändert sich auch mit dem erfreulich steigenden Steuerertrag nicht. Dass CHF 6.4 Mio. für die Gründung der Stiftung Schloss Köniz deshalb nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden können, ist also klar. Es ist deshalb aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen richtig, dass für diese einmalige und zukunftsgerichtete Ausgabe beim Schloss die finanzpolitische Reserve verwendet wird. Es ist erfreulich, dass abgesehen von diesem Einmaleffekt ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird. Dies stimmt zumindest für die Zukunft etwas optimistischer, was die finanzielle Lage angeht, unabhängig davon, wie das nun kommuniziert wird.

Wir unterstützen den geplanten Teuerungsausgleich und die vorgesehenen Gelder für Lohnmassnahmen, damit die Gemeinde nicht an Attraktivität gegenüber der Konkurrenz verliert. Den Antrag der SP haben wir heute vor der Sitzung noch diskutiert, aber aufgrund der Kurzfristigkeit bzw. aufgrund von noch fehlenden Informationen haben wir keine einstimmige Position gefasst. Allenfalls hat die Diskussion noch zum finalen Abstimmungsverhalten beigetragen.

An Florian: Bei einkommensabhängigen Krankenkassenprämien - ich erlaube mir diese Aussage jetzt ohne Rücksprache mit der Fraktion - wären wir wohl sofort mit dabei.

Unserer Fraktion ist es wichtig, dass Köniz weiterhin investiert. Wir müssen den Stau von früher abbauen und gleichzeitig für die Herausforderungen der Zukunft bereit sein. Sei dies bei der Bildung oder dem Klimaschutz. Mit den geplanten Investitionen scheint hier eine gute Balance zwischen dem finanziell bzw. vor allem auch personell Machbaren einerseits und dem Notwendigen andererseits gefunden worden zu sein. Wobei gerade im Bereich des Unterhalts der Immobilien auch künftig ein Augenmerk darauf gehalten werden muss, da ist bei weitem nicht alles in Butter.

Die Anträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion werden wir ablehnen. Wir teilen die Einschätzung, dass die Gemeinde bisher in kommunikativer Hinsicht unterdotiert war, um die anfallenden Aufgaben zu erledigen. Trotzdem wünschen wir uns, dass in der Weiterentwicklung der kommunalen Kommunikation auch die Kommunikation seitens Parlament gestärkt wird.

Zum Schluss möchte ich noch einen Dank für die guten Unterlagen an den Gemeinderat und insbesondere die zuständigen Personen in der Verwaltung aussprechen. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen wird dem vorliegenden Budget bzw. den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Noch eine Bemerkung zur Frage nach dem unausgeglichenen Betriebsergebnis bzw. Berücksichtigung des Finanzertrags, da dies zuvor beim IAFP, wie auch jetzt wieder aufgekommen ist: Stellt euch vor, ihr habt nächstens Besuch, habt dies schon länger geplant, wart einkaufen und steht in der Küche und zaubert was das Zeug hält. Dann kommen die Gäste, ihr habt etwas Leckeres gekocht, aber niemand geht davon aus, dass dies etwas mit euch zu tun hat, sondern das Essen ist einfach so aufgetaucht.

Etwa so, erscheint mir manchmal die Logik, wenn man sagt, der Finanzertrag spielt kaum eine Rolle, alles was zählt, ist ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Das ein kleiner Exkurs in Kulinarik, denn das leuchtet mir bis jetzt nicht ganz ein.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich weiss, wir hätten alle gerne eine einfachere Situation. Und zu vielem was ihr zum Budget gesagt habt, zu den Schwierigkeiten, welche ihr aufgeworfen habt, dazu kann ich sagen, das sich euch sehr gut verstehe. Und so sieht eben Verantwortung übernehmen aus: Gerade auch in einer schwierigen Situation Lösungen zu finden, um welche wir hier zusammen ringen müssen.

Um dieses Budget mussten wir ebenfalls ringen. Es ist ein Budget, welches wirklich eine Leistung ist. Dieses war nicht einfach zu erstellen und allem gerecht zu werden, was ihr, was die Bevölkerung, was wir für unsere schöne Gemeinde erwarten. Ich glaube, es ist wirklich gelungen, in diesem Budget alles unter einen Hut zu bringen und das ist uns auch gelungen, weil wir in den vergangenen Jahren ein gewisses finanzielles Polster zur Seite schaffen konnten. Ansonsten könnten wir uns diese Stiftung Schloss so wohl nicht leisten. Ich freue mich, dass eine Mehrheit der Fraktionen das Budget auch so verstanden hat. Es freut mich, dass ihr heute auch schon mehrfach auf Beschlüsse referenziert habt, welche ihr hier gefällt habt. Das ist eben auch Verantwortung übernehmen – dass wir hier alle gesagt haben, das wollen wir und dass wir dies jetzt hier auch wiederfinden, denn wir können nicht zaubern. Ich würde aber gerne zwei, drei wichtige Punkte zum Budget noch hervorheben, so dass ihr seht, was aus unserer und meiner Sicht besonders wichtig ist und wieso ich denke, dass dieses Budget eine Leistung ist:

Wir haben es geschafft, dass das Budget im allgemeinen Haushalt ein ausgeglichenes Ergebnis hat und sogar leicht positiv ist. Da waren wir wirklich der Meinung, dass wir dies hinbekommen müssen und daran haben wir hart gearbeitet. Besonders den Sach- und Betriebsaufwand stabil zu halten, war überhaupt nicht einfach. Das bedeutet auch von der Verwaltung einiges an Beweglichkeit und an Goodwill und diesen haben wir hier wirklich auch eingefordert und müssen natürlich auch zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht alles einfach macht, weil wir, aber auch ihr, ja wieder viele Erwartungen an die Verwaltung haben. Das hat es erlaubt, dass wir uns diese einmaligen Ausgaben der Stiftung Schloss Köniz leisten können. Es wurde bereits gesagt, eigentlich war es vorgesehen, dies als Investition zu buchen, das hat uns der Kanton auch so zugesichert, hat aber im letzten Moment, bevor wir das Budget erstellt haben, entschieden, dass wir dies einmalig verbuchen müssen. Das war, weil dies sehr selten vorkommt. Sehr wenige Gemeinden haben dies geschafft, was wir schaffen, nämlich ein eigenes Schloss zu haben, welches hohen Sanierungsbedarf hat und dies in eine Stiftung auszulagern. Das ist kein Fall, welcher der Kanton jeden Tag hat und darum ist dies in HRM2 nicht so klar geregelt und darum haben wir jetzt eigentlich die härteste Art und Weise, wie man es ins Budget aufnehmen muss, nämlich, dass man es als einmalige Ausgabe deklarieren muss. Aber ich und auch ihr seid der Meinung, dass es das wirklich wert ist. Wir wissen, wir haben alle einstimmig für das Schloss votiert und ich denke nach wie vor, dass wir damit einen sehr guten Weg einschlagen haben und dass dies für unsere Gemeinde wirklich einen sehr positiven Effekt haben wird.

Auch sonst zeigt dieses Budget, dass wir im Moment Glück haben, da möchte ich auf den FDP-Sprecher zurückkommen. Es stimmt, dass sich die Ertragssituation enorm positiv entwickelt, das ist gut, aber wie er, muss auch ich sagen, dass dies ein Glück ist und dass wir uns fit machen müssen, auch wenn es mal nicht mehr so sein wird. Das heisst, in dieser Situation, wo es sehr gut ist, dürfen wir den Kostenfokus nicht verlieren. Wir sehen gleichzeitig, dass die Lastenausgleichszahlungen an den Kanton zunehmen, das sind Sachen, welche wir gar nicht gross beeinflussen können, da müssen wir wirklich gut hinschauen, was wir beeinflussen können. Wir haben aber auch schon gehört, dass der Sach- und Betriebsaufwand ein grosses Thema bleiben muss.

Gleichzeitig haben wir alle Erwartungen an die Investitionen. Es ist auch nicht gut, wenn wir diese Investitionen nicht tätigen, für welche wir eigentlich die Personalressourcen haben. Das würde ja bedeuten, wir lasten unsere Ressourcen nicht aus und der Bedarf ist enorm gross. Wir werden die nächsten Jahre hier enorm viel über Schulhäuser sprechen, denn diese Schulhäuser sind alle in die Jahre gekommen und zum Teil wirklich in einem Zustand, in welchen man über Notprovisorien sprechen muss, anstatt direkt über die Sanierung und das kostet uns dann noch mehr. Also geht es für uns alle darum, diesen Investitionsbedarf so schnell wie möglich und so klug wie möglich über die Zeit abzutragen, damit wir unsere Ressourcen optimal ausnutzen. Das haben wir hier versucht euch darzustellen. Ihr seht über die nächsten vier Jahre, welche Schulhäuser schon drin sind und welche nicht und wo ihr aus dem Alltag zum Teil auch wisst, wo es sonst noch Bedarf gibt.

Wir haben auch Verkehrsinfrastruktur-Investitionen, diese sind sogar noch etwas höher, als diejenigen in der Bildungsinfrastruktur, auch da seht ihr, das sind alles Sachen, wovon ihr bereits Kenntnis habt.

Das sind auch wichtige Investitionen und ihr könnt auf Seite 15 mal ganz konkret nachschauen, was es denn eigentlich im Alltag bedeutet, wo wir hier das Geld der Gemeinde investieren wollen. Wir haben über die Teuerung der Mitarbeitenden gesprochen. Es ist so, dass wir nach wie vor den Teuerungsausgleich nicht gemacht haben. Ich habe es zuvor bereits unter dem IAFP gesagt. Es gibt noch einen Rückstand. Der Gemeinderat war der Meinung, wir können diesen nicht voll in diesem Jahr ausgleichen, darum haben wir 1.5% beantragt. Das bedeutet, dass die Verwaltung auch hier länger warten muss, bis sie diesen Ausgleich hat. Wie gesagt, könnt ihr darüber befinden. Wir haben mehrfach auch über die Stellen gesprochen. Ich habe dies auch bereits gesagt, wir haben hier eine viel härtere Gangart angeschlagen, die Stellen sind nicht mehr einfach automatisch im Budget enthalten. Es wird jede Stelle beantragt, das ist wirklich anders als früher, das ist eine höhere Hürde. Wir erklären jährlich der Finanzkommission bei der Rechnung ganz genau, welche Stellen geschaffen wurden, warum und was hier wieder für Einnahmen reinkommen und wo es eine freiwillige Leistung ist. Wir sagen euch auch immer bei den Motionen, wo es sich um eine freiwillige Leistung handelt, hier hat man also schon einen gewissen Überblick. Und wir sind gleichzeitig auch daran, ein Personalcontrolling einzuführen, welches wir der Finanzkommission ebenfalls vorstellen werden. Diese Bemerkung muss ich beinahe machen: Auch das Parlament kann hier etwas dazu beitragen, dass wir hier beim Personalaufwand nicht unnötig Ressourcen verbrauchen, doch das wisst ihr, darüber haben wir hier schon mehrfach gesprochen. Es ist wirklich wichtig, dass wir uns auf diese Ziele fokussieren, welche der Bevölkerung etwas bringen, da kann man politisch unterschiedliche Meinungen haben, aber wenn wir sehr viel in die Bürokratie investieren müssen, ist das etwas, was niemand will.

Das ist auch das, was wir hier an diesem Budget sehen und was wichtig und richtig ist: Wir müssen uns auf die Ziele fokussieren, welche wir uns geben. Ich habe gehört, die Legislaturziele seien vielleicht zu wenig ambitioniert gewesen. Man darf gerne ambitionierter sein, aber dann muss man entsprechend auch die Ressourcen aufstocken. Es muss also alles in Einklang miteinander sein und für diese Ziele, welche wir uns gesetzt haben, diese wollen wir auch erreichen und diese wollen wir auch so effizient und so zielgerichtet wie möglich erreichen. Das möchten wir euch auch mit diesem Budget hier zeigen.

Ich freue mich sehr, das insgesamt positive Rückmeldungen zum Budget gekommen sind, auch wenn ich eure Warnungen und den Kostenfokus sehr ernst nehme und wir hier sicherlich weiterhin dranbleiben werden.

Detailberatung Budget der Erfolgsrechnung

Casimir von Arx, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stellt einen Antrag zur Kontengruppe 1300, "Fachstelle Kommunikation": Uns ist aufgefallen, dass der budgetierte Nettoaufwand von 2024 auf 2025 um massive 57% bzw. rund CHF 240'000 steigt. Insbesondere steigt die Lohnsumme um 50%. Zu dieser aussergewöhnlichen Steigerung findet sich in den Unterlagen keine Erklärung. Wir reden hier von hohen wiederkehrenden Kosten. Dafür braucht es eine adäquate, schriftliche Erklärung für das ganze Parlament. Zur Erinnerung: Grundsätzlich ist das Parlament für wiederkehrende Kosten ab CHF 60'000 pro Jahr zuständig. Mit Blick auf die Finanzkompetenzen ist es daher angezeigt, dass wir uns vertieft damit befassen.

Unser Antrag ist ein Kürzungsantrag. Allerdings soll es nicht einfach ein Nein zu mehr Mitteln für die Kommunikation sein. Darüber kann man reden. Wir wollen aber zuerst wissen, für was das Geld ist. Und zwar anhand eines Konzepts, welches dem Parlament vorgelegt wird. Eine spontane mündliche Auskunft reicht nicht aus. Wir möchten wissen, inwiefern die Dienstleistungen der Fachstelle Kommunikation ausgebaut werden und wie sich die Ressourcen ungefähr verteilen.

Wir beantragen somit, die zusätzlichen Mittel vorerst nicht zu sprechen, bis der Gemeinderat uns sein Konzept zur Kenntnisnahme vorlegt. Im gleichen Zug kann er dann einen Nachkredit zum Budget 2025 beantragen. Vorläufig gewähren wir nur die Teuerung von 1.5% - und nicht 2.5%, diesen Antrag lehnen wir ab - auf dem Personalaufwand. Der Budgetkredit ist gross genug, dass er reicht, bis der Gemeinderat den Nachkredit einholen kann. Denn sicherlich verfügt der Gemeinderat bereits über Grundlagen für ein entsprechendes Konzept, wenn er derartige Kostensteigerungen beantragt. Dieses Vorgehen hat einen weiteren Vorteil: Es bietet dem Parlament und dem Gemeinderat nämlich Gelegenheit, sich über die Kommunikation der Gemeinde Köniz zu unterhalten. Das ist sicher nicht verkehrt. Staatliche Kommunikation sollte in erster Linie Information für die Bevölkerung sein. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stellt aber in letzter Zeit gewisse Tendenzen fest, die dem zuwiderlaufen. Es geht in Richtung Marketing – oder wie wir auch schon gehört haben, Propaganda.

Damit kommen wir langsam vom guten Weg ab. Ich verweise auf die Aussage von Matthias Müller zur Medienmitteilung über das Budget. Wir stellen zum anderen eine verstärkte Personifizierung der Kommunikation des Gemeinderats fest. Es ist natürlich in Ordnung, wenn nicht nur die Sache, sondern auch die Menschen in den Mitteilungen vorkommen. Aber gerade der Gemeinderat selbst sollte sich in Zurückhaltung üben, damit es nicht in Richtung Self-Marketing von Einzelpersonen geht. Diese und weitere Punkte besprechen wir sinnvollerweise nicht innerhalb der Budgetdebatte, sondern in einem separaten Geschäft. Ich bitte euch, unseren Antrag anzunehmen.

Noch eine kurze Replik zur Sprecherin der SP:

1. Es mag sein, dass Sacha Jacquerooud jetzt physisch nicht hier ist, wir haben aber eine Live-Übertragung, vielleicht schaut er von zu Hause zu. Das ist eine Möglichkeit für Journalistinnen und Journalisten. Und ich wage zu behaupten, dass eine Liveübertragung in der Vollkostenrechnung weniger kostet, als eine Medienmitteilung.
2. Ein Postulat ist keine Motion, ja die leichte Sprache haben wir unterstützt, aber ein Postulat ist vorerst nur ein Prüfauftrag.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Dieser Antrag steht etwas quer in der Landschaft. Wir haben mehrfach über die Beantragung von neuen Stellen gesprochen und wenn man dies wirklich so machen wollte, dann müsste man dies bei ganz vielen anderen Stellen, welche im Budget 2025, welche während des Jahres 2024 geschaffen worden sind – denn sie werden ja dann geschaffen, wenn sie wirklich nötig sind – genauso behandeln. Es ist nicht nur die Fachstelle Kommunikation neu im Budget 2025 das erste Mal aufgenommen. Das hat mich jetzt sehr irritiert. Ich habe gar nicht so genau verstanden, warum jetzt die Fachstelle Kommunikation und ich verstehe es immer noch nicht so genau.

Aber ich erkläre euch gerne, warum die Fachstelle Kommunikation aufgestockt worden ist. Selbstverständlich gibt es ein Konzept und einen Antrag dazu und dieser lag auch dem kompetenten Organ, nämlich dem Gemeinderat vor. Ich habe euch mehrfach gesagt, alle Stellen müssen beim Gemeinderat beantragt werden, dort wird jeweils die heutige Situation und der Bedarf ausgewiesen und sehr gang und gäbe ist es, sich mit anderen Verwaltungen zu vergleichen. Wir vergleichen uns hier nicht etwa mit dem Bund, dem Kanton oder mit der Stadt Bern, wie dies hier manchmal von den Parlamentsmitgliedern gemacht wird, wir vergleichen uns eher mit den Beispielen Thun, welches gleich gross ist wie wir, oder mit Burgdorf, oder in diesem Fall haben wir uns auch mit den Städten Biel und Fribourg verglichen.

Ich erzähle euch gerne den Inhalt dieser Abklärung: Es ist klar heraus gekommen, dass die Fachstelle Kommunikation unterdotiert ist. Damals, als wir den Antrag eingereicht haben, waren 220 Stellenprozente in der Fachstelle Kommunikation, es gibt also auch eine so hohe Steigerung, da es zuvor schlicht sehr wenige Stellenprozente hatte, und man so die Aufgaben nicht schaffen konnte. Sie ist auch nach der Aufstockung, welche relativ moderat ist, nach wie vor eher unterdotiert. Wir verzeichnen mit dieser Aufstockung 330 Stellenprozente bei der Fachstelle Kommunikation. Im Vergleich zu anderen Gemeinden, sind wir dort klar schlechter ausgestattet. Thun hatte zum Zeitpunkt der Umfrage, welche im Sommer stattfand, 530 Stellenprozente, Biel sogar 630 und die Stadt Fribourg 510 Stellenprozente für mehr oder weniger die gleichen Aufgaben.

Zu den Aufgaben, was macht eigentlich diese Fachstelle Kommunikation. Vielleicht ist hier auch ein etwas falsches Verständnis vorhanden: Einerseits hat sie das laufende Geschäft und das sind unter anderem in grösserem Umfang die Abstimmungsbotschaften, bei welchen die Anzahl zunehmend ist. Es ist Projektkommunikation inkl. Medienarbeit, es ist Issue Management, das sind Sachen, welche zum Beispiel in den Schulen passieren, welche Umweltschäden sind, wenn irgendetwas geschieht, wo es schnell gehen muss. Andererseits, das haben wir zuvor gehört, muss sie, da die Medien weniger da sind, vermehrt Informationen – das hat überhaupt nichts mit Propaganda zu tun, sondern sind reine Informationen – selber wahrnehmen. Für das müssen wir eigene Kanäle haben. Das ist zum Beispiel unsere Website, das sind Apps, welche wir haben, Impuls Köniz, welches wir neu haben, Innerorts, welches noch in gedruckter Version erscheint oder auch Social Media Kanäle, obwohl wir beinahe nichts für Social Media einsetzen, wo andere Gemeinden 100% einsetzen. Wir haben hierfür keine speziellen Ressourcen. Diese Kanäle müssen nicht nur mit Inhalten gefüllt werden, diese müssen auch unterhalten werden, das heisst also, das ist auch ein Aufwand, dass diese Kanäle zur Verfügung stehen und das braucht entsprechende Ressourcen.

Das hat zum Beispiel auch viel mit Mitwirkungen zu tun, wo ihr ja auch mitarbeitet. Gesetzlich vorgesehen Sachen in den Projekten, welche wir haben oder eben auch in Projekten – ihr kennt es zum Beispiel vom Projekt zum Alter – mit welchen man wirklich auf eine Bevölkerungsgruppe zugehen will.

Es ist auch nicht immer Medienkommunikation, es ist auch manchmal Kommunikation, welche zum Beispiel direkt mit betroffenen Eltern vor einer Schule stattfindet, das sind viele Sachen, welche ihr nicht seht.

Ihr wollt auch noch die Dienstleistungen Dritte kürzen. Das beinhaltet IT- und Grafik-Unterstützungen, welche wir brauchen. Also zum Beispiel für die Website, für Impuls Köniz. Das sind alles Sachen, wo es sinnlos wäre, dies alles inhouse zu machen, da dies extra Spezialleute braucht, wofür es zu wenige Stunden wären, doch es ist zu viel, damit wir dies selber machen können. Im folgenden Budget, worüber wir sprechen, betrifft dies den Betrieb der Partizipationsplattform Impuls Köniz, welche auch bei der IT ein Aufwand ist. Wir müssen die Website mittelfristig relaunchen, da hat es schlicht und einfach auch neue technische Anforderungen und diese ist jetzt etwa zehn Jahre alt. Ich denke, das ist kein Luxus, da muss man gewisse Sachen neu machen. Aber es sind auch Sachen wie Grafikarbeiten in diesem "Dienstleistungen Dritter" enthalten. Das kann man zwar kürzen, aber es wird ein ganz grosser Bereich davon einfach trotzdem anfallen, das wäre dann Schönfärberei.

Wir genehmigen Konzept- und Projektaufträge hier oder zum Teil auch direkt, wenn sie in der Gemeinderatskompetenz liegen. Sehr viele Sachen haben auf die Kommunikation Auswirkungen, das ist euch vielleicht nicht bewusst, aber es ist beinahe bei jedem Geschäft am Schluss die Fachstelle Kommunikation involviert. Und dass es nicht mehr via Budget genehmigt wird, sondern dass wir eigentlich immer einen Antrag im Gemeinderat wollen, das machen wir ja auch wegen dem Kostenfokus, welchen ihr von uns fordert. Wie gesagt, wenn ihr einen ganz anderen Prozess für die Stellengenehmigung wollt – wir haben in der Finanzkommission mehrfach darüber gesprochen – dann wäre es sinnvoller, man würde über diesen Prozess sprechen, als dass wir hier an einem Beispiel, welches ich nicht einmal ein besonders gutes finde, diesen Prozess unilateral abändern wollen, nachdem diese Stelle eigentlich genehmigt und die Person bereits hier ist und arbeitet.

Beschluss Antrag Sitzungsunterbruch

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zu.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Fortsetzung Diskussion

Dominic Amacher, FDP: Wir haben über den Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion diskutiert und wir werden diesen Antrag mit vier Stimmen ablehnen und einer Enthaltung. Nun kann man sagen, ja die FDP sind doch jene, welche eine restriktive Finanzpolitik betreiben und fordern, dann sollte diese doch zustimmen. Das wäre jetzt sehr einfach, aber da müssen wir doch ehrlich sein. Während dem Jahr, haben wir als Parlament eigentlich keine Skrupel, gewisse Geschäfte durchzuwinken, welche eben auch eine Auswirkung auf solche Stellen haben. Das ist das Erste und das Zweite ist, wir haben gehört, eine Stelle wurde bereits geschaffen, am Ende werden wir nichts damit sparen oder nur sehr wenig.

Wir haben uns so entschieden, dass es konstruktiv bleibt, aber wir werden sicher ganz genau hinschauen. Wir sind aber auch der Meinung, dass wenn man schon einen solchen Ausbau hat, auch das Parlament via einer App oder was auch immer davon profitieren könnte. Es wäre niemandem gedient, wenn unsere Kommunikation nicht funktionieren würde, da denken wir zum Beispiel an die Wirtschaftsförderung. Wir wollen ja auch attraktiv bleiben und dann braucht es zusätzliche Ressourcen. Aus diesem Grund werden wir mit vier Stimmen diesen Antrag ablehnen, mit einer Enthaltung.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich begrüsse auch Thomas Brönnimann im Parlament.

Beschluss Abänderungsanträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten
1300.3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	CHF 395'342	CHF 267'410	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)
1300.3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	CHF 26'085	CHF 15'955	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)
1300.3052 AG-Beiträge an Pensions- kassen	CHF 42'427	CHF 36'813	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)
1300.3053 AG-Beiträge an Unfallversi- cherungen	CHF 2'943	CHF 2'006	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)
1300.3054 AG-Beiträge an Familien- ausgleichskasse	CHF 5'481	CHF 3'703	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)
1300.3055 AG-Beiträge an Kranken- taggeldversicherungen	CHF 2'233	CHF 1'777	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)

(Abstimmungsergebnis: 15 dafür / 22 dagegen / 1 Enthaltung)

Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ab:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten
1300.3130 Dienstleistungen Dritter	CHF 100'000	CHF 30'000	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)

(Abstimmungsergebnis: 15 dafür / 23 dagegen / 0 Enthaltung)

Beschluss Abänderungsantrag der SP/JUSO-Fraktion

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der SP/JUSO-Fraktion ab:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals und 305 Arbeitgeberbeiträge	(inkl. 1.5% Teuerungsausgleich) Konto 3010: CHF 51'585'321 Konto 305: CHF 11'901'089	(inkl. 2.5% Teuerungsausgleich) Gesamthaushalt: Konto 301: CHF 52'093'551 Konto 305: CHF 12'519'719 davon <i>Steuerhaushalt</i> Konto 301: CHF 46'419'359 Konto 305: CHF 11'155'908 <i>Spezialfinanzierte Haushalte</i> Konto 301: CHF 5'674'192 Konto 305: CHF 1'363'811	Gesamthaushalt (Erhöhung) Konto 301: CHF 508'230 Konto 305: CHF 122'143 Summe: CHF 630'373 davon <i>Steuerhaushalt</i> Konto 301: CHF 452'872 Konto 305: CHF 108'838 <i>Spezialfinanzierte Haushalte</i> Konto 301: CHF 55'358 Konto 305: CHF 13'305

(Abstimmungsergebnis: 14 dafür / 21 dagegen / 3 Enthaltung)

Beschluss Einlage in die Zinsschwankungsreserve (GR-Antrag, Ziffer 1)

Das Parlament beschliesst im Budget 2025 zu Lasten Konto 1680.3893.10 keine Einlage in die Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" vorzunehmen.

(Abstimmungsergebnis: 28 dafür / 9 dagegen / 1 Enthaltung)

Beschluss Steueranlage und Liegenschaftssteuer (GR-Antrag, Ziffer 2)

Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2025 folgende Steuern zu erheben:

- die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
- die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung)

Beschluss über Erfolgsrechnung (GR-Antrag, Ziffer 3)

Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2025:

Gesamthaushalt		
Gesamtertrag	CHF	267'080'478
Gesamtaufwand	CHF	<u>267'775'125</u>
Aufwandsüberschuss	CHF	-694'647
davon:		
Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)		
Aufwandsüberschuss vor Bezug aus finanzpolitischer Reserve	CHF	-6'308'379
Ergebnis nach Bezug von finanzpolitischer Reserve	CHF	0
Spezialfinanzierte Haushalte		
Aufwandsüberschuss	CHF	-694'647

(Abstimmungsergebnis: 29 dafür / 7 dagegen / 2 Enthaltungen)

PAR 2024/96

Kauf Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230-236; Volksabstimmung

Beschluss und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

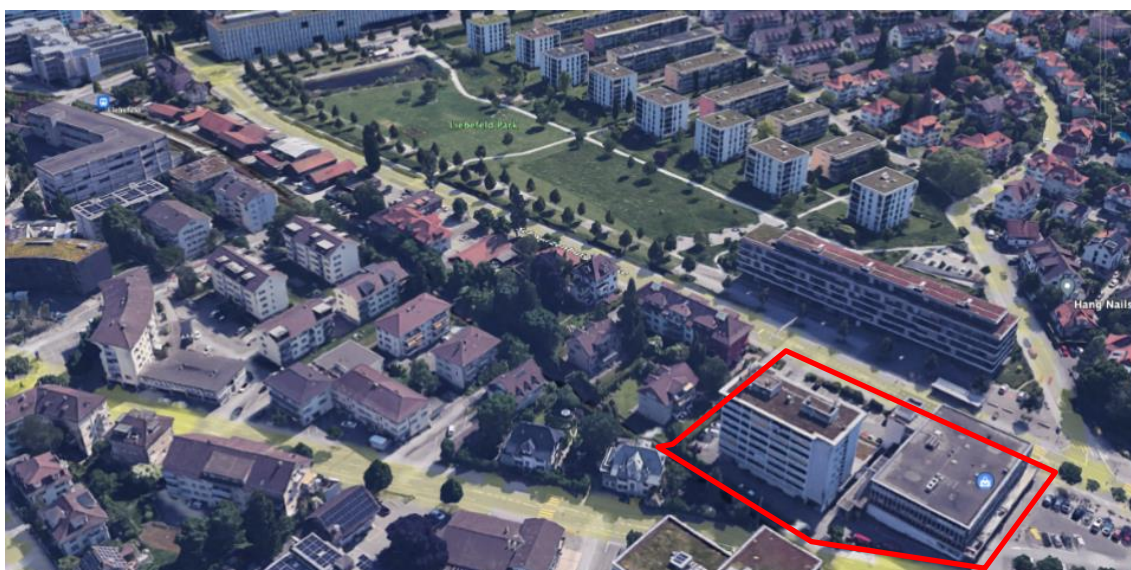
1. Das Wichtigste in Kürze

Im Rahmen einer aktiven Bodenpolitik bemüht sich die Gemeinde darum, strategisch gut gelegene Areale zu erwerben. Eines dieser Areale ist die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230-236 im Zentrum von Köniz. Es gelang der Gemeinde in mehreren Verhandlungen, die Eigentümerin der Liegenschaft, die Keos Immobilien AG mit Sitz in Freienbach SZ, von einem Verkauf an die Gemeinde zu überzeugen. Die Eigentumsübertragung der Liegenschaft im Falle einer Zustimmung der Stimmbürger:innen ist auf Mitte 2025 vorgesehen.

Das Areal liegt mitten im urbanen Teil der Gemeinde zwischen den beiden Entwicklungsgebieten Liebefeld Mitte und Zentrum Köniz Nord. Der Erwerb dieses Areals bietet grosse Chancen für die Entwicklung der Gemeinde und die Gestaltung des direkt angrenzenden Brühlplatzes. Die Abgabe des Areals im Baurecht nach der Entwicklung bringt der Gemeinde hohe jährliche Baurechtszinseinnahmen. Bis zum Zeitpunkt der Neubebauung bietet die Liegenschaft eine Bruttorendite von 4.7%.

Der Kaufpreis von CHF 32.5 Mio. wurde auf der Basis zweier gemeinsam mit der Verkäuferin in Auftrag gegebener externer Bewertungen festgesetzt (Fahrländer Partner Raumentwicklung, B&O Immo GmbH).

2. Die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230-236



Luftaufnahme mit Liebfeld Mitte im Hintergrund

Die Liegenschaft besteht aus dem Geschäftshaus Schwarzenburgstrasse 236, in dem sich das Warenhaus OTTO'S befindet, der dahinterliegenden eingeschossigen Schwarzenburgstrasse 230, in der unter anderem die UBS eingemietet ist, dem davorliegenden Parkplatz sowie dem Wohnhochhaus Schwarzenburgstrasse 232-234 mit 39 vermieteten Wohnungen (1- bis 4.5-Zi.- Wohnungen) entlang der Könizstrasse. Der amtliche Wert der Gesamtliegenschaft beträgt 19.94 Mio. Franken.

Das Wohnhochhaus beinhaltet folgende Wohnungen:

Anzahl Zimmer	Fläche	Nettomiete von / bis	Anzahl
1-Zimmer - Wohnungen	32 m ²	580.- bis 820.- / Monat	5 Stk.
2-Zimmer - Wohnungen	45 m ²	850.- bis 1'060.- / Monat	7 Stk.
2.5-Zimmer - Wohnungen	52 m ²	890.- bis 1'090.- / Monat	8 Stk.
3.5-Zimmer - Wohnungen	65 m ²	1'210.- bis 1'370.- / Monat	6 Stk.
3.5-Zimmer - Wohnungen	85 m ²	1'120.- bis 1'420.- / Monat	8 Stk.
4.5-Zimmer - Wohnungen	105 m ²	1'300.- bis 1'610.- / Monat	5 Stk.
Total:			39 Wohnungen

Der Wohnungsmix ist für die Gemeinde attraktiv, weil er kleinere Wohnungen mit günstigen Mietkonditionen aufweist. Es handelt sich um ein geeignetes Objekt, mit dem die Gemeinde bis zum Zeitpunkt der Arealentwicklung einen wirksamen Beitrag zum Erhalt preisgünstiger Wohnungen für ältere Menschen leisten kann. Ausserdem bietet das Objekt eine attraktive Rendite.

3. Strategische Hintergründe des Kaufantrags

Die strategischen Überlegungen der Gemeinde sehen zwei Phasen vor.

Phase 1: Fortführen des heutigen Betriebs bis zum Erreichen des technischen Lebensendes der Liegenschaft

Die Gemeinde beabsichtigt, nach dem Kauf die Liegenschaft wie heute weiter zu betreiben. Die bestehenden Mietverhältnisse werden von der Gemeinde übernommen. Die Gemeinde beabsichtigt, das Gebäude bis zum Erreichen des technischen Lebensendes (in der Kalkulation wurde von 30 Jahren ausgegangen) mit geringstmöglichen Investitionen zu den bestehenden günstigen Mietkonditionen weiterzuvermieten. Bei Mieterwechseln können die Wohnungen behindertengerecht umgebaut und nachher an ältere Menschen vermietet werden. Die zentrale Lage, die nahen Einkaufsmöglichkeiten und die Erschliessung mit öffentlichem Verkehr eignen sich dazu sehr.

In dieser ersten Phase wirft die Liegenschaft eine Bruttorendite von 4.7% sowie einen Nettocashflow von ca. CHF 400'000.- bis CHF 630'000.- pro Jahr ab. Für die Finanzierung wurden zwei Varianten gerechnet; eine optimistische mit einem Zinssatz von 1.8% sowie eine konservative mit einem Zinssatz von 2.5%. Entsprechend liegen die Kapitalkosten für die Fremdfinanzierung zwischen CHF 585'000.- und CHF 812'500.- pro Jahr. Es ist wichtig zu beachten, dass in dieser ersten Phase auch zusätzliche Kosten entstehen. Es wird von CHF 130'000.- für den Betrieb der Liegenschaft (Verwaltung, Hauswartung, Versicherungen etc.) sowie von CHF 190'000.- für den jährlichen Gebäudeunterhalt ausgegangen. Dies entspricht dem Durchschnitt der letzten drei Jahre (2021-2023) sowie einem branchenüblichen Benchmark für Betrieb und Unterhalt von 20% des Soll-Mietertrags der Liegenschaft.

Der ordentliche Betrieb der Liegenschaft soll per Anfang 2026 von der Gemeinde übernommen werden. In der Zeit zwischen dem Kaufentscheid und Ende 2025 werden Instandsetzungsarbeiten in der Höhe von ca. CHF 870'000.- sowie administrative Zusatzaufwendungen für die Betriebsübernahme in der Höhe von CHF 50'000.- anfallen. Sie werden separat beim Gemeinderat beantragt werden, sobald der Kaufentscheid gefällt ist. Sie sind in der Abstimmungsbotschaft transparent in tabellarischer Form ausgewiesen.

In den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass während der Phase 1 nur zwingend notwendige Investitionen ausgeführt werden. Es wird angenommen, dass im Jahr 2035 die bestehende, 2022 sanierte Ölheizung durch einen Anschluss an das bis dahin voraussichtlich erstellte Fernwärmenetz ersetzt wird. Infolge der Nachhaltigkeitsziele müssen ab 2035 sämtliche Gebäude im Eigentum der Gemeinde vollständig erneuerbar beheizt werden. Weiter wird in den Berechnungen davon ausgegangen, dass das Flachdach der Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 236 im Jahr 2030, dasjenige des Hochhauses 2040 saniert werden müssen. Das Flachdach der Liegenschaft 234 (eingeschossiger Vorbau mit UBS) wurde 2020 saniert. Bezüglich schadstoffhaltiger Elemente wurde eine Sichtkontrolle durchgeführt. Es können auf Grund des Baujahres schadstoffhaltige Fugenbeläge oder Verputze vorkommen. Deren Beseitigung wird Schritt für Schritt bei anstehenden Wohnungssanierungen durchgeführt und ist in den jährlichen Unterhaltskosten eingerechnet. Die Fassaden und Dächer weisen keine faserzementhaltigen Elemente auf. Die Fassade des Hochhauses, welche aus Eternitplatten besteht, wurde 2011 saniert. Gemäss Altlastenkataster weist die Liegenschaft keine Altlasten auf.

Phase 2: strategische Entwicklung

Strategisch ist die Liegenschaft für mehrere laufende Projektentwicklungen von hoher Relevanz. Dazu gehören die Arealentwicklung Zentrum Köniz Nord, die Gestaltung des Brühlplatzes sowie die Entwicklung Liebefeld Mitte. Nach der Entwicklung wird das Areal im Baurecht an einen geeigneten Investor abgegeben. Dadurch können ähnlich wie beim Rappentöri hohe jährliche Baurechtszinseinnahmen generiert werden, welche einen wesentlichen Beitrag dazu leisten können, den Haushalt der Gemeinde zu entlasten.

Der definitive Entscheid über die strategische Entwicklung des Areals kann zu einem späteren Zeitpunkt gefällt werden. Dadurch ergibt sich für die Gemeinde eine wertvolle Option für die Zukunft.

4. Finanzen

Der Kauf wird vollumfänglich fremdfinanziert. Für die Berechnungen wurden zwei Varianten dargestellt; eine optimistische mit einem Zinssatz von 1.8 % sowie eine konservative mit einem Zinssatz von 2.5 %. Entsprechend wird von einem Nettocashflow von zwischen CHF 400'000.- und CHF 630'000.- pro Jahr ab 2026 ausgegangen. Im Jahr 2025 sind Nachinvestitionen in den Mieterausbau des 2. Obergeschosses der Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 236 in der Höhe von CHF 800'000.- sowie eine Investition von CHF 70'000.- zur Wiederherstellung einer Wohnung im 2. OG der Schwarzenburgstrasse 232 notwendig. Sie werden beantragt, sobald das Kaufgeschäft von den Stimmbürgern bewilligt wurde. Ausserdem fallen Kosten zur Übernahme der Verwaltung in der Höhe von CHF 50'000.- in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 an. Sie können teilweise mit bestehenden Personalressourcen der Abteilung Immobilien gedeckt werden. In der Abstimmungsbotschaft werden die Kosten in tabellarischer Form ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung sämtlicher zukünftiger Instandsetzungen (Mieterausbau, Anschluss an Fernwärme, Flachdachsaniierungen) bei einem Planungshorizont von 30 Jahren beträgt die durchschnittliche Nettorendite der Liegenschaft zwischen 1% (konservativ) und 1.7% (optimistisch).

5. Folgen bei Ablehnung des Geschäfts

Das Kaufgeschäft würde nicht abgewickelt. Der Gemeinde würde ein äusserst rentables Immobilien-geschäft entgehen sowie die Möglichkeit, in den Besitz eines zentralen Areals im Zentrum von Köniz zu gelangen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 1. Dem Kauf des Grundstücks Köniz / 37 (Schwarzenburgstrasse 230-236) zu einem Kaufpreis von 32.5 Mio. CHF wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, über alle Folgeverträge aus diesem Geschäft zu beschliessen und dabei auch kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vorzunehmen.
2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 11.09.2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um einen Beschluss und eine Botschaft der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Abstimmungsbotschaft und die Tischvorlage mit einem Abänderungsantrag des Gemeinderates zur Botschaft.

Zum Vorgehen: Zuerst spricht die GPK-Referentin, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und zum Schluss die Abstimmung. Mit Mail vom 28.10.2024 habe ich euch darauf hingewiesen, dass Abänderungsanträge zur Vorlage schriftlich vorliegen müssen.

Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Im Mail vom 28.10.2024 habe ich ausserdem darum gebeten, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen. Das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP: Kurz und bündig, aber inhaltlich korrekt und vollständig, wird dem Parlament und der Könizer Stimmbevölkerung hier ein Antrag für einen strategischen Liegenschafts-kauf im Zentrum von Köniz gestellt. Die Kaufsumme beträgt CHF 32.5 Mio.

Ich habe die Vorlage als GPK-Direktionsreferentin der DSL geprüft und auch die Finanzkommission wurde in die Vorprüfung miteinbezogen. Ich bedanke mich bei der Abteilung Immobilien für die Beantwortung unserer Fragen und die zur Einsicht zugestellten Unterlagen.

Um was geht es? Das vorliegende Kaufgeschäft stützt sich auf die Immobilienstrategie der Gemeinde Köniz, welche in der internen Vernehmlassung ist und zeitnah dem Parlament vorgelegt werden wird. Sie soll eine aktive Bodenpolitik ermöglichen, denn es ist von grossem Vorteil, wenn die Gemeinde im Eigentum wichtiger strategischer Grundstücke ist. Weiter ist hier auch der Erhalt von preisgünstigen Wohnungen gegeben.

Eingemittelt zwischen dem Zentrum Köniz-Nord und Liebefeld-Mitte liegt die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230-236 strategisch hervorragend und auch der Parkplatz beim Einkaufsstandort OTTO'S gehört bereits der Gemeinde. Zum jetzigen Zeitpunkt werden zwei Geschäftsmietflächen und 39 1- bis 4,5-Zimmerwohnungen in der Liegenschaft vermietet, diese Mietverhältnisse würden übernommen und so weitergeführt. Es handelt sich hier um günstige Wohnungen an sehr attraktiver Lage.

Unter Berücksichtigung sämtlicher zukünftiger Instandsetzungen – das heisst Mieterausbau, Anschluss an Fernwärme und Flachdachsanierungen - bei einem Planungshorizont von 30 Jahren, beträgt die durchschnittliche Nettorendite der Liegenschaft ca. 1,4 Prozent. Es ist alles im vorliegende Antrag ersichtlich.

Wie bereits erwähnt wurde das Geschäft in der Geschäftsprüfungskommission wie in der Finanzkommission behandelt. Es wurden den Kommissionen diverse Einsichten in Unterlagen gewährt und Antworten auf Fragen wie zum Beispiel

- zur finanziellen Belastung und zur Kreditwürdigkeit,
- zu den finanziellen Risiken,
- zu den aktuellen Mietverträgen der Geschäftsliegenschaften,
- zur Strategie der Gemeinde Köniz bezüglich strategischen Liegenschaftskäufen,
- zur gesetzlichen Grundlage für solche Käufe und
- zu den bestehenden Risiken beim Kauf von älteren Liegenschaften,

durch die Abteilung Immobilien wie auch durch die Finanzabteilung und die Fachstelle Recht beantwortet.

Bei der Prüfung der Abstimmungsbotschaft für die Stimmberechtigten kommt die GPK auch zum Schluss, dass diese die wesentlichen Inhalte der Vorlage enthält, die Vor- und Nachteile aufgezeigt sind und die grafischen Gestaltungsmittel zweckmässig und angemessen eingesetzt wurden. Eine kleine Beanstandung der Wortwahl auf Seite 3 der Botschaft wurde vom Gemeinderat aufgenommen und wird dem Parlament via Tischvorlage bereits selber beantragt, damit die Redaktionskommission dies dann anpassen kann.

Ich komme zum Beschluss:

- Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Abstimmungsergebnis: einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen. Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Fraktionssprecher/in SVP, Kathrin Gilgen, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den zuständigen Personen für die gut ausgearbeitete Vorlage.

Bei einem solchen Geschäft stellt sich zuerst einmal die grundlegende Frage, ob es Gemeindeaufgabe ist, solche Liegenschaftskäufe zu tätigen. Ein Thema, welches gerade im bürgerlichen Lager sicherlich kontrovers diskutiert wird. Diese Diskussion hat auch in unserer Fraktion stattgefunden. Diverse Punkte wie

- strategischer Top-Standort,
- längerfristig vermietete Geschäftsobjekte,
- 39 Wohnungen im günstigen Segment,
- Gemeinde betreibt aktive Bodenpolitik – dazu gehört auch der neue, kürzlich vom Stimmvolk bewilligte Rahmenkredit für Liegenschaftskäufe - und
- ein positiver Netto-Cashflow,

bewegen auch uns dazu, diesem Geschäft grossmehrheitlich zuzustimmen.

Noch eine Bemerkung zum günstigen Wohnraum: Hier haben wir ein gutes Beispiel, wie günstige Mietkonditionen angeboten werden müssen. Nämlich in älteren Liegenschaften, wie jetzt hier bei diesem Objekt an der Schwarzenburgstrasse. Wenn man sich in der Vorlage die Mietzinse anschaut, sieht man, dass es tatsächlich günstige Konditionen sind, besonders in dieser guten Lage im Zentrum.

Unsinnig ist es aus unserer Sicht, wenn man in Neuüberbauungen immer wieder günstigen Wohnraum macht, welcher dann schlussendlich nicht günstig ist, sondern lediglich ein bisschen weniger hoch als der normale Mietzins. Ein Beispiel dazu im Papillon Niederwangen, wo eine 2,5-Zimmer-Wohnung dann im sogenannten "günstigen" Bereich trotzdem monatlich CHF 2'000 oder mehr kosten kann. Dazu kommt, dass der Gemeinde wegen den tieferen Baurechtszinsen viel Geld verloren geht. Und sollte in etwa 30 Jahren an diesem guten Standort anstelle der heutigen Objekte eine Neuüberbauung realisiert werden, sollte günstiger Wohnungsbau dann auch kein Thema mehr sein. Aber über das müssen wir zum Glück heute nicht auch noch diskutieren und in dreissig Jahren vermutlich wohl auch niemand von den heute Anwesenden.

Zur Botschaft: Dem Änderungsantrag des Gemeinderats auf der Tischvorlage stimmen wir zu.

Pro:

- Strategischer Top-Standort
- Kauf passt in die aktive Bodenpolitik der Gemeinde
- günstiger Wohnraum in guter Lage - prädestiniert besonders auch für ältere Personen
- positiver Netto-Cashflow

Contra:

- Ist es die Aufgabe der Gemeinde, in den Immobilienmarkt einzugreifen?

Fraktionssprecher/in SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Dass wir heute über den Kauf vom Areal an der Schwarzenburgstrasse 230 bis 236 befinden können, ist aus unserer Sicht sehr erfreulich. Es ist ein Glücksfall, dass die Eigentümerin bei der heutigen Preisentwicklung überhaupt über einen Verkauf nachdenkt und dabei die Gemeinde zum Zuge kommen lässt. Und es ist unserem Gemeinderat hoch anzurechnen, dass er diese Chance beim Schopf packt und sich dieses Areal sichern will. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten.

Wir reden hier von Liegenschaften an bester Lage. Ich würde sogar behaupten: Es gibt auf dem gesamten Gemeindegebiet kaum ein Areal mit einem so hohen Entwicklungspotenzial. Der Standort ist durch den Bahnhof und mehrere Buslinien hervorragend erschlossen. Das Areal mit dem grossen Parkplatz und dem heutigen OTTO'S-Gebäude eignet sich bestens, um das Ziel der inneren Verdichtung umzusetzen. Die Lage ist gleichermassen attraktiv für Wohnungen und Geschäftsnutzung. Und: Das Areal liegt zwischen zwei Entwicklungsschwerpunkten der Gemeinde. Das erhöht den Handlungsspielraum für eine Siedlungsentwicklung, welche sich an den Bedürfnissen der Menschen in Köniz orientiert – sei dies bezahlbarer und für alle zugänglicher Wohnraum, hochwertige öffentliche Räume mit Begegnungsmöglichkeiten, attraktive Einkaufsmöglichkeiten oder ein ansprechendes Ortsbild zu haben. Es freut uns in diesem Zusammenhang, dass hier ein Wettbewerb vorgesehen ist. Selbstverständlich sind CHF 32.5 Mio. ein stolzer Preis. Wir geben dieses Geld aber nicht einfach aus, sondern bekommen einen enormen Gegenwert. Es gibt kein plausibles Szenario, in welchem dieses Land an so prominenter Lage in absehbarer Zeit an Wert verlieren könnte. Im Gegenteil sichern wir uns eine hervorragende Finanzanlage im Herzen von Köniz, generieren Einnahmen im sechsstelligen Bereich in Form von Mietzinsen und bekommen später Erträge in Form von Baurechtszinsen. Mit den aktuell guten Konditionen auf dem Finanzmarkt ist diese Investition für die Gemeinde auch finanziell tragbar.

Wichtig scheint uns, dass mit der Auslösung der Planung nicht zu lange gewartet wird. Einerseits, weil die Planung komplex sein wird und die Bevölkerung mit einem partizipativen Verfahren abgeholt werden muss. Andererseits, weil wir nicht warten sollten, bis der Zustand der bestehenden Gebäude uns unter Zeitdruck setzt und uns dann die nötigen Planungsgrundlagen fehlen, wie beispielsweise eine passende ZPP, um eine möglichst gewinnbringende Entwicklung umzusetzen.

Selbstverständlich wird sich die SP/JUSO-Fraktion dafür einsetzen, dass die Gemeinde auf dem Areal nicht ausschliesslich finanzpolitische Ziele verfolgt. Die preisgünstigen Wohnungen auf dem Areal müssen kurz- aber auch langfristig erhalten bleiben und unterhalten werden – das sieht der Gemeinderat erfreulicherweise zumindest kurz- und mittelfristig ja auch so vor. Wir begrüssen es auch, dass die Wohnungen für die Bedürfnisse von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt sollen werden.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Antrag vom Gemeinderat einstimmig zustimmen und empfiehlt der Stimmbevölkerung diese Vorlage vorbehaltlos zu Annahme.

Für die Abstimmungsbotschaft fasse ich unsere Argumente nochmal kurz zusammen:

Pro:

- Der Landkauf ist strategisch sinnvoll, weil die Lage zwischen zwei Entwicklungsschwerpunkten eine koordinierte und proaktive Siedlungsplanung und eine ganzheitliche Gestaltung vom Könizer Zentrum ermöglicht.
- Der Kauf des Areals ermöglicht es der Gemeinde, das Ziel der Siedlungsentwicklung nach innen umzusetzen.
- Die Vermietung der bestehenden Wohn- und Geschäftsflächen generiert zusätzliche Einnahmen für die Gemeinde.
- Mit dem Kauf der bestehenden Wohnungen wird günstiger Wohnraum gesichert.
- Der Landkauf ist langfristig finanzpolitisch sinnvoll, denn die zukünftige Abgabe im Baurecht ermöglicht Einnahmen durch Baurechtszinse.
- Aufgrund des günstigen Zinsniveaus und der guten Renditeaussicht ist der Kauf für die Gemeinde finanziell tragbar.
- Mit dem vorgesehenen Planungswettbewerb kann sichergestellt werden, dass eine ästhetisch ansprechende sowie sozial und ökologisch sinnvolle Überbauung entsteht.
- Längerfristig können die heute mit Öl geheizten Liegenschaften an den Wärmeverbund angeschlossen werden.

Argumente gegen die Vorlage haben wir keine.

Fraktionssprecher/in EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP: Es geht um den Kauf einer Liegenschaft im Finanzvermögen. Eine Liegenschaft in ihrer zweiten Lebenshälfte, ein Renditeobjekt, genau am Scharnier zwischen dem Zentrum Köniz-Nord und Liebefeld-Mitte. Ein boden- und finanzpolitisches Geschäft - ein kontroverses - und wir haben für die linke und die rechte Seite etwas mit dabei. Wir sind aber die Mitte-Fraktion und darum stellen wir uns folgende Fragen:

- Soll die öffentliche Hand Immobilien besitzen und bewirtschaften, welche erst in 30 Jahren ein Entwicklungspotential haben?
- Ist es Sinn und Zweck des Finanzvermögens, das strukturelle Defizit dieser Gemeinde im Steuerhaushalt zu schmälern?

Die vielschichten Antworten sind in den folgenden Pro- und Contra-Argumenten verpackt:

Argumente für den Kauf:

- Die Liegenschaft befindet sich in einem zentralen Entwicklungsgebiet. Als Planungsbehörde und Eigentümerin hat die Gemeinde Köniz die Fäden in den Händen, das Ortszentrum zu gestalten.
- Die Liegenschaft bietet eine attraktive Rendite, also jährliche Netto-Erlöse. Im Übrigen so viel, wie zuvor für den Budgetkredit Fachstelle Kommunikation - diese Zahlen habt ihr noch auf dem Tisch. Dies einfach für die Relation, doch das ist kein Argument, welches in die Botschaft soll.
- Die Abgabe des Areals im Baurecht nach der Entwicklung, verspricht hohe jährliche Baurechtszinseinnahmen, sogenannte Sondereffekte.
- Die Liegenschaft bietet preisgünstige Mietwohnungen.
- Der Erwerb sichert der Gemeinde Grund und Boden und damit ein wichtiges Wertsteigerungspotential.
- Der Liegenschafts Kauf erfolgt abseits des Marktes, die Gemeinde oder der Gemeinderat hat sich aktiv auf den Eigentümer zubewegt und geschickt verhandelt, es ist somit kein Spekulationsobjekt.

Argumente gegen den Kauf:

- Der Kaufpreis ist mit CHF 32.5 Mio. erheblich und für die Gemeinde Köniz eine neue Dimension.
- Schulden sind Schulden, das Bruttoverschuldungspotential soll für dringliche Gemeindeaufgaben ausgegeben werden.
- Die hohe Fremdfinanzierung bedeutet auch eine hohe Zinsbelastung. Es besteht ein Zinsrisiko.
- Unvorhergesehene Kosten bei den Umbaumaßnahmen der 52- bzw. 60-jährigen Liegenschaft könnten die Rentabilität schmälern. Zudem besteht insbesondere bei den Gewerbe- und Retail-Flächen immer ein Leerstandrisiko – selbst an dieser Lage.
- Die Bewirtschaftung bindet unsere Ressourcen in der Gemeindeverwaltung.
- Der steuerfinanzierte Finanzhaushalt soll in sich ausgeglichen sein. Bodengeschäfte verleiten zu strukturellem Defizit.
- Der unwirtliche Brühlplatz würde vorläufig nicht umgestaltet, die Parkplätze sind für die Ankermieter wichtig – für mich persönlich wirklich ein Wermutstropfen in diesem Geschäft.

- Die Entwicklung des Areals ist ein langfristiges Projekt, mit Unsicherheiten verbunden. Es ist also ein Versprechen in die Zukunft. Welche gesellschaftlichen Ziele dann eingelöst werden, ist heute unklar.

Fazit: Die Entscheidung für oder gegen den Kauf der Liegenschaft ist komplex. Wir haben eine sorgfältige Abwägung vorgenommen und diese Argumente auseinander genommen. Unsere Fraktion ist mehrheitlich dafür, drei gewichtige Stimmen, auch von unseren Finanzkommissionsmitgliedern, sind dagegen.

Wir danken dem Gemeinderat und den Fachleuten für die volle Transparenz, auch bei den Kostenprognosen und den frühzeitigen Einbezug der Kommissionen. Dieses Geschäft ist wohlthuend für unser Rollenverständnis, das möchte ich an dieser Stelle lobend erwähnen. Vielen Dank dafür.

Fraktionssprecher/in Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Ausarbeitung des Geschäfts. Wir sind insbesondere auch froh, dass wir OTTO'S und die UBS nicht auch gleich noch mitkaufen, von daher stimmen wir dem Abänderungsantrag natürlich zu.

Wir begrüßen es ausserdem, dass es bereits Abklärungen zu den Altlasten in der Bausubstanz gegeben hat. Wie immer bringen die Gebäude aus einer bestimmten Bauzeit erhebliche finanzielle und gesundheitliche Risiken mit sich und wir sollten darum bei allem, was wir heute machen, auch an künftige Generationen denken und keine Altlasten überlassen – und ich denke hier nicht nur an das Budget.

Die zentrale Lage der Liegenschaft und die gute Erschliessung bietet der Gemeinde Gelegenheit, die Entwicklung von Liebefeld-Mitte aktiv mitzugestalten. Wir haben heute bereits in der Budgetdebatte über die Bedeutung der Baurechterträge der Gemeinde gesprochen und hier zeigt sich auch das Potential diese zu sichern und langfristig zu stärken. Für uns sind Schulden und Einlagen in Zinsschwankungen nicht alles, wir wollen auch eine Gemeinde, welche vorwärts geht und welche investiert.

In unserer Fraktion sehen wir den Mehrwert dieses Projekts nicht nur finanziell, sondern wir erachten den Erhalt dieses bezahlbaren Wohnraums als wichtigen Beitrag zu einer sozialen Vielfalt in unserer Gemeinde. Und wir könnten uns sogar vorstellen, nebst älteren Menschen, dort auch noch Familien und Studierende unterzubringen, denn diese haben ebenfalls ein sehr begrenztes Budget.

Wir erkennen aber auch die Herausforderungen, welche mit diesem Kauf einhergehen. Die Ölheizung, welche im Moment dort ist, ist sicherlich ein Punkt, welchen wir proaktiv ansprechen möchten, da diese für unsere Klimaziele ebenfalls von Relevanz ist. Sollte sich die Möglichkeit ergeben, die Liegenschaft bereits vor 2035 an einen Wärmeverbund anzuschliessen, erwarten wir natürlich, dass dies auch so umgesetzt wird, denn jede fossile Heizung, welche wir ausser Betrieb nehmen, hilft uns unsere eigenen Ziele zu erreichen und vor allem spart es langfristig Geld. Die schweren Überschwemmungen aktuell in Spanien, aber im Sommer auch bei uns im Wallis, in Misox und im Maggital, haben uns gezeigt, wohin wir steuern, wenn wir so weiter machen.

Angesichts dieser Chancen und Herausforderungen sehen wir den Kauf dieser Liegenschaft als bedeutenden Vorteil für unsere Gemeinde und darum werden wir diesem Geschäft auch zustimmen.

Ich nenne noch kurz unsere Pro- und Contra-Argumente:

Dafür spricht:

- Die Lage bietet der Gemeinde die Möglichkeit, die Entwicklung im Gebiet Liebefeld-Mitte aktiv mitzugestalten.
- Die Liegenschaft bietet das Potential, langfristige Einnahmen durch Baurechterträge zu sichern und zu stärken, was der Gemeinde finanzielle Stabilität bringt.
- Wir finden auch, dass das Projekt eine Chance ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu erhalten, was zur sozialen Vielfalt beiträgt, insbesondere für ältere Menschen, Familien und Studenten.
- Dagegen spricht nur,
- dass es in Gebäuden aus dieser Zeit möglicherweise nicht einkalkulierte Kosten für Sanierungen von Altlasten geben könnte.

Fraktionssprecher/in FDP, Dominic Amacher, FDP: Wir sind schon etwas über den Antrag des Gemeinderates enttäuscht. Wir waren eigentlich der Meinung, wir könnten OTTO'S und die UBS auch gleich mitkaufen, für diese CHF 32.5 Mio. Wir hatten bereits Dollar-Zeichen auf den Augen ... Nein, wir werden selbstverständlich dem Antrag des Gemeinderates für diese Korrektur zustimmen und vorweg auch dem Geschäft. Wir sind hier sehr davon überzeugt.

Wir danken für die transparenten Unterlagen, aber auch für die Vorgehensweise, wie man hier in die Kommission gegangen ist. Ich finde, das sollte man vermehrt machen, das schafft Vertrauen und Transparenz.

Wir haben uns mit zwei Fragen befasst:

- Die erste ist, ob Liegenschaftskäufe grundsätzlich eine Aufgabe der Gemeinde, also des Staates sind? Da waren wir der Meinung, im Prinzip nicht per se. Das sollte man nicht primär fördern. Doch wir stellen auch fest, dass Köniz keine Hunter-Strategie hat, wie die Swissair, welche ja allen Ramsch zusammenkauft. Hier ist dieser Kaufantrag sehr durchdacht und man hat den Kaufpreis prüfen lassen, dieser wurde neutral bewertet und darum vertrauen wir dieser Zahl auch.
- Die zweite Frage war, ob es sich lohnt, sich hier zusätzlich mit CHF 32.5 Mio. zu verschulden. Da muss man schon schauen. Doch wir haben sehr schnell einen Netto-Cashflow - von daher haben wir ein abgesichertes Geschäft. Wir müssen im Moment also keine Angst haben, dass wir hier zusätzlich Geld in die Finger nehmen müssen. Es ist eine Investition in das Finanzvermögen, das heisst, wir haben einen Gegenwert. Es ist nicht so, dass wir hier nichts in den Händen haben. Und wir sehen natürlich auch die Chancen der Weiterentwicklung. Die Optionen werden aufgezeigt, wir haben einen strategischen Mehrwert und dieser ist wirklich offensichtlich. Zudem bestehen die Chancen auf Mehreinnahmen - das leuchtet uns auch ein - sei es durch Baurechtszinsen oder andere Einnahmen. Und mit diesem Geld können wir definitiv auch andere Sachen finanzieren. Auch den günstigen Wohnraum sehen wir als elegante Lösung, doch ich will hier nichts wiederholen und kann nur die Worte von Kathrin Gilgen bestätigen.

Die letzte Frage war, ob Köniz diesen Liegenschaftsverkauf tätigen kann. Und wir finden, ja, wir können das. Pro und Contras habe ich relativ viele aufgeschrieben, doch diese wurden alle bereits erwähnt. Aus diesem Grund verzichte ich darauf, diese zu erwähnen, dann haben wir etwas früher Pause.

Roland Akeret, GLP: Bis vor etwa 20 bis 30 Minuten, stand ich auch noch hinter diesem Geschäft. Da hätte ich "ja" dazu gesagt. Aber nach den beiden Finanzdebatten habe ich um 180° gedreht. Im Hinblick auf die Tatsache, dass wir jetzt CHF 32.5 Mio. fremdfinanziert in die Finger nehmen sollen, kam ich auch gestützt auf die Debatte zum Schluss, dass wir uns dies heute gar nicht mehr leisten können.

Die Schulden sind bereits hoch und werden nun sprunghaft ansteigen. Auch das Zinsrisiko scheint mir zu hoch zu sein. Dies auch speziell unter dem Gesichtspunkt, da das Parlament zuvor nicht bereit war, die Zinsschwankungsreserve weiter zu äufnen. Hinzu kommt für mich auch, dass es grundsätzlich nicht Aufgabe ist, einen solchen Kauf als Gemeinde zu tätigen. Es ist keine Kernaufgabe und da es keine Kernaufgabe ist, bin ich der Meinung, man muss sich das nicht leisten. Und der Zeithorizont von 30 Jahren scheint noch so weit weg. Dass es durchaus Chancen hätte, ja, das streite ich nicht ab, aber es sind auch sehr viele Risiken mit dabei und Risiken hat vermutlich auch das Gebäude selber, dieses wird an verschiedenen Orten saniert werden müssen und wer weiss, was hier alles zum Vorschein kommen wird.

Ich bin also einer der drei, welche in unserer Fraktion "nein" stimmen werden.

Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP: Ich glaube bei einem solchen Geschäft, in welchem es um so viel Geld geht – um über CHF 30 Mio. - und um eine langfristige strategische Investition in die städtebauliche Zukunft von Köniz, da muss ich doch noch einige Sachen dazu sagen.

Ich werde mit dem Formalen beginnen: Ihr habt es gehört, der Gemeinderat stellt einen Abänderungsantrag, welcher mehr redaktioneller Natur ist, mit dieser Klammerbemerkung, welche wir korrigieren, dass wir die *Mietobjekte* OTTO'S und UBS übernehmen. Die Grünen begrüssen es, dass wir OTTO'S und UBS nicht kaufen, ich wäre hier jetzt eher mehr bei der FDP gewesen. Das wäre jetzt wirklich ein Schnäppchen gewesen und dann würde ich beinahe schon die Ehrenbürgerschaft beantragen, wenn ich die UBS für CHF 32.5 Mio. hätte kaufen können.

Aber werden wir sofort wieder ernst: Ich glaube, es wurde gesagt, die Zusammenarbeit in diesem Geschäft mit den Kommissionen war exemplarisch und gut. Sie war aber auch recht aufwändig. Wir waren zweimal je in der GPK und in der Finanzkommission und das hat jetzt auch dazu beigetragen, dass wir dieses Geschäft so sachlich und sec besprechen können und dass die Meinungsbildung auch in den Fraktionen vorgängig stattfinden konnte.

Ihr habt es gesehen, ich habe es nicht geschafft in meiner Fraktion alle zu überzeugen. Ich gestehe von Beginn an ein, dass es eine ordnungspolitische Sicht gibt, mit welcher man argumentieren kann, dass es keine Kernaufgabe der Gemeinde ist, im Finanzvermögen Liegenschaften zu kaufen.

Aber die proaktive Liegenschafts- und Landpolitik in Köniz hat eine sehr lange Tradition und ihr konntet ja im vorherigen Geschäft sehen, dass ihr hier eine Aufwertung machen könnt, eine Kapitalisierung von Geschäften, welche unsere Vorgänger getätigt haben. Das war also noch weit vor meiner Zeit und ich bin jetzt dann doch elf Jahre lang mit dabei. Ich kann euch nicht versprechen, dass man in 20 oder 30 Jahren dort auch eine solche Aufwertung wird machen können. Doch ich glaube, man darf hier behaupten, dass dies eine so gute Lage ist und dass auch die Substanz der Gebäude so gut ist, dass wir dort kein Geld verlieren werden, im Gegenteil: Ich würde beinahe die Hand ins Feuer legen, dass wir dort in 20 Jahren vermutlich auch einen Buchgewinn haben werden und ich hoffe, die dannzumaligen Generationen werden dann städtebaulich etwas Schlaues machen - vielleicht noch etwas Schlaues, als einen Barentower in Ostermundigen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch ganz herzlich meinen Leuten danken, welche auf der Tribüne sind. Unter anderem Daniel Spahlinger, welcher für dieses Geschäft verantwortlich war und es auch in den Kommissionen präsentiert hat.

Dann hat Isabelle Steiner gesagt, dass dies ein Glücksfall sei. Das stimmt natürlich, du hast unsere Arbeit ja auch gewürdigt, aber es ist eben schon mehr als nur Glück. Ich will hier ganz weit zurückgehen, denn sogar der vormalige Liegenschaftsverwalter, welcher jetzt pensioniert ist, hat kontinuierlich immer wieder nachgefragt, ob dieses Objekt vielleicht zu verkaufen ist. Es war über zehn Jahre lang nie zu verkaufen und dann plötzlich war es das und man konnte Konditionen aushandeln, mit einem Preis - übrigens durch zwei externe Gutachten belegt - welcher doch sehr vernünftig ist. Wir können einen Cashflow erzielen, wir können eine Netto-Rendite erzielen - diese wird nicht gleich gross sein, wie dies im privaten Markt der Fall wäre und wie dies ein privater Investor anstreben würde. Und das ist wohl auch der Grund für diesen Glücksfall, dass sich dieser Investor von diesem Objekt trennt, da er dieses Geld an einem anderen Ort zu einer höheren Rendite investieren kann. Für mich ist es natürlich schön, dieses Geschäft, sozusagen als letztes Geschäft, euch zu unterbreiten, denn es ist das Ende einer Phase, in welcher Köniz wirklich eine sehr aktive Landpolitik gemacht hat. Da waren viele Käufe aus dem Rahmenkredit - darum wurde dieser leer. Das war aber zum Beispiel auch das Baurecht an der Sägestrasse - auch ein Volksabstimmungsgeschäft über CHF 10 Mio. - und ich kann euch sagen, es hat für meinen Nachfolger noch diverse Geschäfte in der Pipeline, welche dann vielleicht zu euch kommen oder über den Rahmenkredit abgewickelt werden.

Ich will mich auf vier Punkte in diesem Geschäft fokussieren. Diese wurden von euch allen ebenfalls angesprochen:

- Es ist ein Glücksfall, dass die aktuellen langfristigen Fremdkapitalzinsen sehr günstig sind. Ich weiss noch nicht, zu welchem Satz wir abschliessen werden, aber wenn wir jetzt schauen, in Zeiten, in welchen man bereits eine private Hypothek für 15 Jahre im Bereich von 1.6% aufnehmen kann, dann wird die Gemeinde dies für 15 Jahre für unter 1.5% finanzieren können, eventuell sogar deutlich darunter. Ich glaube, wir sind gut beraten, dies wirklich für 15 Jahre anzubinden, vielleicht können wir sogar 20 Jahre finanzieren und dann haben wir das Zinsrisiko nicht mehr, bis dann das Nachfolgeprojekt kommt.
- Es wurde auch gesagt - interessant war, von wem es gesagt wurde, nämlich von der SVP-Sprecherin: Zu meinen, man könnte neue Wohnungen bauen und diese seien dann wirklich günstig, das ist eigentlich fast nicht möglich, diese sind nur verhältnismässig günstig. Aber was wir können, das ist günstigen Wohnraum erhalten und das ist auch in der Botschaft aufgezeigt. Das sind wirklich günstige Wohnungen, welche wir dort erhalten und wir bekommen dort für unseren öffentlichen Steuerfranken mehr Wohnungen, welche wir erhalten können, als wenn wir irgendwie via zu tiefe Baurechtszinsen an super Lagen preisgünstige Wohnungen schaffen wollen. Abgesehen davon an die SP-Seite: Es ist im Projekt Liebefeld-Mitte ebenfalls geplant, einen Anteil preisgünstiger Wohnungen zu schaffen. Das machen wir auch.
- Dann fahren wir noch kurz weiter: Euch zu überzeugen, war jetzt nicht so schwer. Denn es gibt gewichtige Argumente. Aber ich glaube, wofür wir uns wirklich noch werden einsetzen müssen - und deshalb bin ich froh, dass ihr alle so gut auf die Pro-Argumente eingegangen seid, aber auch auf die Contra-Argumente - ist, die Bevölkerung zu überzeugen. Ihr seid ein Expertenpublikum und habt euch vertieft mit diesem Thema beschäftigt, in der Bevölkerung wird es heissen: Jetzt haben sie wieder ein Budget verabschiedet, welches ein Minus hat und vor kurzem mussten wir noch die Steuern erhöhen und jetzt haben sie schon wieder Geld, um CHF 32 Mio. auszugeben. So läuft der Dialog. Ich höre noch heute in der Bevölkerung, ja, die Beiz in Niederscherli, den Bären, den hättest du nicht kaufen sollen. Dabei ist die Beiz nur das kleine Rucksäckchen, sondern wir haben dort auch ganz viele Wohnungen gekauft, welche alle vollvermietet sind. Wir haben auch dort einen Cashflow.

Dort ist es zwar nun mal nicht Köniz, sondern Niederscherli in der oberen Gemeinde, aber auch dort wollen wir das Zentrum und die Zentrumsgestaltung beeinflussen können, vielleicht eben durch einen Saal, welchen wir wieder eröffnen können. Dieser Kredit für diese Saalsanierung wurde übrigens auch bereits gesprochen und wir können dort eine Heizzentrale machen, es hat also auch Vorteile. Doch ich zähle hier auf euch, dass ihr auch helft, die Bevölkerung zu überzeugen, da braucht es alle.

- Und jetzt freue ich mich zum Schluss zu kommen und freue mich dann auch wirklich, den nachfolgenden Generationen das Land – falls die Volksabstimmung positiv ausfällt – zu übergeben. Der einzige Fehler, welchen man machen kann, ist, wenn man plötzlich ungeduldig würde. Man muss jetzt wirklich auch die Geduld haben. Und das vielleicht auch noch an die Sprecherin meiner eigenen Fraktion - ich weiss, dass das mit dem Parkplatz für dich Sandra Röthlisberger ein Wermutstropfen ist und wenn wir später bei einem Bier noch darüber sprechen, dann sind wir uns auch einig, diesen Platz, sollte man aufwerten, dieser gehört ja uns, aber OTTO's braucht nun mal diese Parkplätze. Doch in 20 Jahren wird dieser Platz ganz anders aussehen, er ist dann vielleicht an einem anderen Ort, je nach Wettbewerbsergebnis. Ich weiss, Politiker – ich bin selber ja auch einer – wir sind ungeduldig. Wir müssen aber diese Geduld und diese Weitsicht haben, heute einen Entscheid zu fällen, welcher erst in 20 bis 25 Jahren zum Tragen kommen wird.

In diesem Sinne danke ich für die gute und spannende Diskussion.

Beschluss über Antrag an Stimmberechtigte

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 1. Dem Kauf des Grundstücks Köniz / 37 (Schwarzenburgstrasse 230-236) zu einem Kaufpreis von 32.5 Mio. CHF wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, über alle Folgeverträge aus diesem Geschäft zu beschliessen und dabei auch kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vorzunehmen.

(Abstimmungsergebnis: 33 dafür / 3 dagegen / 2 Enthaltungen)

Beschluss über Änderungsantrag zur Botschaft

Das Parlament stimmt folgendem Änderungsantrag des Gemeinderats zu ab:

Die Gemeinde möchte das Areal Schwarzenburgstrasse 230-236 an zentraler Lage am Brühlplatz in Köniz für 32,5 Mio. CHF kaufen (mit **Mietobjekte** OTTO'S und UBS). [...]

(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung)

Beschluss Schlussabstimmung Botschaft

Die bereinigte Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/97

Parlamentarische Initiative (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion)**"Für unverzerrte Proporzahlen"; vorläufige Unterstützung**

Beschluss; Parlamentsbüro

Initiativtext**Antrag**

Die rechtlichen Grundlagen, insbesondere das Reglement über Abstimmungen und Wahlen, werden wie folgt angepasst:

1. Die Sitzzuteilungsmethode für die Gemeinderats- und die Parlamentswahlen wird vom sog. Hagenbach-Bischoff-Verfahren auf das sog. Sainte-Laguë-Verfahren gewechselt. Die Sitzzuteilung wird mit dem Höchstzahlverfahren berechnet.
2. Listenverbindungen sind nur noch innerhalb derselben Gruppierung möglich, analog zur Regelung für Unterlistenverbindungen bei den Nationalratswahlen.
3. Unterlistenverbindungen werden abgeschafft.
4. Für die Zusammensetzung der parlamentarischen Kommissionen ist die Fraktionsstärke massgebend.
5. Die hierfür nötigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen werden rechtzeitig vorgenommen, damit das angepasste Wahlverfahren – unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Organe – bei den nächsten Gemeindewahlen zur Anwendung kommt.

Begründung

Ziel eines gerechten Wahlverfahrens ist, dass jede Stimme denselben Einfluss auf die Zusammensetzung des zu wählenden Gremiums (hier: des Parlaments bzw. des Gemeinderats) hat. Anhand des sogenannten Erfolgswerts (Sitzzahl einer Partei dividiert durch Stimmenzahl der Partei) kann man den Einfluss der einzelnen Stimme messen und vergleichen. Dass jede Stimme denselben Einfluss auf die Zusammensetzung des zu wählenden Gremiums hat, ist dann erreicht, wenn der Erfolgswert bei allen Parteien gleich ist (Erfolgswertgleichheit).

Das Sainte-Laguë-Verfahren optimiert die Erfolgswertgleichheit, sorgt also dafür, dass jede Stimme möglichst denselben Einfluss hat. Deswegen hat sich dieses Verfahren in den letzten Jahren vermehrt durchgesetzt. Das heutige Hagenbach-Bischoff-Verfahren erfüllt die gewünschte Eigenschaft nicht: es bevorteilt grosse Parteien und Bündnisse. Somit verleiht es den Wähler:innen dieser Parteien und Bündnisse einen grösseren Einfluss pro Stimme. Diese Verzerrung soll bei den Proporzahlen der Gemeinde Köniz aufgehoben werden.

Mit dem Wechsel auf ein unverzerrtes Wahlsystem funktioniert das Wahlsystem auch weitgehend ohne Listenverbindungen. Unterlistenverbindungen sind gar nicht mehr nötig. Dadurch wird das System transparenter und einfacher verständlich. Einzig innerhalb derselben Gruppierung sollen Listenverbindungen noch möglich sein, zum Beispiel also zwischen Mutterpartei und Jungpartei.¹

Im Weiteren soll die Sitzverteilung in den parlamentarischen Kommissionen, wie in anderen Parlamenten üblich, neu auf der Fraktionsstärke beruhen. Da die Parlamentsarbeit entlang der Fraktionen organisiert ist, sollen auch die Kommissionssitze an die Fraktionen vergeben werden. Im Vordergrund steht der Ansatz, dass das Sainte-Laguë-Verfahren auf die Fraktionsstärke (also auf die Anzahl Sitze der Fraktion) angewandt wird.

¹ Vgl. Art. 31 Abs. 1bis des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1978/688_688_688/de#art_31) bzw. Art. 8c der Verordnung über die politischen Rechte (https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1978/712_712_712/de#art_8_c) und die Auslegung durch die Bundeskanzlei. Die Bundeskanzlei hat ihre Auslegung in Kapitel 3.5.2 des «Leitfadens für kandidierende Gruppierungen» für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 (<https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/pore/Leitfaden%20f%C3%BCr%20kandidierende%20Gruppierungen%202023.pdf.download.pdf/Leitfaden%20f%C3%BCr%20kandidierende%20Gruppierungen%202023.pdf>) definiert.

Diese parlamentarische Initiative stimmt weitgehend mit der Motion V2222 («Für unverzerzte Proporzahlen») überein, welche am 13. März 2023 vom Parlament erheblich erklärt wurde. Obwohl die Motion inhaltlich klar und rechtssetzerisch sehr einfach erfüllbar ist, hat der Gemeinderat die Umsetzung unnötig in die Länge gezogen. Am 6. Mai 2024 debattierte das Parlament einen von der Gemeindepräsidentin in Auftrag gegebenen Bericht zum Thema. Die Sprecher:innen der Fraktionen, die seinerzeit der Motion zugestimmt hatten, forderten den Gemeinderat auf, eine Vorlage vorzulegen, die den Wechsel der Sitzzuteilungsmethode vom Hagenbach-Bischoff-Verfahren zum Sainte-Laguë-Verfahren beinhaltet, wie es auch der Motionsauftrag vorsieht, und Formulierungen für den Umgang mit parteiinternen Listenverbindungen vorzuschlagen. Seitens Gemeinderat war am Ende zu hören, er sei aus der Debatte nicht schlauer geworden. Weder mit solchen Aussagen noch mit seinem bisherigen Vorgehen vermittelt der Gemeinderat den Eindruck, dass er willens ist, den Motionsauftrag zu erfüllen. Deswegen ist es nun an der Zeit, dass das Parlament diese im Grunde einfache Aufgabe selbst an die Hand nimmt und dabei auch die Frage der Listenverbindungen klärt.

Diese parlamentarische Initiative verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- Das in Köniz angewendete Proporzwahlssystem soll unverzerrt werden, so dass die Erfolgswertgleichheit optimiert wird.
- Es sollen nur noch einparteiige Listenverbindungen möglich sein.
- Die parlamentarischen Kommissionen werden aufgrund der Fraktionsstärke zusammengesetzt.
- Die Umsetzung soll so erfolgen, dass die Stimmberechtigten noch rechtzeitig für die Wahlen 2025 über den Systemwechsel abstimmen können.

Eingereicht am 27. Juni 2024

Unterschrieben von 1 Parlamentsmitglied

Casimir von Arx

Antwort des Parlamentsbüros

1. Formelle Prüfung

Das Parlamentsbüro hat die formellen Voraussetzungen der Eingabe gemäss Art. 64 des Geschäftsreglement des Parlaments (GRP) am 28.8.2024 geprüft und festgestellt, dass diese erfüllt sind.

2. Vorgeschichte und Umsetzung der Motion

Das Anliegen der parlamentarischen Initiative deckt sich weitgehend mit dem Anliegen der Motion V222 "Für unverzerzte Proporzahlen", welche am 13. März 2023 vom Parlament mit 21 zu 17 Stimmen erheblich erklärt wurde. Für die Erfüllung der Motion hat der Gemeinderat eine Frist von 2 Jahren. In einem ersten Schritt hat der Gemeinderat einen externen Bericht beim unabhängigen Büro "Recht & Governance" in Auftrag gegeben, in welchem die offenen Fragen betreffend die Bedeutung des Sainte-Laguë-Wahlverfahrens bei Exekutivwahlen und betreffend die Kombination des Sainte-Laguë-Wahlverfahrens mit Listenverbindungen vertieft abgeklärt wurden. Der Gemeinderat hat dem Parlament diesen Bericht an der Parlamentssitzung vom 6. Mai 2024 vorgelegt. Er hat ausserdem in Aussicht gestellt, auf der Parlamentsdebatte die weiteren Schritte für die Erfüllung der Motion vorzunehmen. Das Parlament hat den Bericht mit 10 Stimmen zustimmend, 30 Stimmen teilweise zustimmend, 0 Stimmen ablehnend zur Kenntnis genommen. An seiner Sitzung vom 29. Mai 2024 hat der Gemeinderat über das weitere Vorgehen beschlossen und die Geschäftsprüfungskommission informiert.

Am 26. Juni 2024 hat der Gemeinderat den Antrag auf eine Verlängerung der Erfüllungsfrist bis Ende April 2026 eingereicht. Der Gemeinderat hat die Verlängerung der Erfüllungsfrist mit dem Argument der Rechtssicherheit für die Gesamterneuerungswahlen Ende 2025 begründet.

Das Parlamentsbüro hat die Verlängerung der Erfüllungsfrist am 28.8.2024 abgelehnt.

3. Vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative (PI)

Das Parlamentsbüro hat folgende Gründe für/gegen die vorläufige Unterstützung erwogen:

1. Gründe für die vorläufige Unterstützung	Gründe gegen die vorläufige Unterstützung
<p>Es ist ungewiss, ob der Gemeinderat gewillt ist, dem Parlament und der Stimmbevölkerung mit der nötigen Überzeugung rechtzeitig eine mehrheitsfähige Vorlage zu unterbreiten, zumal er erhebliche rechtliche Bedenken geäussert und sich dafür ausgesprochen hat, die Volksabstimmung zum Wahlsystem erst <u>nach</u> den Gesamterneuerungswahlen durchzuführen. Die Gründe für dieses Vorgehen hat der Gemeinderat im Antrag auf eine Fristverlängerung der Motion V2222 dargelegt.</p>	<p>Der Gemeinderat ist trotz erheblichen rechtlichen Bedenken bereit, den Motionsauftrag V2222 rechtzeitig zu erfüllen (d.h. bis 13. März 2025) und dem Parlament (am 10.2.2025) und der Stimmbevölkerung (am 18.5.2025) die Vorlage <u>vor</u> den Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2025 zu unterbreiten.</p>
<p>Weist das Parlament die Vorlage des Gemeinderats zurück oder beschliesst es Abänderungen, die zusätzlicher Abklärungen bedürfen, wird die Zeit knapp, der Stimmbevölkerung die Vorlage vor den Gesamterneuerungswahlen zu unterbreiten.</p>	<p>Die Zeit, welche dem vorbereitenden parlamentarischen Gremium zur Verfügung steht, um dem Parlament die Vorlage rechtzeitig vor den Gesamterneuerungswahlen vorzulegen ist knapp. Zusätzliche Zeit nehmen folgende Massnahmen und Vorgaben während dem Erarbeitungsprozess in Anspruch:</p> <p>Die administrative Begleitung der Vorlage erfolgt durch die Fachstelle Parlament. Das vorberatende Gremium müsste durch externe juristische Fachpersonen unterstützt werden. Bevor das Gremium die Arbeit aufnehmen kann, muss es deshalb Offerten einholen und die Kredite und die Vergabe der externen Mandate beschliessen. Das vorbereitende Gremium und die Fachstelle müssen sich zudem in die Materie vertieft einlesen.</p> <p>Der Prozess der Erarbeitung bedingt den Einbezug des Gemeinderats in zwei Phasen mit entsprechenden Fristen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Einbezug zuständige Direktionsvorsteherin mit Antragsrecht 3. Stellungnahme Gemeinderat zur finalen Vorlage als Beilage zum Parlamentsantrag. <p>Da es sich um eine Änderung eines Reglements der Stimmbevölkerung handelt, muss die Reglementsanpassung dem kant. Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vorprüfung vorgelegt werden.</p> <p>Demgegenüber sichert der Gemeinderat eine Vorlage vor den Gesamterneuerungswahlen 2025 zu.</p> <p>Die Vorlage des Gemeinderats wäre somit früher bereit und könnte (bei Annahme der Stimmbevölkerung) für die Gesamterneuerungswahlen 2025 bereits zur Anwendung kommen.</p>

Das Parlament bzw. das vorbereitende Gremium stellt sicher, dass die Vorlage in ihrem Sinn ausgearbeitet wird.	Die Gefahr von Rechtsunsicherheiten und das Risiko, dass Beschwerden gegen die Wahlen eingehen, werden allenfalls durch den engen Zeitplan erhöht.
	Der Gemeinderat hat für die Erfüllung der Motion eine Frist von 2 Jahren. Diese Frist läuft noch bis zum 13.3.2025.
Die parlamentarische Initiative ist das geeignete Instrument, um dem Willen der Parlamentsmehrheit Nachdruck zu verschaffen. Das Parlament übernimmt den Lead für die Ausarbeitung der Vorlage.	Mit der vorläufigen Unterstützung der PI entsteht der Verwaltungsaufwand bei der Fachstelle Parlament, welche über deutlich weniger personelle Ressourcen und über weniger spezifisches Knowhow verfügt als die DPF. Es ist davon auszugehen, dass die Ausarbeitung durch ein vorberatendes Gremium mehr Zeit in Anspruch nehmen und mehr Kosten generieren würde.

4. Fazit

Mit der Motion "Für unverzerrte Proporzahlen" hat das Parlament dem Gemeinderat den klaren Auftrag erteilt, rechtzeitig die nötigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen vorzunehmen, damit das neue Wahlverfahren (unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmbevölkerung) bei den nächsten Gemeindewahlen angewendet werden kann.

Mit der vorläufigen Unterstützung der parlamentarischen Initiative kann das Parlament selber ein Gremium einsetzen, welches die Vorlage ausarbeitet. Der Zeitplan für die Ausarbeitung einer Vorlage durch ein vorbereitendes parlamentarisches Gremium ist zwar sehr eng, aber machbar.

5. Stellungnahme des Gemeinderats

Gemäss Art. 64e des Geschäftsreglements des Parlaments kann der Gemeinderat innert zwei Monaten zur Initiative Stellung nehmen. Die Stellungnahme des Gemeinderats liegt dem Parlamentsantrag bei (siehe Beilage). Der Gemeinderat empfiehlt, die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative abzulehnen.

Antrag Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die parlamentarischen Initiative "Für unverzerrte Proporzahlen" wird vorläufig unterstützt.
2. Sofern das Parlament die vorläufige Unterstützung erteilt, beauftragt das Parlament das Parlamentsbüro mit der Ausarbeitung der Vorlage zu Händen des Parlaments.

Köniz, 28.8.2024

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- Stellungnahme Gemeinderat vom 15.8.2024

Diskussion

Erstunterzeichner, Casimir von Arx, GLP: Wir sprechen heute Abend erneut über den Wahlsystemwechsel, den das Parlament vorletzten Winter bestellt hat. Fast auf den Tag genau vor einem halben Jahr fand die letzte Debatte statt.

Einige Dinge haben sich seit dann nicht geändert:

1. Unser heutiges Wahlsystem für Gemeinderat und Parlament, genauer, die Sitzzuteilungsmethode, ist verzerrt. Das führt dazu, dass nicht jede Stimme denselben Einfluss darauf hat, wie der Gemeinderat bzw. das Parlament zusammengesetzt ist. Stimmen, die an grosse Parteien oder grosse Bündnisse gehen, haben aufgrund der Verzerrung tendenziell mehr Gewicht.
2. Vorletzten Winter hat das Parlament darum ein unverzerrtes Wahlsystem bestellt, bei dem die Sitze nach dem sogenannten Sainte-Laguë-Verfahren verteilt werden. Dieses System bildet den Wähler:innen-Willen unbestrittenermassen genauer ab als das heutige System, und zwar sowohl bei den Parlaments- wie auch bei den Gemeinderatswahlen.
3. Diverse Kantone und Gemeinden in der Schweiz haben das erkannt und verteilen ihre Sitze heute im Wesentlichen gemäss dem Sainte-Laguë-Verfahren. Auch die zuständige Nationalratskommission hat es erkannt und einen entsprechenden Wechsel für das Wahlsystem des Nationalrats bestellt. Neu ist einzig, dass inzwischen auch die zuständige Ständeratskommission sich für den Systemwechsel ausgesprochen hat.

Die Debatte vor einem halben Jahr diente dem Gemeinderat angeblich dazu, herauszufinden, ob das Parlament das Wahlsystem auch für den Gemeinderat ändern wolle und inwiefern es bei einem Wahlsystemwechsel noch Listenverbindungen brauche. Die erste Frage wurde bereits in der Motion glasklar beantwortet: Ja, natürlich auch für den Gemeinderat. Was die zweite Frage angeht, so wurde der Gemeinderat damals aufgefordert, eine Formulierung vorzulegen, die nur noch Listenverbindungen in derselben Partei zulässt und damit mehr Transparenz schafft. Trotzdem hiess es seitens der zuständigen Gemeinderätin am Schluss, sie sei aus der Debatte nicht viel schlauer geworden.

Weil der Gemeinderat damals zudem die Antwort schuldig blieb, wie nun eigentlich sein Zeitplan aussieht, und weil erhebliche Zweifel bestanden, dass er gedenkt, die Motion rechtzeitig umzusetzen, haben wir eine parlamentarische Initiative formuliert: Sie stellt klar, was zu tun ist, so dass es alle verstehen. Und sie gibt dem Parlament den Lead, damit es den Zeitplan selber festlegen kann.

Wir haben in Ziffer 4 zudem darauf hingewiesen, dass es nach Abschaffung der überparteilichen Listenverbindungen keinen Sinn mehr ergibt, die Kommissionssitze in einem Verfahren zu verteilen, das auf die Listenverbindungen abstellt. Wie es in anderen Parlamenten üblich ist, sollen die Kommissionssitze einfach auf die Fraktionen verteilt werden. So viel zur Ausgangslage und zum Inhalt.

Ich danke dem Parlamentsbüro, dass es die vorläufige Unterstützung dieser parlamentarischen Initiative beantragt. Ich möchte an dieser Stelle auch die Auslegeordnung des Büros würdigen:

Der Zeitplan ist eng. Wenn das neue Wahlsystem für die Wahlen nächsten Herbst zum Tragen kommen soll, muss es spätestens im Mai eine Volksabstimmung geben, und dazu muss die Vorlage im Februar vom Parlament verabschiedet werden, also in gut drei Monaten. Das ist, wie das Büro schreibt, zeitlich machbar, aber eng. Die Absender der parlamentarischen Initiative und der Motion haben sich diese Situation so nicht gewünscht. Wir werden sicher noch auf die Vorgeschichte zu sprechen kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir behandeln heute Abend gleich zwei parlamentarische Initiativen, die zustande kamen, weil der Gemeinderat seinen Auftrag nicht bzw. in zweifelhafter Art und Weise erfüllt.

Mit einer parlamentarischen Initiative kann man den Gemeinderat übersteuern. Vielleicht erinnert Ihr euch: Vor fast auf den Tag genau drei Jahren haben wir das Instrument parlamentarische Initiative eingeführt. Der Gemeinderat wollte, dass man ihn nicht übersteuern kann. Das Parlament lehnte diese Einschränkung ab – in weiser Voraussicht, wie sich jetzt zeigt. Natürlich ist das Parlament aber immer frei, zu entscheiden, ob es tatsächlich von der Übersteuerung Gebrauch machen will.

Der Gemeinderat hat die Sache nun noch weiter verkompliziert. Er hat sich inzwischen, unter dem Druck der sich abzeichnenden parlamentarischen Initiative, dazu geäussert, wie er weiter vorgehen und bis wann er etwas liefern möchte. Wie sagt man so schön: Besser spät als nie. Aber eben auch: Besser rechtzeitig als zu spät.

Es gilt nun, die Abwägung zu machen. Ich verstehe, wenn man angesichts der wenigen verbleibenden Zeit nun genau überlegt, wie der Weg zum Ziel aussehen soll. Es gibt verschiedene Wege. Ich schlage euch vor, Weg 1 zu beschreiten und die parlamentarische Initiative zu unterstützen. Da wissen wir, was wir haben. Weg 2, also die Ablehnung der parlamentarischen Initiative, bedeutet, dass der Gemeinderat wieder am Zug ist. Was wir auf diesem Weg erhalten und vor allem bis wann und mit wie vielen Extrarunden, bleibt unklar. Danke für Eure Unterstützung

Fraktionssprecher/in SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Die Frist für den Gemeinderat, um die Motion "Für unverzerrte Proporzahlen" zu erfüllen, läuft noch bis 13. März 2025. Trotzdem ist eine parlamentarische Initiative zu derselben Materie eingereicht worden.

Gemäss Antrag, weil der Gemeinderat den Eindruck vermittelt habe, dass er nicht willens sei, den Motionsauftrag rechtzeitig zu den Gesamterneuerungswahlen im September 2025 zu erfüllen und die Umsetzung daher unnötig in die Länge gezogen habe.

Der Vorprüfung des Parlamentsbüros und der Stellungnahme des Gemeinderates ist jedoch zu entnehmen, dass der Gemeinderat trotz erheblichen rechtlichen Bedenken bereit ist, den Motionsauftrag rechtzeitig zu erfüllen, damit die Vorlage der Stimmbevölkerung am 18. Mai 2025, also noch vor den Gesamterneuerungswahlen, unterbreitet werden kann.

Was passiert wenn wir die parlamentarische Initiative ablehnen? Dann wird der Gemeinderat gemäss eigenen Aussagen die Motion fristgerecht erfüllen, indem er bis spätestens im Februar 2025 dem Parlament eine Vorlage zu Händen der Stimmbevölkerung vorlegen wird, sodass die Vorlage im Mai der Stimmbevölkerung unterbreitet werden kann. Was passiert wenn wir die parlamentarische Initiative annehmen? Dasselbe: Aber es kostet lediglich mehr. Weil dann wird gemäss Geschäftsreglement des Parlaments eine vorbereitende parlamentarische Kommission oder das Parlamentsbüro mit der Ausarbeitung einer Vorlage zuhänden des Parlaments beauftragt.

Sowohl das Parlamentsbüro, als auch die parlamentarische Kommissionen verfügen über viel weniger Ressourcen und fachliches Knowhow als die Gemeindeverwaltung, welche sich bereits intensiv mit dieser Materie auseinandergesetzt hat. Was die Umstellung des Wahlsystems noch vor den Gesamterneuerungswahlen entweder unwahrscheinlicher oder viel kostenintensiver macht, da die fehlenden Ressourcen und das Fachwissen extern eingekauft werden müssen. Unter dem Strich will die parlamentarische Initiative weitestgehend dasselbe wie die Motion mit demselben Zeitplan. Die SP/JUSO-Fraktion erkennt darin keinen Mehrwert, sondern vor allem Mehrkosten: Sie lehnt daher die parlamentarische Initiative ab.

Dem Antrag des Parlamentsbüros ist zu entnehmen, dass das Parlamentsbüro mit der Ausarbeitung der Vorlage beauftragt werden soll. Im Antrag fehlt die Begründung, warum das Parlamentsbüro das passende Gremium sein soll: Anders, als dies in der Vergangenheit bei parlamentarischen Initiativen der Fall, war, als tabellarisch das Für und Wider der verschiedenen parlamentarischen Kommissionen aufgeführt worden ist. Diese Diskussion fehlt im Antrag.

Die SP/JUSO-Fraktion stellt darum den Antrag, dass sofern diese parlamentarische Initiative angenommen wird, die GPK mit der Ausarbeitung der Vorlage beauftragt wird. Begründung: Gemäss der Antwort des Gemeinderats in der Zusammenfassung der Vernehmlassungsantwort zur Revision des GPK-Reglements kann die GPK bereits gemäss den heutigen Regelungen eine Vorlage bei der Umsetzung von parlamentarischen Initiativen erarbeiten. Im Entwurf des revidierten GPK-Reglements - welches wir an der Reservesitzung diskutieren werden - ist die Erarbeitung von Vorlagen aufgrund einer parlamentarischen Initiative bei den Erläuterungen zu Art. 15 Abs 1 explizit aufgeführt. Die GPK verfügt über ausreichend Erfahrung in der kritischen Beurteilung und Erarbeitung von Geschäften und ist daher das passende vorbereitende Gremium.

Ich würde mich freuen, wenn ihr diesem Antrag folgen würdet, falls es überhaupt so weit kommt, was wir nicht hoffen.

Fraktionssprecher/in FDP, Heidi Eberhard, FDP: Deine Aussage zur GPK stimmt mich für die nächste Sitzung zuversichtlich – dies in Klammern. Die Begründung zur Initiative und die Vorgeschichte sind den aufbereiteten Unterlagen zu entnehmen. Das Anliegen der Initiative deckt sich weitgehend mit dem Anliegen der Motion V2222 "für unverzerzte Proporzahlen", welche im März 2023 durch das Parlament erheblich erklärt wurde. Die Erfüllungsfrist läuft bis am 13. März 2025. Das Parlament wird sich am 10. Februar 2025 mit der Vorlage des Gemeinderats befassen. Die Stimmbevölkerung wird dann im Mai darüber befinden.

Der eng getaktete Plan wurde von Casimir von Arx bereits erwähnt. Heute geht es aber um den Antrag des Parlamentsbüros und die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative für die unverzerrten Proporzahlen. Der Gemeinderat empfiehlt, wie wir bereits gehört haben, den Antrag abzulehnen. Das Parlamentsbüro beantragt, die parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen.

Wir haben in unserer Fraktion dieses Geschäft eingehend diskutiert, die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels bei der Sitzzuteilungsmethode für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen vom heute wohl bekannten Hagenbach-Bischoff-Verfahren auf das aktuell uns in der Praxis noch nicht vergleichbar bekannte Sainte-Laguë-Verfahren zu wechseln. Das haben wir alles besprochen. Unbestritten ist bei allen, dass Abstimmungsergebnisse nach potentiell neuem Wahlsystem – eben nach diesem Sainte-Laguë – die einzelnen Stimmen der Wählerschaft besser abbilden, da jede Stimme das gleiche Gewicht hat. Das spricht definitiv dafür. Listenverbindungen sind nur innerhalb derselben Gruppierungen möglich, Unterlistenverbindungen werden abgeschafft. Wir stehen inhaltlich nach wie vor zu dieser Initiative.

Ein Systemwechsel hat bestimmt stets seine Tücken. Unbestritten ist mit Neuem auch Unbekanntes verbunden. Ob ein neues Wahlverfahren jetzt aber im Jahr 2025 zur Anwendung kommt oder später bei den Gemeindewahlen 2029 - es ist wie es ist. Erfahrungen können bekanntlich nur gesammelt werden, wenn ein neues System angewendet und Erkenntnisse daraus gewonnen worden sind. Wie eingangs erwähnt, die Diskussion in der Fraktion war rege, wir haben keinen einheitlichen Nenner gefunden. Aus der Fraktion FDP/Die Liberalen gibt es für den vorliegenden Antrag des Parlamentsbüros für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative für unverzerzte Proporzahlen sowohl Zustimmungen als auch vereinzelte Enthaltungen. Den Antrag der SP/JUSO-Fraktion lehnen wir ab, obwohl Géraldine ja gut gesprochen hat, dass die GPK gewisse Sachen zusätzlich machen kann.

Fraktionssprecher/in Grüne/Junge Grüne, Dominik Fischli, Grüne: Mittlerweile bin ich ein bisschen mehr als ein Jahr im Parlament. In dieser Zeit wurde oft über die Steigerung der parlamentarischen Effizienz diskutiert – Kosten will man sparen. Im Gegensatz dazu führt die vorliegende parlamentarische Initiative zu mehr Aufwand für das Parlament, zusätzliche Expertenkosten und zeugt von einem Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat. Das ist eine Dynamik, welche sehr schädlich sein kann. Das ist ein starker Kontrast zu den anfänglichen Effizienzsteigerungsdiskussionen.

Aus den Unterlagen ist klar, dass der Gemeinderat die Motion zu unverzerrten Proporzahlen am Bearbeiten ist. Spätestens im Februar 2025 wird uns das Resultat seiner Arbeit vorgelegt und im besten Fall wird es am 18. Mai dem Volk zur Abstimmung freigegeben. Die bürgerliche Meinung - welche aber auch gespalten ist, wie wir gehört haben - dass dies nicht ausreicht und man parallel dazu eine Vorlage ausarbeiten, selber externe Experten und interne Fachpersonen mehrfach belasten müsse, diese verstehen wir von Grünen/Junge Grünen-Fraktion nicht. Wir sind dagegen, eine zweite Baustelle zur gleichen Brücke zu eröffnen. Anstatt Effizienz, wünscht sich diese Initiative Kontrolle, anstatt Kosten zu sparen, werden Experten zweimal von der Gemeinde zitiert, einmal von der Verwaltung und einmal vom Parlament. Weiterhin finden wir es nicht optimal, dass das Parlamentsbüro zum Zeitpunkt der Bearbeitung der parlamentarischen Initiative durch den Alleinunterzeichnenden geleitet wird. In diesem Punkt stimmen wir dem Antrag der SP zu, dass die Initiative, im Fall einer Unterstützung durch die GPK bearbeitet wird. Zur Arbeit, welche auf die betroffenen Parlamentsmitglieder zukommt – wir haben es gehört, der Zeitplan ist eng: Es werden diverse Arbeiten innerhalb kurzer Zeit umgesetzt werden müssen, das ist ein Mehraufwand für alle Betroffenen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies die bürgerliche Vorstellung von Effizienz ist.

Wenn die Arbeit fertig ist, dann muss ein Geschäft auch noch auf Rechtskonformität geprüft werden, besonders bei einem Schlüsselgesetz wie diesem. Das heisst, das AGR muss noch beigezogen werden. Das alles führt zu einem umso strengeren und strapazierten Zeitplan. Diese Initiative hat aus unserer Sicht keinen Mehrwert für das Parlament und wirkt zwängerisch gegenüber der Verwaltung. Dementsprechend lehnen wir von den Grünen/Jungen Grünen diese Initiative klar ab.

Fraktionssprecher/in SVP, Reto Zbinden, SVP: Wie vom Sprecher der parlamentarischen Initiative erwähnt, ist der Blick zurück sehr wichtig, um überhaupt zu verstehen um was es hier geht. Weil wir im Mai 2024 vom Gemeinderat keinen konkreten Vorschlag zur Umsetzung der überwiesenen Motion "für unverzerzte Proporzahlen" vorgelegt erhielten und hier durchaus eine Verzögerungstaktik moniert werden konnte, kam es überhaupt erst soweit, dass die parlamentarische Initiative eingereicht worden ist.

Inzwischen ist Entscheidendes gegangen: Das Parlamentsbüro hat den Fristverlängerungsantrag des Gemeinderates abgelehnt. Der Gemeinderat muss also die Motion spätestens in der Februarsitzung 2025 wieder dem Parlament vorlegen und er hat auch in Aussicht gestellt, dass er dies tun wird. Wir entscheiden heute also nicht über die Änderung des Wahlsystems, sondern über den Prozess. Das ist wichtig und entscheidend für die Abstimmung. Es geht nur um den Prozess.

Die SVP unterstützt weiterhin die Änderung hin zu einem faireren und ausgewogeneren Wahlsystem. Jede Stimme soll in Köniz gleich viel wert sein. Köniz kann hier eine Vorbildrolle einnehmen und ein absolut faires Wahlsystem einführen. Es ist zu hoffen, dass andere grosse Gemeinden dies zum Vorbild nehmen werden.

Da es um den Prozess geht, haben wir trotz dieser klaren Unterstützung für den Wahlsystem Wechsel, intensiv und kontrovers über diese parlamentarische Initiative diskutiert. Es gibt durchaus Argumente welche den Prozess betreffen, warum man heute diese vorläufige Unterstützung nicht gewähren und dem Parlamentsbüro diese Arbeit nicht aufbürden soll:

- Es entstünde eine Doppelspurigkeit mit der parallelen Ausarbeitung durch den Gemeinderat. Da wir selber stets gegen Doppelspurigkeiten kämpfen, fällt es uns sehr schwer hier selber eine zu verursachen.
- Die Prozesse lassen es nicht einfach so zu, das Parlamentsbüro und der Gemeinderat in diesem Prozess zielführend zusammenarbeiten, was natürlich zu wünschen wäre.
- Die Volksvorlage bleibt so oder so in den Händen des Parlaments. Wenn wir nicht einverstanden sind mit dem was der Gemeinderat uns vorlegen wird, können wir immer noch Einfluss nehmen. Beispielsweise auch auf die Abstimmungsbotschaft, welche durch das Parlament verabschiedet wird. Wir behalten also so oder so die Zügel in der Hand.

Die SVP hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Ein grosser Teil der Fraktion wird sich enthalten. Mit dieser Enthaltung sagt die Fraktion ja, zum Wahlsystemwechsel, aber nein, zu einer Doppelspurigkeit. Ich selber werde weiterhin zustimmen. Das Parlamentsbüro wäre bereit und kompetent diese Arbeit zu leisten. Persönlich würde ich sehr gerne bei der Ausarbeitung mitarbeiten und hätte mir auch gewünscht, dass wir hier eine Chance für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlamentsbüro ergriffen hätten.

Ihr habt es gemerkt, mein Votum enthält viele Konjunktive. Trotz der klaren Unterstützung für den Wahlsystem Wechsel rechne ich nach den Voten nicht mehr damit, dass das Parlament dem Büro den Auftrag erteilen wird.

Noch einige Worte zum Antrag der SP/JUSO-Fraktion: Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass in Zeiten, in welchen wir immer wieder über die Belastung des Parlaments und insbesondere der GPK-Mitglieder diskutieren, ausgerechnet der GPK diese Mehrarbeit aufgebürdet werden soll. Ich bin gespannt auf die Voten an der nächsten Sitzung beim Traktandum GPK-Reglement. Ich rechne damit, dass dort des Öfteren zu hören sein wird, dass die Belastung der GPK hoch ist und nicht noch mehr steigen darf. Und dann kommt trotzdem dieser Antrag und man will dies der GPK nochmals aufbürden. Das sorgt bei mir für Stirnrunzeln und auch die Begründung hat die Runzeln nicht kleiner werden lassen. Darum wird die SVP diesen Antrag einstimmig ablehnen.

Fraktionssprecher/in EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Parlamentsbüro für die Unterlagen und lädt euch ein, der parlamentarischen Initiative zuzustimmen. Auf diesem Weg hätten wir als Parlament die Möglichkeit, die Vorlage rechtzeitig für die nächsten Wahlen auszuarbeiten.

Der Gemeinderat verspricht uns zwar ebenfalls eine fristgerechte Ablieferung der Vorlage, allerdings nur, Zitat: "falls das Parlament keine Rückweisung oder Abänderungen beschliesst, welche zusätzlicher Abklärungen bedürfen." Mit anderen Worten: Wir müssten genau dem zustimmen, was uns der Gemeinderat vorlegt. Oder bis zu den übernächsten Wahlen warten auf das Prinzip "Jede Stimme zählt gleich".

Der Gemeinderat stellt in seiner Stellungnahme die Frage, ob es zwei Volksabstimmungen braucht. Die Antwort ist natürlich "Nein": Das Parlament wird nur eine Vorlage beschliessen.

Etwas handfester ist die Befürchtung, dass zwei verschiedene Organe parallel zum selben Thema eine Volksvorlage ausarbeiten würden. Das wäre tatsächlich ineffizient. Wir haben die Befürchtung von Doppelspurigkeiten gehört. Der Gemeinderat könnte allerdings sehr gerne stattdessen einen Antrag auf Abschreibung der Motion stellen, falls wir heute die parlamentarische Initiative überweisen.

Den Antrag der SP/JUSO-Fraktion, den Auftrag der Geschäftsprüfungskommission zu erteilen statt dem Parlamentsbüro lehnen wir ab. Das Parlamentsbüro macht seine Arbeit gut. Der GPK sollten wir nicht noch mehr Aufgaben aufbürden. Noch zu Dominik Amacher: Diese Vorprüfung beim AGR wurde meines Wissens bereits gemacht.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Als Replik zum SVP-Fraktionssprecher: Das man hier die GPK vorschlägt, das ist nicht aus einer Laune heraus entstanden, sondern das geschah einerseits, weil die Begründung für die Zuteilung dieser Beauftragung im Antrag fehlt - anders als dies in der Vergangenheit der Fall war - und weil in der jetzigen Praxis und in der skizzierten Praxis im Entwurf, dies bereits so angedacht ist. Das ist also nicht auf dem Mist der SP/JUSO gewachsen, sondern das ist gängige Praxis und skizzierte Zukunft.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ja, es gibt Momente, in welchen etwas Humor wirklich gesund ist. Zum Glück bin ich eine fröhliche Person. Es ist unmöglich, in diesem Votum, welches ich jetzt halte, auf alles einzugehen, was falsch ist, was gesagt wurde. Darum beschränke ich mich nur auf die krassesten Missverständnisse – nennen wir sie mal so.

Der Gemeinderat hat jederzeit transparent über sein Vorgehen informiert. Es ist eine wichtige Vorlage, da sind wir uns alle einig und ich habe auch nichts anderes gehört. Es geht um eine Änderung des Wahlsystems, das muss man beim AGR vorprüfen lassen. Der Gemeinderat liess - weil in der Erstdebatte, als es um die Unterstützung dieser Motion ging, von mehreren Leuten Fragen gestellt wurden und er auch selber noch Fragen hatte - einen Bericht erstellen. Wir hätten diesen auch für uns behalten und euch diesen erst zeigen können, wenn wir den Antrag bringen. Doch wir wollten transparent sein und das mit euch anschauen. Denn, wie richtig gesagt wurde, man muss es ja beim AGR vorprüfen lassen und es wäre gut, bevor man in die Vorprüfung geht, dass man weiss, was man ungefähr in diesen Artikel reinschreiben soll. Wir wollten dort abholen, wie die Situation im Parlament ist, ob dies weiterhin so unterstützt wird und in welche Richtung wir dies machen sollen. Wir haben sofort nach dieser Parlamentsdebatte die GPK über das weitere Vorgehen informiert. Wir hätten keine Fristverlängerung schriftlich bei euch beantragen müssen, wir hätten dies ja auch erst im Februar oder März machen wollen. Das wollten wir aber nicht, wir wollten auch auf alle Schwierigkeiten hinweisen, welche dieses Vorhaben – auch weil sie gewichtig sind – mit sich bringen. Ihr hattet aber immer die Entscheidungsgewalt - wir haben immer das gemacht, was ihr wolltet.

Wir haben damit begonnen, diesen Antrag zu erarbeiten, bevor diese parlamentarische Initiative eingereicht worden ist. Lange vorher. Das ist schlichtweg wirklich erfunden. Die parlamentarische Initiative trägt in keiner Art und Weise zur Klärung oder zur Vereinfachung bei – im Gegenteil – aber es liegt an euch, ihr dürft gerne diese Doppelspurigkeiten eingehen.

Warum ich gesagt habe, man muss Humor haben: Ich erinnere mich an die Debatte zuvor, beim Budget. Manchmal kommt es mir vor, als wären wir jetzt wieder in einer Parallelwelt und alles, was zuvor gesagt wurde, gilt nicht mehr. Fakt ist: Ihr bekommt den Antrag im Februar. Wir waren bereits einmal beim AGR. Es ist nicht ganz einfach beim AGR, man muss dort alle Sachen erklären, darum ist es klar, ihr könnt Anträge machen, doch wenn ihr massgeblich Sachen total anders macht, dann muss man dies erneut vorprüfen lassen. Das ist aber auch bei euren Anträgen so, wenn ihr diese erarbeitet. Darum haben wir ja maximal viel Inhalt abgeholt – übrigens auch bei der GPK – damit wir einigermaßen sicher sein können, dass wir dies so erarbeiten, wie es das Parlament will. Und da kann ich auf den SVP-Sprecher referenzieren: Die inhaltliche Debatte, zur Umsetzung der Motion, diese findet ganz sicher – ich würde sogar behaupten, das erste Mal – im Februar statt, egal, was ihr jetzt hier zum Prozessualen entscheidet. Und dort könnt ihr dann sagen, ob ihr dafür oder dagegen seid. Und ich kann euch wirklich versichern, wir haben im Sinn, dies so, wie es von euch in der Motion beantragt worden ist, mit den Ergänzungen, welche wir auch bei der GPK erhalten haben, auszuarbeiten. Dieses Misstrauen empfinde ich hier wirklich etwas speziell und fehlt am Platz.

Aber, ich finde es wichtig: Wenn ihr diese parlamentarische Initiative unterstützen wollt, es hält euch nichts davon ab. Es wird aber nichts an unserem Fahrplan ändern, welcher läuft. Wir müssen, wenn wir im Februar fristgerecht zu euch kommen wollen, jetzt schon relativ weit sein, ansonsten würden wir es nicht schaffen. In diesem Sinne, müsst ihr selber wissen, ob ihr diese parlamentarische Initiative unterstützen wollt, oder nicht. Ich denke, es vereinfacht das Ganze, wenn ihr es nicht macht, da es einfach bei euch mehr Aufwand geben wird, es wird doppelten Aufwand für die Gemeinde geben, das kostet, es kann auch zu Verwirrungen führen, aber wenn ihr uns gar nicht vertraut, dann ist das vermutlich der beste Weg. Wir werden auf jeden Fall nicht mehr aufhören, denn wir sind nahezu fertig, wir sind sehr weit mit dieser Vorlage und wenn ihr nicht gewollt hättet, dass wir diese erarbeiten, dann hättet ihr uns dies doch etwas früher sagen müssen.

Parlamentsbüro, Selin Lopez, FDP: Damit alle Anwesenden vor Ort und vor den Bildschirmen verstehen, worum es hier geht, müssen wir ein wenig in die Vergangenheit schauen: Wir gehen zurück in das Jahr 2022, damals wurde die Motion "für unverzerrte Proporzahlen" eingereicht und diese wurde im März 2023 vom Parlament auch erheblich erklärt. Wir schauen auf die Uhr, in den Kalender oder wohin auch immer und man merkt, es ist viel Zeit vergangen. Im Mai 2024 wurde das Thema wieder im Parlament behandelt. Leider wurde dann aber kein konkreter Vorschlag zur Umsetzung vom Gemeinderat aufgezeigt. In der Zwischenzeit wurde zudem eine Fristverlängerung für die Umsetzung beantragt, welche vom Parlamentsbüro abgelehnt wurde. Das ist der Grund. Wir gehen davon aus, hätte der Gemeinderat im Mai 2024 einen Entwurf ausgearbeitet gehabt, dann wäre es nicht zur jetzt hier vorliegenden parlamentarischen Initiative gekommen. Das ist der Hintergrund, was sich das Parlamentsbüro überlegt hat und wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Was will nun diese parlamentarische Initiative? Das Wahlsystem in der Gemeinde Köniz ist heute bereits schon ein Proporzsystem. Doch was ist das? Die Mitglieder des Gemeinderates und des Parlaments werden im möglichst korrekten Verhältnis zu ihrer proportionalen Parteistärke gewählt. Als Juristin habe ich gelernt und die meisten können es sicher auch bestätigen: "Iuris non calculate" - Juristen können nicht rechnen – mit einzelnen Ausnahmen natürlich. Und dennoch möchte ich ein kleines fiktives vereinfachtes Rechenbeispiel abgeben: Der Wald besteht aus Füchsen, Hasen, Biber und Bären. Es hat nun fünf Sitze, welche im Waldrat vergeben werden. Es haben 100 Einwohner des Waldes eine Stimme abgegeben an die Fuchse, Hasen, Biber oder Bären. Dabei sind total 40 Stimmen an die Füchse, 20 Stimmen an die Hasen, 12 Stimmen an die Biber und 28 Stimmen an die Bären gegangen. Wenn wir dies nun ausrechnen, dann würden die Füchse 2, die Hasen 1, die Biber 0.6 und die Bären 1.4 Sitze erhalten. Aber habt ihr schon mal einen 0.6-Biber oder 1.4-Bären gesehen? Nein, und deshalb braucht es ein faires Rundungssystem und dieses soll gemäss dieser Initiative mit einer Rundung möglich sein, dem Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë, wobei jede Stimme den gleichen Wert hat. Und so erhalten alle 1 Sitz, ausser die Füchse, diese erhalten 2 Sitze im Waldrat. Bereits heute hat die Gemeinde ein Rundungssystem, jedoch kann es sein – wir gehen davon aus, im Verhältnis zum neuen Rundungssystem Sainte-Laguë - dass dieses kleinere Parteien benachteiligt. Das Parlamentsbüro unterstützt die Initiative vorläufig. Alle formellen Voraussetzungen sind zudem erfüllt. Zudem kann der Antwort des Gemeinderates entnommen werden, dass er lieber erst im 2026 über eine allfällige Anpassung abstimmen lassen will. Das ist nicht wirklich ein Wille zur raschen Umsetzung der Motion und dementsprechend wurde dies auch nicht gutgeheissen, weshalb wir jetzt hier empfehlen, diese Initiative zu unterstützen.

Die parlamentarische Initiative schränkt zudem Listenverbindungen ein: Nur noch Listen derselben Partei können verbunden werden und Unterlistenverbindungen werden abgeschafft. Die parlamentarische Initiative beinhaltet zudem insbesondere einen Punkt, der in der Motion nicht enthalten war: Es werden Kommissionssitze nach Fraktionsstärke verteilt. Da insbesondere der letzte Punkt auch unseren Parlamentsbetrieb betrifft, schlagen wir vor, dass das Parlamentsbüro die Vorlage ausarbeitet - selbstverständlich mit einem externen Berater. Sowohl das Büro wie auch die GPK haben Anknüpfungspunkte und kommen grundsätzlich als vorbereitende Gremien in Frage. Das Büro ist aber für den Parlamentsbetrieb zuständig und weitestgehend auch für die Verteilung der Kommissionssitze. Daher empfehlen wir das Parlamentsbüro. Im weiteren ist das Büro kleiner als die GPK und vermutlich ist es auch einfacher, entsprechende Termine zu finden, damit wir hier rasch voranschreiten können. Zudem ist aufgrund der bereits erwähnten Vorgeschichte davon auszugehen, dass es sinnvoll wäre, wenn die Federführung beim Parlament, also beim Parlamentsbüro bleibt.

Das Parlamentsbüro unterstützt gemäss den gemachten Ausführungen diese Initiative und wir bitten euch die parlamentarische Initiative ebenfalls vorläufig zu unterstützen. Zudem bitten wir euch den Antrag zu unterstützen, dass das Parlamentsbüro die Ausarbeitung der Vorlage zuhanden des Parlaments macht.

Noch ganz kurz zum Votum von Dominic Amacher: Die Erarbeitung dieser parlamentarischen Initiative wird wohl beendet sein, bevor der Erstunterzeichner dann tatsächlich in sein Amt tritt.

Erstunterzeichner, Casimir von Arx, GLP: Im Vergleich zu Sitzzuteilungsverfahren wie Hagenbach-Bischoff und Sainte-Laguë ist unser parlamentarische Abstimmungsprozedere relativ einfach und so ist es unschwer zu erkennen, dass ich diese Abstimmung verlieren werde. Aber in jeder Situation, auch wenn es nicht gut läuft, gibt es immer etwas Positives, man muss lediglich die Augen offen haben. So ist mir aufgefallen, dass ich heute das erste letzte Wort in diesem Parlament halten darf. Das mache ich sehr gerne.

Ich will euch in diesen drei Minuten ein Märchen erzählen, also eine fiktive Geschichte mit fiktiven Charakteren. Die Idee dazu kam mir, als ich das Votum von Selin Lopez gesehen habe.

Vor vielen Jahren gab es einen Wald, in dem Füchse, Hasen, Biber und Bären zusammen lebten. Sie bildeten zusammen einen Waldstaat, welcher von einem Waldrat regiert wurde. Den Vorsitz des Waldrates hatte die Tannenkönigin. Alle 50 Vollmonde durften die Waldbewohner den Waldrat wählen. Sie wandten dafür ein althergebrachtes Wahlsystem an. Eines Tages erreichte den Waldstaat die Kunde, dass ein Weiser aus der Ferne ein besseres Wahlsystem ersonnen hatte. Ein unverzerrtes Proporzverfahren, bei dem jede Stimme gleich viel zählt. Es leuchtete den Waldbewohnern ein, dass dieses System auch für ihren Wald nur Vorteile bot und so dauerte es nicht lange, bis aus ihren Reihen der Wunsch ertönte, den Waldrat künftig gemäss dem Proporzsystem des Weisen zu wählen. Die Tannenkönigin aber, wollte davon nichts wissen. Sie wurde ohnehin nicht im Proporz gewählt und der Proporz war ihr schon immer ein Dorn im Auge – erst recht ein unverzerrter. Er würde ihre geheimen Pläne, den Wald zu unterwerfen, durchkreuzen.

So berief die Tannenkönigin ihre Berater ein, in einer mündlichen Audienz, von der kein Protokoll geführt wurde, wies die Tannenkönigin ihre Berater an, die Waldbewohner in endlose Diskussionen über Sinn und Zweck von Wahlsystemen zu verwickeln und dabei auch das Offensichtliche in Frage zu stellen. Es war ihr so wichtig, dass sie die Berater mit 12'000 goldenen Tannzapfen aus der Schatzkammer des Waldstaates entlohnte. Die Waldbewohner freilich, durchschauten die List, entlarvten die Worte der Berater als parteiisch und irreführend und stellten die Tannenkönigin zur Rede. Sie wollten wissen, warum die Tannenkönigin ihrem Hofstaat nicht längst den Auftrag für den Wahlsystemwechsel erteilt hatte. Die Tannenkönigin aber, versiert im Sprechen, wand sich mit wohlklingenden Worten aus der misslichen Lage und zog sich in ihr Waldschloss zurück.

Meine Redezeit ist beschränkt und darum muss ich an dieser Stelle offen lassen, wie dieses Märchen zu Ende geht. Es gibt Märchen mit Happy End und Märchen mit ernüchterndem Ende.

Beschluss

1. Die parlamentarische Initiative "Für unverzerzte Proporzahlen" wird vorläufig unterstützt.
2. Sofern das Parlament die vorläufige Unterstützung erteilt, beauftragt das Parlament das Parlamentsbüro mit der Ausarbeitung der Vorlage zu Händen des Parlaments.

Beschluss über die Ziffer 1 des Antrags des Parlamentsbüros

Die parlamentarische Initiative "Für unverzerzte Proporzahlen" wird nicht vorläufig unterstützt.

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen gegen vorläufige Unterstützung, 14 Stimmen für vorläufige Unterstützung, 6 Enthaltungen)

PAR 2024/98

Parlamentarische Initiative (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion) "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz", vorläufige Unterstützung

Beschluss; Parlamentsbüro

Initiativtext

Antrag

Die Gemeindeordnung wird um zwei Artikel zum Haushaltsausgleich ergänzt:

Art. 67a Haushaltsausgleich (neu)

- ¹ Der Finanzhaushalt muss auf Dauer im Gleichgewicht sein.
- ² Der Gemeinderat und das Parlament dürfen im Durchschnitt von drei Jahren kein Defizit im Budget der Erfolgsrechnung beschliessen oder beantragen, soweit der Bilanzüberschuss nicht mindestens zwei Steuerzehntel beträgt. Das Parlament kann eine höhere Limite vorsehen. Ein Defizit in den drei entsprechenden Rechnungsabschlüssen muss ab dem übernächsten Budgetjahr bis innerhalb dreier Jahre kompensiert werden.
- ³ Der Selbstfinanzierungsgrad muss mindestens 80 Prozent betragen. Der Gemeinderat weist jährlich die detaillierte Investitionsplanung aus, die die Investitionen für die kommenden Finanzplanjahre priorisiert.
- ⁴ Das Parlament kann in ausserordentlichen Situationen mit einem Mehr von 2/3 seiner Mitglieder eine Ausnahme von den Vorgaben nach Absatz 2 und 3 beschliessen. Die Abweichungen müssen mittelfristig kompensiert werden.

⁵ Der Gemeinderat schafft die notwendigen Controlling- und Risikomanagementsysteme, um die Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten und jährlich nachzuweisen. Das Parlament regelt die weiteren zum Vollzug nötigen Ausführungsbestimmungen in einem Reglement.

Art. 81a Übergangsrecht Haushaltsausgleich (neu)

¹ Der Selbstfinanzierungsgrad muss innert 10 Jahren an das Minimalziel nach Artikel 67a Absatz 3 herangeführt werden.

² Der Gemeinderat legt dem Parlament den Entwurf für das Reglement nach Artikel 67a Absatz 5 bis spätestens ein Jahr nach Annahme von Artikel 67a durch die Stimmberechtigten vor.

Begründung

Köniz weist eine sehr hohe Verschuldung auf. Im Kanton Bern erreichte Köniz im Jahr 2022 den unrühmlichen fünften Platz aller Gemeinden mit 3'182 Franken Nettoschulden pro Einwohner (gesamthaft rund 133 Mio. Fr.). Dies bedeutet gleichzeitig hohe Zinsausgaben.

Die finanziellen Probleme akzentuierten sich im Jahr 2022. Die Gemeinde erreichte die kantonalen Grenzen und es drohte – ohne Steuererhöhung – eine Intervention des Kantons. Im Rahmen der Debatten über die Steuererhöhung hat das Parlament deshalb als weitere Massnahme die Motion 2204 überwiesen, die die Erarbeitung einer «Schuldenbremse» vorsah. Die Überweisung dieses Vorstosses wurde im Rahmen der Volksabstimmung über die Steuererhöhung auch den Stimmberechtigten zur Kenntnis gebracht.

Der Begriff der «Schuldenbremse» referenziert auf entsprechende Instrumente auf Bundes- und kantonaler Ebene. Solche finanzpolitischen Instrumente – international auch «Fiskalregeln» genannt – sind auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe festgeschrieben und sehen verbindliche Regeln für die Führung des Finanzhaushalts vor. Fiskalregeln zählen spätestens seit der Staatsschuldenkrise vor gut fünfzehn Jahren zum *State of the Art* in der Finanzpolitik. Sie führen aufgrund ihrer Verbindlichkeit und Transparenz nicht nur zu einer verbesserten Finanzpolitik, sondern auch zu einer erhöhten Kreditwürdigkeit.

Der Gemeinderat hat dem Parlament zur Umsetzung der Motion 2204 am 6. Mai 2024 eine Finanzstrategie vorgelegt. Die unterzeichnenden Fraktionen sehen mit dieser Strategie weder die notwendige rechtliche Bindung noch die erforderliche materielle Ausdifferenzierung für die Erfüllung der Motion als gegeben. Mit vorliegender parlamentarischer Initiative konkretisieren sie den Auftrag und formulieren die Grundsätze in Form einer Revision der Gemeindeordnung. Dies ermöglicht dem Parlament, das Heft nun selbst in die Hand zu nehmen. Es wird dem vorbereitenden Gremium obliegen, den vorgeschlagenen Artikel bei Bedarf weiter auszuarbeiten.

Umschreibung der Ziele:

Art. 67a Abs. 1

Die zentralen Steuerungsinstrumente des Finanzhaushalts sind Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz. Für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt müssen sich diese auf Dauer im Gleichgewicht befinden.

Art. 67a Abs. 2 (Regel für die Erfolgsrechnung)

Ein dauerhafter Ausgleich erfordert, dass keine systematischen Defizite in der Erfolgsrechnung entstehen (sog. «golden rule»). Dies entspricht auch der Anforderung von Artikel 73 Absatz 2 Gemeindegesetz des Kantons Bern. Die kantonalen Vorgaben greifen indessen erst, wenn der Bilanzüberschuss aufgebraucht ist – gleichzeitig wie auch Interventionen des Kantons erfolgen (Art. 74 ff. Gemeindegesetz). Mit der Ausgleichsregel wird erreicht, dass die Gemeinde jederzeit handlungsfähig bleibt und eine autonome Finanzpolitik verfolgt.

Da die Ausgaben unter Umständen nicht gleichmässig über die Jahre anfallen, ist eine gewisse Flexibilität notwendig. Statt einem strikten jährlichen Ausgleich wird deshalb eine Kaskade vorgeschlagen: Übersteigt die Reserve zwei Steuerzehntel, kann vom Haushaltsausgleich massvoll abgewichen werden. Liegt diese unter zwei Steuerzehntel, muss ein Ausgleich über drei Jahre erreicht werden (zwei Rechnungsjahre und das Budgetjahr). Zwei Steuerzehntel entsprechen derzeit ca. 16 Millionen Franken. Berücksichtigt werden muss auch die finanzpolitische Reserve. Ab Unterschreiten der Grenze müssen Defizite im Durchschnitt der drei Rechnungsabschlüsse in den Folgejahren kompensiert werden.

Die weit gefasste Budgetausgleichsregel belässt den politischen Organen die Wahl der Massnahmen, die bei einem Ungleichgewicht ergriffen werden müssen. Möglich sind Massnahmen auf der Ausgaben- oder Einnahmenseite bzw. eine Kombination davon.

Art. 67a Abs. 3 und Art. 81a Abs. 1 (Regel für die Investitionsrechnung)

Der Ausgleich der Erfolgsrechnung bewahrt ein Gemeinwesen noch nicht vor einem Anstieg der Verschuldung. Diese steigt auch an, wenn die Investitionen nicht über eigene Mittel finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welcher Anteil der Nettoinvestitionen aus eigenen Mitteln finanziert wird. Das Handbuch HRM2 sieht vor, dass in konjunkturrell guten Zeiten ein Selbstfinanzierungsgrad von höher als 100 Prozent angestrebt wird. In konjunkturrell normalen Zeiten sollte dieser 80–100 Prozent betragen. Liegt der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent, muss ein Teil der Nettoinvestitionen durch Fremdkapital oder Verwendung des Finanzvermögens finanziert werden. Damit nimmt die Verschuldung zu.

Der Selbstfinanzierungsgrad kann zwischen den Jahren stark schwanken. Deshalb stellt die Regel einerseits auf einen Minimalwert ab und andererseits muss dieser nach *Artikel 81a Absatz 1* Übergangsrecht erst nach 10 Jahren erreicht werden. Es ist zu prüfen, ob auf einen Durchschnittswert abzustellen ist oder (streng definierte) Ausnahmen vorzusehen sind.

Der Gemeinderat wird beauftragt, jährlich eine detaillierte Investitionsplanung auszuweisen, die die Investitionen priorisiert. Der Zeitraum umfasst für die Beurteilung durch die Finanzkommission acht und für das Parlament mindestens vier Finanzplanjahre.

Art. 67a Abs. 4 (Ausnahmebestimmung)

Für den Fall von ausserordentlichen Ereignissen – wie Naturereignisse oder grosse Wirtschaftskrisen – soll das Parlament mit qualifiziertem Mehr von den Vorgaben abweichen können. Solche ausserordentlichen Ereignisse müssen allerdings «Jahrhundertereignisse» darstellen, die weder vorhersehbar noch nach allgemeinem Verständnis mittelfristig über einen ordentlichen Finanzhaushalt abgedeckt werden können. Zusätzlich können darunter auch Ausgabenschwankungen fallen, die unvorhergesehen, nicht beeinflussbar und von ausserordentlicher Tragweite sind (z.B. aufgrund kantonales FiLaG).

Art. 67a Abs. 5 und Art. 81a Absatz 2 (Umsetzung)

Die Konkretisierung der Anforderungen erfolgt auf reglementarischer Ebene. Der Entwurf für das Reglement wird durch den Gemeinderat erarbeitet und innert eines Jahres nach rechtskräftigem Beschluss des neuen Gemeindeordnungsartikels durch die Stimmberechtigten dem Parlament vorgelegt. Es ist zu prüfen, ob das Reglement dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist. Die Transparenz soll durch Controlling- und Risikomanagementsysteme unterstützt werden. Diese werden im Reglement verankert.

Eingereicht am 6.5.2024

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Fabienne Marti, Dominic Amacher, Florian Moser, Matthias Müller, Toni Eder, Katja Streiff, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Michael Gerber, Roland Akeret, Jürg Mosimann, Casimir von Arx, Kathrin Gilgen, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Reto Zbinden, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Heidi Eberhard, Selin Lopez, Mark Kobel

Antwort des Parlamentsbüros

1. Formelle Prüfung

Das Parlamentsbüro hat die formellen Voraussetzungen der Eingabe gemäss Art. 64f Geschäftsreglement des Parlaments (GRP) am 18.6.2024 geprüft und festgestellt, dass diese erfüllt sind.

2. Vorgeschichte

Die dringliche Motion 2204 "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" wurde am 14.2.2022 eingereicht. Das Parlament erklärte diese am 25.4.2022 mit 21 gegen 16 Stimmen erheblich.

An dieser Sitzung beschloss das Parlament auch die Abstimmungsvorlage "Budget 2022 mit Anpassung der Steueranlage". Das Stimmvolk stimmte der Erhöhung der Steueranlage am 26.6.2022 zu. Die Rechnungsergebnisse der Jahre 2022 und 2023 fielen in der Folge positiv aus.

Umsetzung der Motion

Der Gemeinderat hatte den Auftrag, die Motion bis am 25.4.2024 umzusetzen. Er legte dem Parlament am 6.5.2024 seine überarbeitete Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vor und beantragte die Abschreibung der Motion. Im Vorfeld dieser Vorlage konsultierte er die Finanzkommission mehrmals. Die Rückmeldungen der Kommission auf die zur Verfügung gestellten Unterlagen waren durchwegs kritisch. Die Kommission verlangte die Umsetzung der Motion und lieferte konkrete Ziele, nach welchen die Schuldenbremse ausgestaltet werden sollte². Die Finanzkommission beantragte dem Parlament, die Abschreibung der Motion abzulehnen.

Das Parlament beschloss am 6.5.2024:

- die Finanzstrategie zur Kenntnis zu nehmen (1 zustimmend, 18 teilweise zustimmend, 21 ablehnend)
- die Abschreibung der Motion abzulehnen (21 für Ablehnung, 18 dagegen, 1 Enthaltung)

Der Gemeinderat beantragte am 26.6.2024 eine Verlängerung der Erfüllungsfrist bis 30.6.2025. Er begründete diese ausführlich. Er stellte dabei fest, dass das von ihm gewählte Vorgehen zur Stabilisierung des Finanzhaushalts mit einer Finanzstrategie keine Mehrheit im Parlament fand. Aufgrund der Parlamentsdebatte passte er die damals vorgelegte Finanzstrategie an (Kennzahlen Investitionen, Steuersatz und Bilanzüberschuss). Das Parlamentsbüro (seit 1.8.2024 zuständig für die Verlängerung der Erfüllungsfrist) stimmte der Verlängerung bis 30.6.2025 zu.

3. Vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative (PI)

Das Parlamentsbüro hat folgende Gründe für/gegen die vorläufige Unterstützung erwogen:

Gründe, für die vorläufige Unterstützung	Gründe, gegen die vorläufige Unterstützung
Der Wille des Gemeinderats, den Finanzhaushalt der Gemeinde nachhaltig im Gleichgewicht zu halten, ist mit der Finanzstrategie zwar erkennbar. Es fehlen jedoch die gesetzlich verpflichtenden Elemente, welche die Motion und nun auch die PI verlangt.	Mit der Ablehnung der Abschreibung der Motion bleibt der Auftrag des Parlaments an den Gemeinderat bestehen. Das Parlament kann auf die Erfüllung bestehen.
Es ist ungewiss, ob der Gemeinderat innert nützlicher Frist und in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Finanzkommission eine Vorlage ausarbeitet, wie sie die Motion verlangt.	Der Gemeinderat hat die Finanzstrategie aufgrund der Äusserungen in der Parlamentsdebatte angepasst. Er wird diese dem Parlament erneut zur Kenntnisnahme vorlegen. Er ist bereit, den Motionsauftrag zu erfüllen und dem Parlament eine entsprechende Regelung in der Gemeindeordnung vorzulegen. Dies im Austausch mit der Finanzkommission. In seiner Stellungnahme legt er seine Überlegungen dazu offen. Der Gemeinderat zeigt sich konstruktiv.
Der Gemeinderat hat dem Parlament am 30.3.2022 beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Mit dem Antrag auf Abschreibung der Motion schlägt der Gemeinderat 2024 nun einen anderen Weg ein und will den Motionsauftrag mit seiner eigenen Finanzstrategie und nicht mit den geforderten Instrumenten erfüllen. Damit stellt sich die Frage, ob er die Motion nun mit der nötigen Überzeugung umsetzen würde.	Das Interesse, den Finanzhaushalt nachhaltig im Gleichgewicht zu halten, ist beim Parlament und beim Gemeinderat unbestritten. Ein partizipatives Vorgehen zwischen Parlament (bzw. Finanzkommission) und Gemeinderat bei der Ausgestaltung der entsprechenden Instrumente, wäre deshalb erfolgversprechend. Alle Beteiligten müssten sich gemeinsam "an den Tisch" setzen, verhandeln und nach Lösungen suchen.

² Vgl. Parlamentsantrag V2204 Motion "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung", S. 3

Der Kanton übt zwar eine Finanzaufsicht über die Gemeinden aus ³ . Die Motion und die PI fordern jedoch ein zusätzliches gemeindeinternes Kontrollsystem. Dieses gibt für das Parlament und für den Gemeinderat einen verpflichtenden Rahmen vor.	Der Kanton beaufsichtigt die Gemeinden bei der Führung des Finanzhaushalts und interveniert, wenn dieser in Schieflage gerät.
Die parlamentarische Initiative ist das geeignete Instrument, um dem Willen der Parlamentsmehrheit Nachdruck zu verschaffen. Das Parlament übernimmt den Lead für die Ausarbeitung der Vorlage.	Mit der vorläufigen Unterstützung der PI entsteht der Verwaltungsaufwand bei der Fachstelle Parlament, welche über deutlich weniger personelle Ressourcen verfügt als die DPF. Das vorberatende Gremium müsste durch externe Fachpersonen unterstützt werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Umsetzung viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

4. Fazit

Der Gemeinderat hat dem Parlament am 6.5.2024 seine Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vorgelegt und gleichzeitig die Abschreibung der Motion 2204 beantragt ohne den Auftrag zu erfüllen. Dieser lautete wie folgt:

"Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament eine Vorlage zur Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung. Die Finanzkommission begleitet die Erarbeitung der Vorlage eng."

Das Parlamentsbüro befürchtet, dass der Gemeinderat den Auftrag auch in Zukunft nicht mit dem erforderlichen Engagement erfüllen würde. Für solche Fälle ist das Instrument der parlamentarischen Initiative vorgesehen. Das Parlament kann selber ein Gremium einsetzen, welches die Vorlage ausarbeitet. Es ist jedoch verpflichtet, den Gemeinderat in den Prozess einzubeziehen.

5. Stellungnahme des Gemeinderats

Der Gemeinderat kann zur parlamentarischen Initiative innert 2 Monaten Stellung nehmen (vgl. Art. 64e GRP). Das Parlamentsbüro hat ihm dazu Gelegenheit gegeben. Die Stellungnahme liegt dem Parlamentsantrag bei (Beilage). Er empfiehlt, die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative abzulehnen. Er ist bereit, den Motionsauftrag zu erfüllen und dem Parlament spätestens im Februar 2025 eine Vorlage z.H. der Stimmbevölkerung entlang der definierten Eckwerte vorzulegen. Würde die parl. Initiative vorläufig unterstützt, hätte dies zur Folge, dass zwei verschiedene Organe parallel zum selben Thema eine Volksvorlage ausarbeiten würden.

Antrag Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die parlamentarische Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz" wird vorläufig unterstützt.
2. Sofern das Parlament die vorläufige Unterstützung erteilt, beauftragt das Parlament die Finanzkommission mit der Ausarbeitung der Vorlage zu Händen des Parlaments.

Köniz, 28.8.2024

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- Stellungnahme Gemeinderat vom 26.6.2024

³ Art. 142 und 142 Gemeindeverordnung

Diskussion

Erstunterzeichnerin und Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti, GLP: Ich hoffe, ihr seid noch genügend wach für das letzte Traktandum und ich halte gleichzeitig auch das Fraktionsvotum.

Ich danke dem Parlamentsbüro für die sorgfältige Analyse zur parlamentarischen Initiative, welche heute abgegeben wurde, sowie für den Antrag auf vorläufige Unterstützung. Und ich danke dem Gemeinderat, dass er in seiner Stellungnahme auf die Diskussion über eine Steuerung des Finanzhaushaltes eintritt, auch wenn er sagt, dass er in der vorgegebenen Zeit nicht in aller Tiefe eine fachliche Abklärung machen konnte. Ich muss sagen, ich verstehe die Zurückhaltung des Gemeinderates.

Ihr kennt die Verwaltung. Bei der Verwaltung liegt das Wissen, die Kompetenz und die Innensicht, was in den Aufgabengebieten notwendig ist und gleichzeitig ist dieses Notwendige nicht immer möglich, weil zu wenige Ressourcen vorhanden sind, sei dies finanziell oder personell. Ich kenne dieses Spannungsfeld selber auch.

Und wir alle hier möchten lieber gestalten, als uns knappen Finanzen zu widmen. Aber, wir haben es zuvor in den Voten zum IAFP, zum Budget, gehört, die Sorgen zu den Finanzaussichten sind hier im Saal gross, ebenso zur steigenden Verschuldung. Das heisst, wir können den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir haben finanziell turbulente Zeiten, im negativen Sinne teilweise, aber sogar im positiven Sinn, wenn wir Sondereffekte haben und wir müssen hier eine finanzielle und politische Stabilität finden.

Im Jahr 2023 haben wir CHF 3.1 Mio. Zinsen bezahlt, im Budget 2024 und 2025 ist der Zinsaufwand mit über CHF 5 Mio. eingestellt. Und das passiert noch immer auf sehr tiefen Zinssätzen. Stellt euch vor, was wir mit diesen Millionen sonst noch anstellen könnten, als der Bank abzuliefern.

Ich weiss nicht, wie es euch geht, aber ein budgetloser Zustand und auch nur schon das jährliche Hickhack über das Budget finde ich unserer Gemeinde nicht würdig. Darum müssen wir jetzt in aller Ruhe über die Mittel und langfristigen Planung diskutieren. Eine Planung, welche nicht Zickzack fährt und nicht nach oben oder nach unten driftet, sondern Stabilität vorsieht.

Was heisst finanziell nachhaltig? Ihr wisst, bei jeder Verschuldung heisst es, dass wir heute Geld ausgeben und unsere Kinder und Enkel, dies später zahlen oder unsere Urenkel – auf alle Fälle nicht wir. Und es gibt natürlich die Idee, dass wir mit dem Geld heute eine bessere Welt schaffen, wir investieren ja, und dass die nächste Generation dies doch bitte mitzahlen soll, denn sie hat ja schliesslich den Nutzen dieser besseren Welt. Aber, sind wir ehrlich zu uns selber, ist dies wirklich so? In der Parlamentssitzung vom 6. Mai haben wir die Initiative und die Inhalte bereits begründet, dies ist ja mit der Motion Schuldenbremse verknüpft. Ich wiederhole hier kurz: Die Initiative will zwei neue Artikel zum Haushaltsausgleich in die Gemeindeordnung aufnehmen. Umgesetzt werden sie dann in einem Reglement. Vorweg, die vorgeschlagenen Regelungen sind sehr moderat. Wenn uns also die Wasserlinie bisher bei der Nase lag – im Moment ist es etwas besser, aber es war in etwa bei der Nase – können wir danach mit dieser Regelung den Kopf über Wasser halten – aber es ist noch kein Sprungturm. Will heissen, es soll verhindern, dass Sparprogramme plötzlich notwendig werden, denn diese tun dann nämlich wirklich weh. Im Kern geht es darum, dass wir einen gemeinsamen Konsens über das Minimum finden.

Kurz zu den Regeln, welche vorgeschlagen werden.

1. Die erste Regel, der Finanzhaushalt muss auf Dauer im Gleichgewicht sein: Der Gemeinderat stimmt diesem Ziel zu. Das heisst, mit einem dauerhaften Haushaltsausgleich sind offensichtlich alle einverstanden.
2. Eine Regel für die Erfolgsrechnung: Hier gibt es eine Voraussetzung, bevor diese Regel überhaupt greifen kann und das heisst, die Reserven müssen bereits weitgehend aufgebraucht sein, das heisst, unter zwei Steuerzehntel liegen. Erst wenn wir unter diesen zwei Steuerzehntel liegen, also kurz vor der Limite des Kantons, werden die Defizite begrenzt. Was der Gemeinderat überlesen und darum moniert hat: Diese Regel gilt nicht jährlich, sondern über einen Durchschnitt von drei Jahren. Also Horrorszenarien, von ich zitiere "Abbau von freiwilligen Leistungen und radikalem Abbau" sind dann doch etwas übertrieben. Es geht nicht um eine Sparübung, sondern darum, die Erfolgsrechnung einfach stabil zu halten. Das heisst Sondereffekte auf der Ausgaben- aber auch auf der Einnahmenseite sollen sich die Waage halten.
3. Dritte Regel: Die Investitionsrechnung soll einen Selbstfinanzierungsgrad von 80% erreichen, das aber erst bis in zehn Jahren. Wenn man gar keine zusätzliche Verschuldung will, dann ist diese Regel zu tief und man kann sich immer noch 20% verschulden. Köniz ist aber bereits heute unrühmlich in den kantonalen Spitzenrängen bei der Verschuldung. Der Gemeinderat adressiert hier die Frage der Investitionsplanung und das begrüssen wir.

Er bemerkt, dass von Jahr zu Jahr Schwankungen möglich sind. Das haben wir in der Initiative bereits adressiert. Es kann ein mehrjähriger Durchschnitt geprüft werden und es darf nicht vergessen werden: Schwankungen sind auch im Bereich zwischen 80% und 120% möglich.

4. Die Ausnahmeregel: Abweichungen sind möglich, aber nur unter restriktiven Bedingungen. Hier befürchtet der Gemeinderat einen Zickzack-Kurs. Wenn der Gemeinderat damit sagen will, er will keine Ausnahmemöglichkeiten vorsehen, dann will ich hier klar davon abraten. Sollten ausserordentliche Situationen eintreten und da können wir jetzt vielleicht auch an Spanien denken, ein schlimmes Unwetter mit hohen finanziellen Konsequenzen, dann muss es möglich sein, von der Regel abzuweichen. Diese Flexibilität muss es geben. Und so schafft diese Regel den notwendigen Spielraum.

Um Zeit zu sparen – wir sind wohl alle schon etwas müde – verweise ich den Gemeinderat zur Kritik an den Übergangsbestimmungen gerne an seine Juristen. Sie werden euch auch gerne versichern, dass mit der Umsetzung der parlamentarischen Initiative der Grundsatz der Gewaltenteilung nicht in Gefahr ist.

Fazit: Mit einer vorläufigen Unterstützung der Initiative haben wir also die Basis für die Diskussion, welche wir schon lange fordern. Das Parlament und der Gemeinderat bekommen die Gelegenheit, gemeinsam über die langfristigen Regeln für die Budgetierung zu sprechen. Gerne laden wir den Gemeinderat ein, diese Diskussion unter der Federführung des Parlaments zu führen.

Und: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion spricht sich selbstverständlich einstimmig für die vorläufige Unterstützung aus.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Bei den Ausführungen von Selin Lopez fehlten mir noch etwas die Vögel. Darum gibt es jetzt nochmals einen Exkurs in die Zoologie. Über was diskutieren wir heute? Über ein Ei und ob wir als Parlament uns dieses Ei legen wollen oder nicht. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um ein Papageienei, denn seitens Absenderinnen wird da Schuldenbremse, Schuldenbremse, Schuldenbremse dem Bund und Kanton nachgeplappert. Genau genommen diskutieren wir heute aber weniger über das Ei an sich, sondern darüber, wer dieses ausbrüten soll.

Nun, dass wir finden, wir sollten uns dieses Ei nicht legen ist bereits bekannt. Dass jetzt gleich zwei ganze Papageienschwärme bzw. der Gemeinderat und das Parlament gleichzeitig auf diesem Ei sitzen sollen, erachten wir dabei als umso unnötiger. Die Gefahr, dass nicht nur das Ei, sondern auch die Papageien und weitere Arten, die von uns abhängen, Schaden nehmen, ist aus unserer Sicht zu gross.

Für die, die es mit der Zoologie nicht so haben: Der Fraktion der Grünen und Jungen Grünen leuchtet die Argumentation des Gemeinderats grundsätzlich ein:

- Der heute diskutierte IAFP bzw. die Finanzstrategie bietet bereits wesentlich bessere Voraussetzungen, um die Ziele eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, als noch vor zwei bis drei Jahren der Fall war.
- Wir sollten die parlamentarischen Ressourcen nicht noch zusätzlich mit diesem Thema belasten.
- Ein grosser Teil der Ausgaben sind durch kantonale oder nationale Vorgaben bestimmt. Daher auch ein gewisser Unterschied zur Situation auf diesen Ebenen. Auch beim kommunalen Teil ist ein wesentlicher Teil durch Investitionen getrieben. Was es bedeutet, wenn dort der Spielraum ausgenutzt und zum Beispiel beim Unterhalt gespart wird, sehen wir aktuell ja mit unrühmlichen Beispielen.
- Einmaleffekte und aperiodische Erträge und Aufwände kombiniert mit diesem geringen Spielraum auf kommunaler Ebene passen nicht zu diesen geforderten Regelungen.
- Und auch die Zielgrösse von 80% Selbstfinanzierungsgrad, könnte zu einem richtig schillernden Ei werden, das wir uns und künftigen Generationen legen würden.

Das ein paar inhaltliche Punkte. Prozessual teilen wir die Meinung, dass es zielführender ist, den bereits vorgespurten Weg der Motion nicht durch diese Initiative zu verkomplizieren.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen ist aus diesen Gründen gegen die vorläufige Unterstützung der Initiative.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Ich halte ich ganz kurz: Für die FDP-Fraktion ist es natürlich ein wichtiges Geschäft, das haben wir immer klar gesagt, die Geschichte hinter dieser Schuldenbremse, diese kennen wir alle. Wir werden dem Antrag des Parlamentsbüros einstimmig zustimmen, betonen aber trotzdem, dass der Dialog mit dem Gemeinderat für uns sehr wichtig ist und wir diesen aufrecht erhalten wollen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Wir befassen uns heute mit der parlamentarischen Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz". Damit soll der Auftrag für die Erfüllung der Motion V2204 "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" konkretisiert und die Grundsätze für die Revision der Gemeindeordnung formuliert werden. Soweit so gut zum Plan der Initiantinnen und Initianten.

Wie bereits beim vorhergehenden Traktandum aufgezeigt, besteht auch hier die Problematik, dass parallel dazu die erwähnte Motion beim Gemeinderat in Bearbeitung ist. Das Parlamentsbüro hat eine vom Gemeinderat beantragte Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion am 28. August 2024 gewährt. Damit wurde unserer Meinung nach signalisiert, dass man davon ausgeht, dass die Motion im Sinne der Motionärinnen und Motionäre umgesetzt wird. Würde die parlamentarische Initiative heute vorläufig unterstützt, hätte dies zur Folge, dass zwei verschiedene Organe, nämlich der Gemeinderat für die Motion sowie die Finanzkommission für die parlamentarische Initiative, zum selben Thema eine Volksvorlage ausarbeiten würden. Das ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion nicht zielführend.

Der Gemeinderat hat eingesehen, dass eine Abschreibung der Motion "Einführung einer Schuldenbremse" nur durch die gesetzliche Verankerung gewisser Ziele und Vorgaben in der Gemeindeordnung möglich sein wird. Er zeigt sich in der Antwort zur parlamentarischen Initiative bereit, den Motionsauftrag zu erfüllen und dem Parlament fristgerecht eine Vorlage zu Händen der Stimmbevölkerung entlang der definierten Eckwerte vorzulegen. Durch dieses Versprechen kann man sich den Aufwand für die Ausarbeitung einer weiteren Volksvorlage durch die Finanzkommission sparen. Wir sind der Meinung, dass zwei Volksvorlagen zum gleichen Thema nicht sinnvoll sind.

Inhaltlich vertritt die SP/JUSO-Fraktion die Meinung, dass die parlamentarische Initiative den Spielraum vor allem im Bereich der Investitionen zu stark einschränkt. Dies haben wir bereits bei der Debatte vom 6. Mai 2024 zur Motion Schuldenbremse dargelegt. Da Kosten bei grossen Projekten, wie zum Beispiel dem Schulhaus Morillon, nicht linear anfallen - die Realisierung dauert mehrere Jahre, der Hauptteil der Ausgaben konzentriert sich jedoch auf einige wenige Jahre. Die Planungskosten in den ersten Jahren sind im Vergleich zum Gesamtbetrag eher gering. Durch die feste Verankerung eines Selbstfinanzierungsgrades können in den Jahren mit hohen Ausgaben praktisch keine anderen Projekte mehr vorangetrieben werden. Auch die Entwicklung anderer Areale wäre in diesen Jahren nicht möglich. Damit wäre ein weiterer Investitionsstau vorprogrammiert. Es ist illusorisch zu denken, dass durch aufgeschobene Investitionen Geld gespart werden kann. Wenn am Ende Provisorien wie beim OZK in Betrieb genommen werden müssen, fallen die Kosten am Schluss höher aus, als wenn man den Unterhalt rechtzeitig gemacht hätte. Auch das haben wir hier bereits mehrfach erläutert. Ein Bilanzüberschuss von zwei Steuerzehntel erachten wir ebenfalls als zu hoch. Hier wird Geld in der Bilanz "parkiert", dass dringend für den Abbau des Investitions- und Unterhaltsstaus benötigt wird. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt einen festgeschriebenen Bilanzüberschuss nicht grundsätzlich ab, jedoch sollte er in einem moderateren Rahmen sein. Wir können uns hier der Haltung des Gemeinderates anschliessen.

Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative einstimmig ab. Sollte sie vorläufig unterstützt werden, erachten wir die Ausarbeitung bei der Finanzkommission als richtig.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Ich halte mich ebenfalls ganz kurz: Die unbefriedigende Ausarbeitung der Motion mittels Finanzstrategie hat eigentlich zu dem geführt, worin wir uns bewegen. Der Gemeinderat hat jetzt zwar wieder ein anderes Vorhaben geplant, dennoch ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass das Problem jetzt unbedingt mit einer parlamentarischen Initiative gelöst werden soll und schlussendlich ist es dann ein Entscheid des Parlaments. Das letzte Wort ja dann sowieso das Parlament und wir werden von daher die Anträge des Parlamentsbüros unterstützen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich befürchte fast, dass einige vor lauter Wald die Bäume nicht mehr gesehen haben, darum erlaubt mir diese Vorbemerkung, welche noch wichtig für unsere Zusammenarbeit ist: Wir sind gar keine Monarchie, wir sind eine Demokratie. Der Gemeinderat besteht aus fünf Personen und die Entscheide, welche ihr hier vorgelegt bekommt, sind nicht selten sogar einstimmig oder zumindest mehrheitlich gefällt und ihr kennt die Ausrichtung dieses Gemeinderates. Ich bitte euch, dies doch auch zu respektieren.

Wieso kommt jetzt der Gemeinderat manchmal doch zu einem anderen Schluss, als die Mehrheit im Parlament? Das könnte man sich ja jetzt fragen, denn die Mehrheit des Parlaments ja eigentlich ja auch die Mehrheit des Gemeinderates sein müsste. Ich stelle euch hier einfach meine These vor und diese könnte man anhand von heute Abend eigentlich auch relativ einfach überprüfen. Es liegt daran, dass wir relativ viel Verantwortung für das Gesamte tragen und nicht nur für einzelne Entscheide.

Das ist auch richtig so, das ist unsere Aufgabe, aber das ist manchmal so, dass wir uns viel weiter in die Zukunft überlegen müssen, was dies bedeutet, was wir hier entscheiden. Und das habe ich bereits beim IAFP und beim Budget gesagt, ich bin froh, wenn hier und da jemand aus dem Parlament an Entscheide aus dem Parlament erinnert, welche eben zu einer gewissen Situation geführt haben. Das haben wir heute bei den Finanzen lange besprochen, dass dies nicht durch Zauberhand gelöst werden kann, sondern – ich sage es jetzt wirklich sehr hart – einfach durch Arbeit. Wir müssen arbeiten und zwar in die richtige Richtung. Der Gemeinderat verschliesst sich der Idee nicht, dass wir dies jetzt auch noch gesetzlich irgendwo verankern, weil ihr dies gerne so wolltet, wir waren aber zuvor der Meinung, dass es in diesem Sinne so nicht notwendig ist, sondern dass es wirklich auf den Inhalt ankommt, dass wir uns, so wie wir es beim IAFP und Budget besprochen haben, langfristig klar in diesen Rahmen bewegen, welche wir uns leisten können.

Wenn ihr einen solchen Artikel zusätzlich in der Gemeindeordnung wollt, da haben wir gesagt, das ist gut, dann können wir diesen erarbeiten. Dies ist von uns auch so verstanden worden, da ihr diese Motion ja nicht abgeschrieben habt.

Jetzt stehen wir hier wieder vor einer schwierigen Situation, ich erinnere auch an das vorhergehende Traktandum. Ich finde, die Mode, dass man Motionen nicht abschreibt, aber zusätzliche noch parlamentarische Initiativen einreicht, ist nicht ganz optimal, auch verwaltungsökonomisch nicht, da auch diese Antworten, welche wir hier gegeben haben, auch mit Juristinnen und Juristen angeschaut haben. Das hat nicht der Gemeinderat irgendwie an einer Gemeinderatssitzung zusammengeschrieben, sondern das kam von der Verwaltung, von den Fachleuten. Und es ist auch nicht so, dass dies alles so schnell, schnell gemacht werden kann, sondern wir haben dies wirklich ernst genommen und sehr tief überlegt, was wirklich für unsere Gemeinde langfristig sinnvoll ist.

Wir waren der Meinung, es wäre eigentlich aus Sicht der Gewaltentrennung besser, wenn wir einen Vorschlag erarbeiten. Darum fanden wir auch, wir empfehlen euch die vorläufige Unterstützung nicht, sondern wollt uns arbeiten lassen. Wenn ihr dies nicht wollt, so wie ich dies gehört habe, dann müsste sich der Gemeinderat dann sicherlich darüber unterhalten, was wir mit unserem Auftrag genau machen, da es eigentlich nicht sinnvoll ist, wenn wir zwei Vorlagen erarbeiten. Ob wir dann einfach im Rahmen einer Mitwirkung, so wie sie ja bei diesen parlamentarischen Initiativen angedacht ist, unsere Fachsicht eingeben, welche vielleicht – und das bitte ich euch auch irgendwie zu respektieren – etwas mehr mit einer Gesamtverantwortung zu tun hat, welche ihr zu Recht nicht übernehmen müsst, aber welche für uns zum Alltag dazu gehört. Und da wäre ich sehr froh, wenn wir gut zusammenarbeiten, denn es ist nicht unbedingt zielführend, wenn wir am Schluss eine ganz komplexe Bestimmung haben, welche uns dann im Alltag wieder unglaublich viel Verwaltungsaufwand macht, wo wir doch alle – soweit ich verstanden habe – möglichst schlank unterwegs sein wollen.

Parlamentsbüro, Casimir von Arx, GPL: Ich habe es etwas gekürzt, es wurde bereits einiges gesagt. Die Motion 2204 "Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" muss zurzeit weiterhin erfüllt werden. Der Gemeinderat muss also weiterhin eine Vorlage gemäss Motion ausarbeiten, unabhängig davon, ob die parlamentarische Initiative heute vorläufig unterstützt wird. Dies lässt sich nur ändern, indem er dem Parlament die Abschreibung beantragt und das Parlament dem zustimmt. Das Büro hat nach Konsultation der Fraktionen die Erfüllungsfrist bis 30. Juni 2025 verlängert – dies einfach für den Fall, dass das Parlament heute die vorläufige Unterstützung ablehnt.

Ich komme zum Inhalt: Das Büro hat verschiedene Argumente diskutiert, die für bzw. gegen die vorläufige Unterstützung sprechen. Ihr findet sie auf Seite 4 des Parlamentsantrags. Es hat auch die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis genommen. Von besonderer Bedeutung ist für das Büro, dass sowohl eine Motion wie auch eine parlamentarische Initiative vorliegen, die im Prinzip zur selben Vorlage führen können und dass der Unterschied im Wesentlichen darin liegt – wie dies zuvor mit einer Papageieneier-Metapher gesagt wurde – wer bei der Ausarbeitung der Vorlage die Federführung hat: Der Gemeinderat oder das Parlament.

Das Büro ist insgesamt zum Schluss gekommen, dass es besser ist, wenn die Federführung beim Parlament liegt. Damit ist, mit Blick auf die Vorgeschichte dieses Geschäfts, besser gewährleistet, dass der Wille des Parlaments tatsächlich umgesetzt wird. Tatsächlich wäre diese parlamentarische Initiative vermutlich nicht eingereicht worden, wenn der Gemeinderat den Motionsauftrag erfüllt hätte. Im Sinne einer ultima ratio sahen vermutlich die Urheber und Urheberinnen der Vorstösse wohl keinen anderen Weg mehr, als die Zügel selbst in die Hand zu nehmen. Das Büro kann das nachvollziehen. Der Gemeinderat wird selbstverständlich in den Erarbeitungsprozess einbezogen und kann seine Ansicht und seine Vorschläge einbringen. So ist es im Geschäftsreglement des Parlaments vorgeschrieben. Damit ist auch die Gewaltenteilung gewahrt.

Nach Ansicht des Büros ist es wichtig, dass Parlament und Gemeinderat konstruktiv zusammenarbeiten. Die vorläufige Unterstützung steht dem nicht im Weg.

Das Büro beantragt euch also, die vorläufige Unterstützung zu gewähren. Weiter beantragt das Büro, als vorbereitendes Gremium die Finanzkommission einzusetzen. Dies, weil es sich erstens offensichtlich um ein Finanzthema handelt und zweitens hat sich die Finanzkommission bereits mit der Materie befasst und muss daher nicht bei null anfangen. Ganz im Gegenteil: In der Finanzkommission ist sogar Spezialist:innenwissen zum Thema Schuldenbremse vorhanden. Ich bitte euch, den Anträgen des Büros zu folgen.

Erstunterzeichnerin, Fabienne Marti, GLP: Tut mir sehr leid, muss ich verlängern. Ich will eigentlich nur sehr kurz meinem Glück Ausdruck verleihen - nicht wegen des Zoo's, denn wir sind hier ja nicht im Zoo sondern in der Finanzpolitik. Doch mein Glück ist: Und sie bewegt sich doch. Ich bin glücklich, weil das erste Mal hier ein Dialog stattfindet und ich stelle fest, es geht also doch. Ich hatte jetzt richtig Freude und ich gebe kurz einige Repliken:

David, du hast gesagt, kantonale oder nationale Vorgaben. Es gibt keine nationalen, sondern nur kantonale Vorgaben, insbesondere für die Gemeinde Köniz. Aber diese reichen nicht aus.

Dann wurde "Einmaleffekt" und "geringer Spielraum" erwähnt. Ich glaube, ich habe es in meinem Votum bereits adressiert, dass wir den Spielraum, welchen wir brauchen, sehr wohl adressieren. Und auch hier: Endlich findet die Diskussion statt.

Dann zu "parallel dazu hat der Gemeinderat bereits im Rahmen der Motion gearbeitet". Dazu muss ich sagen, der Gemeinderat hat gesagt, die Zeit sei zu kurz gewesen, um auf diesen Entwurf einzugehen. Wenn diese Zeit zu kurz war, finde ich, dass wenn ihr euch ja bereits damit befasst habt, dünkt es mich, es wäre für euch ein Einfaches gewesen, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen. So komplex ist dieser ja nicht, es sind nur zwei Artikel.

Schlussendlich muss ich sagen, dass uns vorgeworfen wurde, dass wir zu wenig konkret in der Motion waren. Wir hätten nicht gesagt, was wir wirklich wollen. Jetzt haben wir konkret gesagt, was wir wollen, jetzt ist aber trotzdem nicht gut, von daher muss ich sagen, ich geniesse die Diskussion hier drin, ich finde es super, dass wir diese hier jetzt ein erstes Mal geführt haben, auch wenn es furchtbar spät am Abend ist. Und ich unterstütze das Votum von Tanja Bauer: "Einfach arbeiten", hat sie gesagt. Ja, genau, jetzt müssen wir einfach arbeiten, jetzt müssen wir diskutieren, was der richtige Entwurf ist, was brauchen wir für Köniz und die Idee der Mitwirkung mit Fachsicht durch den Gemeinderat ist sicherlich eine gute Idee. Ich finde dies völlig unterstützungswürdig.

Und noch eines: Die Gesamtverantwortung wollt ihr übernehmen. Ich glaube, wir dürfen als Parlament daran mittragen.

Beschluss

1. Die parlamentarische Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz" wird vorläufig unterstützt.
2. Sofern das Parlament die vorläufige Unterstützung erteilt, beauftragt das Parlament die Finanzkommission mit der Ausarbeitung der Vorlage zu Händen des Parlaments.

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür, 18 dagegen)

PAR 2024/99

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 2410 Interpellation (SP/JUSO, Grüne, Junge Grüne) "Elektrifizierung von Parkplätzen für Car-sharing-Fahrzeuge"
- 2411 Motion (SP, JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“

Diskussion

David Müller, Grüne: Heute wurden bereits einige Märchen erzählt. Dieses Thema hätte ich vor einigen Jahren auch eher in diese Ecke verortet. Leider ist es aber ernste Realität. Es gibt neue Fakten zum Thema Bauhaus und da der Gemeinderat bisher ja sehr zurückhaltend mit Informationen in dieser Sache war, dachte ich, ich gebe euch ein kurzes Update.

Ich rekapituliere nochmals kurz:

- Im Rahmen des Baubewilligungsprozesses vor ca. 20 Jahren wurde zwischen Bauherrschaft und VCS eine Vereinbarung getroffen. Diese betrifft insbesondere die Anzahl Fahrten und was zu tun ist, wenn dieses Kontingent überschritten wird. Die vereinbarten Bedingungen sind seitens Gemeinde in die Auflagen für die Baubewilligung eingeflossen.
- Danach hat Bauhaus aber die Gemeinde und die Öffentlichkeit von Beginn weg angelogen und massiv zu hohen Fahrten verheimlicht. Massnahmen zur Reduktion der Fahrten wurden nicht getroffen, obwohl Bauhaus dazu gemäss Auflagen verpflichtet gewesen wären.
- 2019 kam das Ganze ans Licht.
- Um das darauffolgende baupolizeiliche Verfahren auszubremsen hat Bauhaus nicht etwa Massnahmen gegen die vielen Fahrten ergriffen, sondern einfach ein nachträgliches Baugesuch zur Legalisierung des illegalen Zustands eingereicht.
- Das AGR hat in der Zwischenzeit gesagt, dass dieses abzulehnen sei. Die Gemeinde sistierte darauf jedoch das Verfahren, da sie nun die gesamte Überbauungsordnung überarbeite. Parallel dazu hat die Gemeinde bilateral mit Bauhaus eine Vereinbarung im Widerspruch zur geltenden Bewilligung abgeschlossen und den rechtswidrigen Zustand damit zementiert. Auf was für einer Grundlage diese Vereinbarung geschehen ist, weiss niemand. Gemäss Vereinbarung erhält die Gemeinde im Gegenzug unter anderem für den Verzicht von auf über die Vereinbarung hinausgehende Massnahmen, Geld von Bauhaus. Wie man das auch nennen könnte, überlasse ich euch.

Auch mehr als zehn Jahre seit Beginn des illegalen Zustands und fünf Jahre nach Bekanntwerden des Skandals ist praktisch nichts dagegen unternommen worden. Die Gemeinde stützte mit der Sistierung bisher die Verzögerungstaktik des Bauhauses. Damit wird unter anderem verhindert, dass abschliessend über die Unrechtmässigkeit entschieden werden könnte.

Im März habe ich zu diesem Thema hier im Parlament zitiert: "Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren". Im Juni hat der VCS darum eine Rechtsverzögerungsbeschwerde gegen die Gemeinde beim Kanton eingereicht.

Nun glücklicherweise schaut dem Gemeinderat jemand auf die Finger: Wie kürzlich die Bau- und Verkehrsdirektion BVD als zuständige kantonale Behörde im Rahmen des Rechtsverzögerungsverfahrens den beteiligten Parteien offiziell bestätigt hat, hätte die Gemeinde die Sache nicht so lange verschleppen dürfen. Es wird zudem von der BVD in Frage gestellt, ob die vom Bauhaus geforderten Änderungen überhaupt im Rahmen eines nachträglichen Baugesuchsverfahrens angepasst werden könnten. Dank dem Entscheid des Kantons muss die Gemeinde nun aber das Baubewilligungsverfahren fortsetzen und unverzüglich entscheiden. Vielleicht gilt das Recht in Köniz somit bald doch auch noch für Grosskonzerne

Mit diesen "good News" in dieser leidigen Sache wünsche ich allseits eine gute Nacht.

Florian Moser, SVP: Ich habe nur eine kurze Frage, es würde die Direktion DSL betreffen: Wir wurden am 8. August 2024 mit einer Medienmitteilung darüber informiert, dass der Bärensaal in Niederscherli mit CHF 525'000 gebundenen Ausgaben saniert werden soll. Jetzt ist meine Frage, ob dort bei diesem Ausbau auch eine Küche vorgesehen ist? Denn wenn nicht, dann wäre dies verheerend und das wäre für die Vereine uninteressant, welche diesen Saal dann nutzen könnten.

Darum bitte ich um diese Abklärungen. Und falls keine Küche vorgesehen wäre, bitte ich darum, noch einen Kredit für den Einbau einer Küche zu beantragen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Zum Schluss möchte ich noch auf etwas hinweisen: Das Soziologische Institut der Universität Zürich führt im Auftrag der EJPD ein Forschungsprojekt zum Thema "Anfeindungen gegen Parlamentsmitglieder in der Schweiz" durch. Es wäre toll, wenn auch das Könizer Parlament bei diesem Projekt mitmachen würde und an der geplanten Befragung teilnimmt. Das Forschungsteam wird diesbezüglich auf euch zukommen.

Wir fahren nächsten Montag mit Traktandum 9 weiter und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

Im Namen des Parlaments

Arlette Münger
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament